



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Bayerns langjähriger Ministerpräsident Horst Seehofer kehrte als neuer Heimatminister in sein altes Berliner Wirkungsfeld zurück und schuf Platz für seinen Nachfolger Dr. Markus Söder. Bild: CSU

Markus Söder neuer Ministerpräsident

In einer Sondersitzung des Bayerischen Landtags Ende vergangener Woche ist der bisherige Finanzminister Dr. Markus Söder im ersten Wahlgang zum Nachfolger von Horst Seehofer gewählt worden. Er erhielt 99 von 169 abgegebenen Stimmen, 64 Abgeordnete votierten mit „Nein“, vier enthielten sich. Zwei Stimmzettel waren ungültig, somit haben alle anwesenden CSU-Abgeordneten — zwei Fraktionsmitglieder fehlten wegen Krankheit — Markus Söder ihre Stimme gegeben. Auch sein Vorgänger und CSU-Chef Horst Seehofer gab Söder seine Stimme. Der 51-jährige Nürnberger ist der elfte und zugleich jüngste Ministerpräsident in der Geschichte des Freistaats Bayern.

Nach seiner Vereidigung durch Landtagspräsidentin Barbara Stamm hielt der neue Ministerpräsident eine kurze Antrittsrede. Zunächst bedankte er sich bei seiner Fraktion für das großartige Vertrauen. Nun gelte es, diesen Vertrauensvorsprung zurückzuführen. Mit hundertprozentigem Einsatz werde er als „Manager Bayerns“, aber auch als „Kümmerer“ fungieren. Söder versprach, sich insbesondere um die Sorgen der kleinen Leute zu kümmern.

Zehn-Punkte-Programm

Darüber hinaus beschäftige er sich auch mit den „großen Linien“. Er wolle Bayern weiter modernisieren und Schrittmacher in Deutschland und Europa bleiben. Zugleich gehe es aber auch darum, die Einzigartigkeit des Landes, seinen liebenswerten Charakter und seine christlich-abendländische Prägung zu erhalten.

Maßgeblich für seine künftige Regierungsarbeit ist das

Zehn-Punkte-Programm. Dabei gehe es vor allem um Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit, Begrenzung der Zuwanderung, den Schutz der kulturellen Identität und die Wiedereinführung der 1998 abgeschafften bayerischen Grenzpolizei. Ebenso spiele die Modernisierung durch Digitalisierung, insbesondere die digitale Bildung in den Schulen, eine wesentliche Rolle. Außerdem wolle er bessere Pflegebedingungen schaffen. Ein weiterer Schwerpunkt liege auf den Themen Wohnungsbau, Eigentumsbildung und moderner Verkehr. Bei der Bewältigung der künftigen Herausforderungen werde er auch mit dosierter Demut vorgehen, betonte der neue Ministerpräsident.

Regierungserklärung im April

Die Vertreter der Opposition kritisierten Söder. SPD-Landeschefin Natascha Köhnen forderte vom neuen Ministerpräsidenten einen neuen Politikstil ohne Populismus. Dazu gehörten Bescheidenheit und die Souveränität, gute Vorschläge umzusetzen, auch wenn diese von der Opposition kämen.

Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler, bat die neue Regierung um mehr politischen Realismus. Nicht alle Menschen im Freistaat würden auf einer „Wolke im Paradies“ schweben. Grünen-Fraktionssprecher Ludwig Hartmann warf der CSU und Söder Ideolenlosigkeit vor. Er vermisse vernünftige Zukunftspläne. Bayern brauche eine politische Erneuerung. Der neue Ministerpräsident wird seine erste Regierungserklärung voraussichtlich Mitte April abgeben. Die erste Sitzung des von Söder neu gebildeten Kabinetts soll noch vor Ostern stattfinden. **rm**

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

GZ-Seminar während der IFH /Intherm am 12. 4. in Nürnberg:

LEBENDIGE ORTSMITTE

Partner sind GHM, Bayerische Architektenkammer, Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag

Digitalisierung und Globalisierung sind Ursachen massiver Veränderungen in unseren Kommunen. Neue Konzepte des Zusammenlebens, des Wohnens und Arbeitens sind gefordert! Demographische Entwicklungen, verändertes Käuferverhalten, schließende Geschäfte in den Ortskernen, unsachgemäße Eingriffe und lange Leerstände zehren an der Bausubstanz.

Überall in Bayern gibt es jedoch hervorragende Initiativen, die den Strukturwandel positiv aufnehmen und neue Ideen umsetzen. Unter Berücksichtigung einer nachhaltigen, klimafreundlichen und barrierefreien Entwicklung werden innerörtliche Baupotenziale erfasst. Zentrale und identitätsstiftende Gebäude behalten ihre Bedeutung und/oder bekommen neue Funktionen. Erhebliche städtebauliche Bereicherungen werden möglich, bspw. durch Schaffung eines bisher fehlenden Dorfplatzes. Kommunen leisten Pionierarbeit und regen zu privaten Sanierungen in der Nachbarschaft an. Gemeinden entwickeln gemeinsam Lösungen. Projekte — etwa im Bereich Erneuerbare Energien — steigern die Akzeptanz. Neue Verdienstmöglichkeiten entwickeln sich und schließlich werden die Chancen, die eine digitalisierte Welt bietet, genutzt.

Während des Seminars LEBENDIGE ORTSMITTE wird anhand verschiedener Beispiele erörtert, wie eine lebendige Ortsmitte umsetzbar wird. In Zusammenarbeit mit der GHM Gesellschaft für Handwerksmessen, dem Veranstalter der Messe IFH/Intherm, ist es gelungen, ein vielfältiges Programm auszuarbeiten. Die Partner sind Bayerischer Gemeindetag, Bayerischer Städtetag, Bayerischer Landkreistag und Bayerische Architektenkammer.

Im Anschluss an das Seminar besteht Gelegenheit sich bei einem Messerundgang über praktische Instrumente in der Umsetzung zu informieren.

Vertreter von Kommunen, der Wohnungswirtschaft, Architekten, Ingenieure, Freiraum- und Stadtplaner können kostenfrei teilnehmen. Zur Übersendung eines Eintrittsgutscheines ist eine Anmeldung erforderlich.

Informationen:

www.gemeindezeitung.de/lebendige-ortsmitte

3. Bayerisches InfrastrukturForum in Nürnberg:

Innovation siegt

Um gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu ermöglichen, muss die Infrastruktur in den Kommunen dringend ausgebaut werden. Wie das konkret aussehen soll, wurde beim 3. Bayerischen InfrastrukturForum der Bayerischen Gemeindezeitung im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat in Nürnberg eingehend erörtert. Schwerpunkte wie Kommunaler Hoch- und Tiefbau, Leitungsinfrastruktur und Kommunalstraßen sowie so genannte weiche Standortfaktoren und deren optimale Finanzierung wurden dabei eingehend beleuchtet.

Anerkannte Referenten, Aussteller und Partner sorgten vor zahlreichen Entscheidungsträgern aus Bayerns Kommunen und Vertretern aus Wirtschaft und Verbänden für ein vielseitiges Programm und wertvolle Informationen.

Ein Mehr an Lebensqualität

Wie GZ-Verlegerin Theresa von Hassel betonte, entscheidet die kommunale Infrastruktur oftmals darüber, ob man in bestimmte Regionen ziehen kann, ob sich Betriebe ansiedeln, ob man seine Heimat als lebens- und liebenswert betrachtet und ob die Bürger zufrieden — oder gar stolz — auf ihre Heimat sind. Dabei seien sog. harte und weiche Standortfaktoren oftmals gleich wichtig. „Wenn es Ihnen gelingt, Ihre vielfältig verflochtenen Infrastruktureinrichtungen in einem ganzheitlichen Ansatz sinnvoll und nachhaltig zu gestalten,

dann schaffen Sie mit der Infrastruktur in Ihrer Region ein Mehr an Lebensqualität für Ihre Bürger“, so von Hassel.

Über „Wärmewende in der Praxis, Infrastruktur schaffen



mittels Contracting“ informierte eingangs Bertram Kölsch von der BayWa Energie Dienstleistungs GmbH. Das BayWa Contracting für NahwärmeverSORGungen garantiert die Wärmelieferung aus Holz-Brennstoffen und anderen CO2-armen Wärmequellen. Von dem breiten Spektrum an Leistungen konnten sich bereits zahlreiche zufriedene Kunden überzeugen.

„Überdimensionierung macht (Fortsetzung auf Seite 4)



Von links: Christine Borst, Alois Rainer, Thomas Kreuzer, Stefan Rößle, Jörg Kunstmann und Christoph Göbel. Bild: DK

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Ambitioniertes Aufgabentableau

Bis zu den Landtagswahlen am 14. Oktober hat die CSU noch eine Reihe von Herausforderungen und Aufgaben zu bewältigen. „Ein Spaziergang wird das jedenfalls nicht werden“, stellte der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Thomas Kreuzer bei der jüngsten Zusammenkunft des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München unter der Leitung ihres Vorsitzenden, Landrat Stefan Rößle, klar.

Dieser hatte eingangs die ausgesprochen gute Durchsetzungsfähigkeit der CSU bei den Berliner Koalitionsverhandlungen hervorgehoben. Aus kommunaler Sicht positiv zu bewerten seien die Vereinbarungen zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ländlichen und urbanen Regionen. Nicht akzeptabel sei dagegen die geplante Kopplung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter an die Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII. Damit werde ein Rechtsanspruch gegenüber den Kommunen begründet, obwohl das Ziel eindeutig in Länderhoheit liegt. Bei der Ausgestaltung werde es darum gehen, dass im Sinne der Konnexität die Mehrkosten der Kommunen vollumfänglich ausgeglichen werden.

Erfreuliche Entwicklung für die bayerischen Kommunen

Eine insgesamt sehr erfreuliche Entwicklung für die bayerischen Kommunen konstatierte CSU-Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer. Mit Blick auf den von den Freien Wählern beim Bayerischen Innenministerium eingereichten Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens „Straßenausbaubeiträge abschaffen — Bürger entlasten“ wies Kreuzer darauf hin, dass es hier noch einiger Diskussionen bedarf. Einzelheiten wie Übergangsregelungen oder die finanzielle Unterstützung der Kommunen werde die CSU-Fraktion gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden (Fortsetzung auf Seite 4)



Das Lamento unserer Wohnzimmerperle ist der Zeitemstellung am kommenden Palmsonntag geschuldet. Ihrem Bürgermeister will sie als Tweet den Spruch von Erich Kästner absetzen: „Bedenke das fünfte Gebot und schlage die Zeit nicht tot.“ Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
13. Integrationsministerkonferenz in Nürnberg	2
130 Millionen Euro zur Stärkung des ÖPNV	2
„Flächenfraß“-Volksbegehren: Scheinlösung für Kommunen . . .	3
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Danke Horst Seehofer! Alles Gute Markus Söder!	3
Wegweiser Klimagerechtes Bauen	6
Grüne Investitionen sind nicht automatisch risikoärmer.	6
Kommunale Finanzthemen	7 - 10
Kommunale Baupolitik	11 - 14
Wasser • Abwasser	15 - 17
Aus den bayerischen Kommunen.	18 - 20

Bayerischer Innovationspreis Ehrenamt:

Demokratie stärken

Sechs innovative Projekte und fünf neue Ideen wurden in München mit dem Bayerischen Innovationspreis Ehrenamt gewürdigt. Sozialministerin Emilia Müller verlieh die mit insgesamt 75.000 Euro dotierten Auszeichnungen und stellte dabei auch die neue „Zukunftsstiftung Ehrenamt“ vor.

Der Innovationspreis wurde heuer unter das Leitthema „Demokratie stärken: Mitmachen und teilhaben! Antworten aus dem Ehrenamt“ gestellt. Für innovative Projekte, die bereits realisiert wurden, wurden sechs Einzelpreise in Höhe von je 10.000 Euro vergeben. Für neue Ideen und Konzepte, die unmittelbar umgesetzt werden können, gab es fünf Förderpreise von je 3.000 Euro.

Auseinandersetzung mit dem Thema Demokratie

Unter den Gewinnern eines Einzelpreises in Höhe von 10.000 Euro ist die federführend vom Stadtjugendring Regensburg organisierte schulübergreifende Jugendzeitung „Demokratie leben“. Jugendliche verschiedener Schulformen setzen sich hier mit dem Thema Demokratie auseinander und kommen so mit Politik in Berührung.

Auch der Ski- und Wanderclub 1946 e.V. aus Regensburg hat sich das Thema Demokratie auf die Fahnen geschrieben. Mit der Idee „Demokratie lernen im Sportverein“ übergibt er jungen Menschen mehr Verantwortung im Verein. Durch eine Satzungsänderung soll die Stimmberechtigung der Vereinsmitglieder auf 16 Jahre gesenkt werden. Diese einfache, aber sinnvolle Idee wurde mit 3.000 Euro ausgezeichnet.

Unterstützung für Frauen, Jugendliche und Kinder

Mit 10.000 Euro gewürdigt wurde das Projekt „Zusammenleben – 270 Sekunden Grundrechtflimmern“ des Arbeitskreises „Keine sexuelle Gewalt. Unterstützung für Frauen, Jugendliche und Kinder“ aus Coburg. Jugendliche des Coburger Kinder- und Jugendtheaters wählten Artikel des Grundgesetzes aus und verknüpften sie mit Alltagsszenen. So entstanden neun Videoclips mit pantomimischen Szenen, die auch in den Coburger Stadtbussen laufen und dort auf großes Interesse stoßen. Außerdem werden die

Inhalte der Clips mit der interaktiven Stadtrallye „Grundrechte mit allen Sinnen“ verknüpft.

Das Projekt „Menschen mit Behinderung im Ehrenamt“ der Lebenshilfe Schweinfurt und der Freiwilligenagentur GemeinSinn (Dotation: 10.000) ist Müller zufolge gelebte Inklusion. Es ermöglicht Menschen mit Behinderung selbst ein Ehrenamt zu übernehmen. Aktives Ehrenamt wird so zur Teilhabechance in einer lebendigen Bürgergesellschaft.

Junge Menschen unterschiedlichen Alters haben sich beim Projekt „Interaktive Stadtführung zu Orten des Nationalsozialismus“ der Evangelischen Landjugend in Ansbach (10.000 Euro) intensiv mit der Geschichte des Dritten Reiches auseinandergesetzt. Sie sind in ihrer Stadt auf Spurensuche gegangen und wollen dies nun zu einem multimedialen Stadtrundgang in Ansbach weiterentwickeln.

„Mut zum Kreuz – Ergreif Partei“

Um ein Filmprojekt von und für Jugendliche geht es bei „Mut zum Kreuz – Ergreif Partei“ des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) aus München (10.000 Euro). Im Rahmen der Bundestagswahl 2017 entstanden sechs verschiedene Kurzfilme unter dem Motto „Ein Tag im Leben eines Jugendlichen, wenn die Partei XY gewinnt“. Die jungen Teilnehmer verknüpften dabei die Ziele der einzelnen Parteien mit der Lebenswirklichkeit von Jugendlichen. So wurde politische Bildungsarbeit lebensnah und jugendgerecht umgesetzt.

Die Stiftung „Gute-Tat München & Region“ wurde für ihre Idee „Bürgerbeteiligung“ geehrt. Im Rahmen der „Münchener Initiative Nachhaltigkeit“ will sie dazu beitragen, die Zivilgesellschaft weiter zu stärken.

Ebenfalls mit 10.000 Euro bedacht wurde das Projekt „Selbst ist die Region – Ehrenamt macht sich für die Heimat stark“ des Vereins ProNah e.V. aus dem Unterallgäu. Mit verschiede-

nen Aktionen und originellen Ideen konnte der Verein zu einer lebendigen Gemeinschaft beitragen. Die Themen Nahversorgung, Umwelt und Nachhaltigkeit stehen besonders im Blickfeld. So hat das Projekt zur Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung beigetragen. Unter anderem war es Initiator der Gesundheitswoche Unterallgäu und des Klimaschutzkonzeptes Unterallgäu.

Begeistern für ehrenamtliches Engagement

Mit der Aktion „Engagement to go“ des Referats für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg (3.000 Euro) sollen vor allem junge Menschen für ehrenamtliches Engagement begeistert werden. Dabei will die Stadt dahin gehen, wo junge Menschen sind. Bei entsprechenden Großveranstaltungen sollen sie über eine Plattform verschiedener Träger Informationen erhalten, welches Ehrenamt zu ihnen passt. Einen bleibenden Eindruck der Idee soll ein nachhaltiger Kaffeebecher im Stadtbild Nürnbergs hinterlassen.

Zu den Gewinnern zählt auch die Idee „WieGe Königsbrunn“ des Helferkreises Asyl und Flucht Königsbrunn (3.000 Euro). Nach dem Motto „Wir – engagiert – gemeinsam“ soll ein Projekt von und für geflüchtete Menschen entstehen. Dabei sollen deren Fähigkeiten, Kompetenzen und Fertigkeiten für die Integration genutzt werden. Ziel ist es, einen Ort der Begegnung zu schaffen mit verschiedenen Angeboten wie Sozialküche, Integrationsgarten, Kinder- und Elterngruppen, Musikgruppe, Lerncafé und einem Raum der Ruhe.

Unkomplizierte Online-Tauschplattform

Im Rahmen der Idee „BAR – BambergerRessourcenpool“ von „kontakt – Das Kulturprojekt“ (3.000 Euro) soll eine unkomplizierte und kostenfreie Online-Tauschplattform eingerichtet werden, um gemeinnützigen Initiativen das Organisieren von Veranstaltungen zu erleichtern. Eventmaterial, Bürobedarf und Know-how können geteilt, getauscht oder verliehen werden.

Bei der Präsentation der neuen „Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern“ verwies Sozialministerin Müller darauf, dass es viele neue, innovative Ideen für bürgerschaftliches Engagement gibt. Manche benötigten eine finanzielle Starthilfe, um sich zu etablieren, wofür nun die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern zur Verfügung stehe. Die Verbrauchsstiftung hat ein Kapital von rund 2,5 Millionen Euro. Damit sollen vor allem kleinere Ehrenamtsprojekte künftig finanziell unterstützt werden. In den Stiftungsvorstand wurden Bayerns Arbeitsministerin Emilia Müller als Vorsitzende sowie Professorin Dr. Doris Rosenkranz und Geschäftsführerin Jusra Al-Kaisi berufen.

Die Verbrauchsstiftung hat den Vorteil, dass das Stiftungsvermögen und nicht nur die Erträge für den Stiftungszweck verbraucht werden können. Zustiftungen sind dabei möglich. So können über einen Zeitraum von zehn Jahren vor allem kleinere und innovative Ehrenamtsprojekte finanziell unterstützt werden. Die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern versteht sich auch als Vermittlerin zwischen anderen Stiftungen, Organisationen, Institutionen und Privatpersonen. So soll dem bürgerschaftlichen Engagement in Bayern ein zusätzlicher Impuls gegeben werden. **DK**

130 Millionen Euro zur Stärkung des ÖPNV

In diesem Jahr unterstützt der Freistaat Bayern seine Kommunen mit rund 130 Millionen Euro bei der Anschaffung neuer Fahrzeuge für den Öffentlichen Nahverkehr. Dies erklärte jüngst Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann. Er sieht darin auch einen wichtigen Beitrag zur Luftreinhaltung in den Städten.

Die staatlichen Fördermittel gebe es sowohl für neue Busse als auch Straßenbahnen und U-Bahnen. Zu den jährlich zur Verfügung stehenden Mitteln von 30 Millionen Euro zur Anschaffung neuer Busse gebe es heuer zusätzlich Zuwendungen von mehr als 100 Millionen Euro aus dem Maßnahmenpaket der Staatsregierung zur Luftreinhaltung. Dies beinhalte u. a. vier weitere Straßenbahnen in Augsburg 13 zusätzliche Straßen- und neun neue U-Bahnen für München sowie sieben U-Bahnen für Nürnberg, erläuterte Herrmann.

Die Mittel für die Busse dienten den Städten nicht nur zur Erneuerung ihrer Flotte, sondern auch zur Erweiterung der Fahrangebote. Allein in diesem Jahr werde der Freistaat ca. neun Millionen Euro in neue Busse für Augsburg, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg investieren, so der Verkehrsminister. Er sehe darin einen Ansporn für die Bürgerinnen und Bürger auf den umweltfreundlichen ÖPNV umzusteigen. Darüber hinaus will Herrmann verstärkt auf

Verbindungen von Expressbussen und Bussen setzen, die innerhalb von Stadtteilen fahren. Hierfür stelle der Freistaat in den nächsten fünf Jahren aus dem Maßnahmenpaket der Staatsregierung zur Luftreinhaltung Betriebskostenzuschüsse von 20 Millionen Euro zur Verfügung. Beispielsweise erwähnte er das Busnetz in München, das sich vielfach durch seine Zubringerfunktion zu den U- und S-Bahnstationen auszeichne. Hier gelte es, das Potenzial eigenständiger Schnellbusse noch stärker zu nutzen. Dazu habe die Münchner Verkehrsgesellschaft bereits Vorschläge wie den Express-Bus-Ring präsentiert.

Der Verkehrsminister ging schließlich noch auf das Sofortprogramm „Saubere Luft“ des Bundes ein. Es umfasst die Anschaffung von Elektrobusen sowie die Nachrüstung bestehender Busse mit SCR-Filtern. Das alleine reiche jedoch nicht aus. Daher würden die Fördermaßnahmen des Bundes durch den Freistaat ergänzt. Ziel sei dabei vor allem, das Angebot im ÖPNV zügig zu erweitern sowie den Radverkehr zu stärken. Hierfür seien im Nachtragshaushalt 2018 zunächst 123 Millionen Euro vorgesehen. Das Maßnahmenpaket der Staatsregierung für ÖPNV und Radverkehr werde bis 2022 sogar rund 400 Millionen Euro umfassen, führte Herrmann aus. **rm**

13. Integrationsministerkonferenz (IntMK) in Nürnberg:

Schlüssel für gelingende Integration sind Sprache, Arbeit und Wohnen

Bayerns Integrationsministerin Müller: „Länder sind sich einig: Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft braucht Integration eine klare Orientierung an unseren demokratischen Werten“

Ein positives Fazit zog Bayerns Integrationsministerin Emilia Müller in Nürnberg zum Abschluss der 13. Integrationsministerkonferenz (IntMK). Unter Müllers Vorsitz setzten die für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder dort ein starkes Signal der Einigkeit in Sachen Integration.

Einstimmig haben sie den Leitanspruch zum diesjährigen Motto „Integration – Zusammenhalt durch Orientierung“ angenommen. Müller zeigte sich hoch erfreut: „Integration kann nur gelingen, wenn die zu integrierenden Zuwanderinnen und Zuwanderer friedlich und aufgeschlossen mitten in unserer Gesellschaft leben. Die Schlüssel dafür sind Sprache, Arbeit und Wohnen. Darüber hinaus müssen sie auch unserer Gesetze und Werte, wie beispielsweise die Gleichberechtigung von Mann und Frau, akzeptieren. Nur so können wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft erhalten.“

Schwerpunkthemen

Die jährliche Integrationsministerkonferenz fand dieses Jahr unter dem Vorsitz Bayerns in Nürnberg statt. Auf der IntMK beraten und beschließen die Bundesländer über grundsätzliche Angelegenheiten der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.

Als Schwerpunkte wurden in diesem Jahr vor allem die Themen Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, finanzielle Unterstützung des Bundes, Integration in Ausbildung und in den Arbeitsmarkt sowie Fragen rund um die gesetzliche Regelung der Zuwanderung behandelt.

Hamburgs Senatorin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration Dr. Melanie Leonhard erklärte: „Es ist gut, dass wir auch in diesem Jahr wieder wichtige Beschlüsse zur Erleichterung der Integration in den Arbeitsmarkt gefasst haben. Es besteht Einigkeit darüber, dass die Aufnahme von Arbeit ein wichtiger Schritt zur erfolgreichen Integration ist.“

Baden-Württembergs Minister für Soziales und Integration Manne Lucha ergänzte: „Förderlücken und niederschwellige Zugänge bei der Integration in den Arbeitsmarkt sind für mich der Schlüssel aus Fehlern zu lernen und neue Erfolgs-

geschichten zu schreiben.“

Aus Sicht der Bayerischen Integrationsministerin wurden auf der 13. IntMK erneut viele wichtige Weichen für das Thema Integration in Deutschland gestellt. „Integration ist eine große Herausforderung mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Von ihrem Gelingen hängt der soziale Frieden nicht nur unserer, sondern auch künftiger Generationen ab. Wir wollen Integration deshalb gestalten und nicht dem Zufall oder dem guten Willen überlassen“, so die Ministerin.

Forderungen an den Bund

Die Länder haben sich auf der 13. IntMK in Nürnberg unter anderem für folgende Punkte ausgesprochen:

Die IntMK setzte sich dafür ein, dass die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und Zivilgesellschaft weiter vorangebracht wird. Ferner begrüßten die Ministerinnen und Minister den Austausch zwischen Bund und Ländern und forderten den Bund auf, die bestehenden Regelungen zur Steuerung von Zuwanderung in den Arbeitsmarkt zu ordnen und zu bündeln. Außerdem fordern die Länder den Bund auf, weiterhin ausreichend passgenaue Sprach-, Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zu entwickeln, Mittel für die soziale Wohnraumförderung der Länder bereitzustellen sowie sich über das Jahr 2018 hinaus an den Integrationskosten zu beteiligen.

Integrationsmaßnahmen müssen transparent und zukunftsweisend sein

Die Teilnehmer der Konferenz hielten zudem fest, dass Integrationsmaßnahmen von Bund und Ländern transparent und zukunftsweisend ausgerichtet sein müssen. Nur so kann sichergestellt werden, dass gemeinsame Synergien entwickelt und die Ressourcen in Bund, Ländern und Kommunen optimal genutzt werden. Sie betonten auch, dass Integration kein neues Phäno-

men sei. In Deutschland leben viele gut integrierte Menschen mit Migrationshintergrund oft schon in zweiter, dritter und vierter Generation.

Zudem fordert die IntMK mehrheitlich die neue Bundesregierung dazu auf, die Duldung auch für Geflüchtete einzuführen, die ihre im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen anerkennen lassen wollen. Auch soll eine Förderlücke geschlossen werden, die Geflüchtete an der Aufnahme einer Ausbildung oder eines Studiums hemmt.

Überprüfung der Qualität

Auch forderte die IntMK die Überprüfung der Qualität der Integrationskurse sowie die finanzielle Aufstockung der Migrations- und Jugendmigrationsberatung. Um eine nachhaltige und schnelle Integration in Ausbildung und Arbeit zu ermöglichen, unterstützte die Konferenz ebenfalls einstimmig die Forderung nach einer besseren finanziellen und personellen Ausstattung der Jobcenter. Zum Schutz der hier lebenden Muslime spricht sich die IntMK klar gegen religiös begründeten Extremismus aus. Sie sieht darin eine integrationsfeindliche Ideologie, die die Grundfesten unserer Gesellschaft in Frage stellt.

Voraussetzung für Wohlstand und sozialen Frieden

Die Vorsitzende der diesjährigen IntMK, Bayerns Integrationsministerin Emilia Müller, zieht ein überaus positives Fazit der Konferenz: „Alle Länder sind sich darüber einig, dass eine gelingende Integrationspolitik Voraussetzung für Wohlstand und sozialen Frieden in unserem Land ist. Gelingende Integration geht uns alle etwas an. Die für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren werden sich deshalb auch weiterhin für dieses Thema stark machen. Das zeigen auch die vielen neuen Impulse, die wir gemeinsam hier in Nürnberg gesetzt haben.“

Die Integrationsministerkonferenz tagt einmal pro Jahr. Der Vorsitz wechselt jährlich. In diesem Jahr ist Bayern erstmalig Gastgeber der Konferenz. Im Herbst 2018 geht der Vorsitz von Bayern an Berlin über. **□**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Epple
86974 Apfeldorf
am 2.4.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Landrat Eberhard Nuß
97070 Würzburg
am 25.03

Bürgermeister Walter Schnell
91126 Kammerstein
am 26.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Günther
63863 Eschau
am 4.4.

Bürgermeister Klaus Wagner
96466 Kirchenpingarten
am 4.4.

Bürgermeister Berthold Ziegler
87493 Lauben
am 23.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hubert Wildgruber
83080 Oberaudorf
am 1.4.

Bürgermeister Andreas Scharf
86836 Graben
am 4.4.

Bürgermeister Harald Mayrhofer
94501 Aldersbach
am 26.3.

Bürgermeister Peter Keck
85296 Rohrbach
am 30.3.

Bürgermeister Markus Winkelhofer
86444 Affing
am 31.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Schmidt
90610 Winkelhaid
am 28.3.

Bürgermeister Matthias Döhla
95176 Konradsreuth
am 31.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Abraham
95111 Rehau
am 23.3.

Bürgermeister Stefan Wolfshöndl
97218 Gerbrunn
am 24.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Volksbegehren gegen „Flächenfraß“:

Scheinlösung für Städte und Gemeinden

Das Volksbegehren „Damit Bayern Heimat bleibt – Betonflut eindämmen“ ist mit über 48.000 Unterschriften beim Bayerischen Innenministerium eingereicht worden. Für dessen Überprüfung auf Zulässigkeit bleiben nun noch viereinhalb Wochen Zeit. Sowohl Bayerischer Städtetag als auch Bayerischer Gemeindegtag stehen dem Volksbegehren ablehnend gegenüber.

Vorgesehen ist, den Flächenverbrauch ab 2020 bayernweit auf durchschnittlich 5 Hektar pro Tag zu begrenzen. Die Aufteilung an die Städte und Gemeinden soll nach statistischen Kriterien, wie etwa der Bevölkerungsstärke der jeweiligen Kommune erfolgen. Die konkrete Ausgestaltung soll im Landesentwicklungsprogramm geregelt werden. Der parallel eingereichte Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht darüber hinaus ein Handelssystem mit Flächenverbrauchskontingenten vor.

Volksbegehren berührt verfassungsrechtlich garantierte Ziele

Nach Auffassung des Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, rückt die Diskussion über das Volksbegehren das wichtige Ziel, den Flächenverbrauch zu reduzieren, in das Bewusstsein der Bevölkerung. Allerdings schieße das Volksbegehren bei der Wahl der Mittel über das Ziel hinaus. „Denn das Volksbegehren berührt verfassungsrechtlich garantierte Ziele, wie die Schaffung bezahlbaren Wohnraums oder die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen. Und schließlich würde der Gesetzentwurf des Volksbegehrens die verfassungsmäßig garantierte kommunale Planungshoheit einschränken.“

Kurt Gribl zufolge brauchen schrumpfende Städte und Gemeinden Perspektiven. Die Verteilung von Flächenkontingenten nach dem Maßstab aktueller oder prognostizierter Einwohnerzahlen würde den Status quo zementieren, anstatt Chancen für die Zukunft zu öffnen. Rückläufige Bevölkerungsentwicklungen könnten somit verstärkt werden, was dem Staatsziel widerspricht, gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Flächen sparen lasse sich besser realisieren, wenn Städte und Gemeinden Instrumente an die Hand bekommen, um bereits versiegelte Flächen besser nutzbar zu machen. Besonders in den Ballungsräumen benötigten Städte und Gemeinden das nötige rechtliche Werkzeug, um Innenentwicklung voranzutreiben zu können.

Der Bayerische Städtetag hat der Landes- und Bundespolitik bereits mehrere Vorschläge unterbreitet: Der Bund muss im Einkommensteuergesetz befristet Vergünstigungen bei den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft für Grundstücksveräußerungen an Städte und Gemeinden vorsehen. In den verdichteten Räumen wird es zunehmend zur Herausforderung, Flächen im Innen- und Außenbereich für den Wohnungsbau zu mobilisieren. Viele Private, insbesondere Landwirte, zeigen beim derzeit niedrigen Zinsniveau und der Aussicht auf steigende Grundstückspreise wenig Bereitschaft, Flächen zu verkaufen.

Laut Präsident Gribl müssen den Städten und Gemeinden umfassende Handlungsspielräume für eine vorausschauende Flächenbevorratung eröffnet werden. Sie müssen bereits

im Vorfeld formeller städtebaulicher Maßnahmen ein generelles Vorkaufsrecht für Grundstücke auf eigenem Hoheitsgebiet haben, um rechtzeitig Bau-, Tausch- oder Ausgleichsflächen für die Schaffung neuen Wohnraums erwerben zu können. Gemeindliche Grundstücksgeschäfte seien vom Genehmigungsvorbehalt des Grundstücksverkehrsgesetzes gänzlich freizustellen.

Nach den Worten des Städtetagschefs würde eine Flächenobergrenze den dringend nötigen Bau neuer Wohnungen behindern. Jede Verknappung des Bodens führe zu Preissteigerungen, die letztlich über höhere Mieten bei den Mietern ankommen. Eine starre Flächenobergrenze hemme die Wohnungswirtschaft bei der Schaffung neuer Wohnungen. All diese Zielkonflikte blieben vom Volksbegehren unberücksichtigt. Auch das Gutachten, worauf sich die Initiatoren des Volksbegehrens berufen, würdige diese Auswirkungen einer Flächenobergrenze auf andere Rechtsgüter mit Verfassungsrang nicht.

Offen für eine sachliche Auseinandersetzung

Der Bayerische Städtetag sei offen für eine sachliche Auseinandersetzung, wie die Flächenneuinanspruchnahme wirksam und bedarfsgerecht reduziert werden kann. Gribl: „Wirksam ist ein Mix zur Förderung der Innenentwicklung: Dies geschieht über Anreizprogramme, eine Erleichterung der rechtlichen Instrumente der Innenentwicklung, die zielgerichtete Anwendung der Instrumente des Baugesetzbuchs. Und: Flächensparen kann über das Landesentwicklungsprogramm geschehen mit einer konsequenten Anwendung des Anbindegebots, wie es der Bayerische Städtetag kontinuierlich

DIW-Studie:

Ländliche Räume stärken!

Anhand sämtlicher Wahlkreise in Deutschland hat sich das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung ein Bild über die Situation der AfD gemacht. Die Studie ergab, dass weniger ein Ost-West-Gefälle, als vielmehr ein Gefälle zwischen Regionen mit Zukunftssorgen und solchen, die boomen, zu erkennen ist.

Laut der DIW-Untersuchung zeigt sich, dass monokausale Erklärungsversuche zu kurz greifen. Hohe AfD-Ergebnisse gingen weder mit Arbeitslosigkeit noch ausschließlich mit niedrigen Einkommen einher, auch mit dem Ausländeranteil in den entsprechenden Wahlkreisen gebe es keine einschlägige Korrelation. Stattdessen zeichne sich ein differenzierteres Bild ab, bei dem zwischen west- und ostdeutschen Wahlkreisen unterschieden werden muss.

So steigt der Zuspruch für die AfD, wenn in den Wahlkreisen überdurchschnittlich viele Menschen im verarbeitenden Gewerbe arbeiten. Die Stimmenanteile der Partei nehmen zudem in Wahlkreisen zu, in denen das Haushaltseinkommen unterhalb des Bundesdurchschnitts liegt. Vor allem letzteres erklärt in westdeutschen Wahlkreisen, die sich durch erhebliche Schwankungsbreiten bei den durchschnittlichen Einkommen auszeichnen, die Variation

fordert: Neue Siedlungen und Gewerbegebiete sollen in Anbindung an bestehende Siedlungsflächen ausgewiesen werden. Damit lässt sich verhindern, dass Investoren aus Kostengründen auf die „grüne Wiese“ drängen. Bei der letzten Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms hat sich der Städtetag gegen weitere Ausnahmen zur Ansiedlung von Gewerbebetrieben an Autobahnauffahrten ausgesprochen.“

Massiver Eingriff in die gemeindliche Planungshoheit

Laut Gemeindegtagpräsident Dr. Uwe Brandl ist das Volksbegehren „aller Voraussicht nach verfassungswidrig, weil es nicht festlegt, wie ein Gesetz gegen Flächenverbrauch im Einzelnen vollzogen werden soll. Die wesentlichen Kriterien werden nicht festgeschrieben. Außerdem würde ein solches Gesetz massiv in die gemeindliche Planungshoheit eingreifen, wenn der Staat jeder Gemeinde nur ein bestimmtes Kontingent zur Überplanung zuweisen würde. Die gemeindliche Entwicklung wäre über Jahre gehemmt.“

Der Bayerische Gemeindegtag weist darüber hinaus darauf hin, dass das Volksbegehren falsch deklariert ist. „Es findet kein Flächenfraß statt, wenn beispielsweise unbebaute Wiesen für Einfamilienhäuser mit Garten, Kindergärten mit Spielflächen, Schulen mit Pausenhöfen oder Krankenhäuser mit Ruhezonen bebaut werden. Es findet vielmehr eine Flächenumwandlung zugunsten der Bürgerinnen und Bürger statt. Das Volksbegehren trägt also schon den falschen Titel, unterstrich der Verbandschef.

Zudem wies Brandl darauf hin, dass völlig unklar bleibe, wie die überplanbaren Flächen festgesetzt werden und wie kontrolliert werden soll, ob die Gemeinde sich an die Festsetzungen hält. „Das Volksbegehren verspricht den Bürgerinnen und Bürgern eine Scheinlösung. Jeder Unterzeichner sollte überlegen, ob er künftig auf bezahl-

Begleiterscheinung der grundlegenden wirtschaftlichen Probleme

den auffallend hohen Zuspruch für die AfD im Osten Deutschlands.“ Zwar könnten individuelle Wahlentscheidungen nicht nachvollzogen werden, jedoch spreche vieles dafür, dass in dünner besiedelten Regionen mit überalterter Gesellschaft auch aufgrund einer empfundenen Perspektivlosigkeit im Hinblick auf die weitere Entwicklung dieser Regionen der Zuspruch der Wählerinnen und Wähler für etablierte Parteien schwindet.

Diese Ergebnisse deuten nach Auffassung des DIW auf Handlungsbedarf für die Wirtschafts- und Sozialpolitik hin. Die soziale Teilhabe müsse verbessert und zudem mehr Gewicht auf die Entwicklung strukturell schwacher Regionen gelegt werden. Derzeit ließen sich bei der öffentlichen Grundversorgung (etwa mit Schulen und Krankenhäusern) auf lokaler Ebene Tendenzen beobachten, die bestehende wirtschaftliche Gefälle zu verstärken drohen.

„Setzt die Politik diese Strategie fort, nimmt sie die Zunahme regionaler Disparitäten und damit wohl auch die Verstär-

Liebe Leserinnen und Leser,

vor wenigen Tagen hat Horst Seehofer das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten abgegeben und Dr. Markus Söder wurde vom Landtag als sein Nachfolger gewählt.

Es ist mir in diesem Zusammenhang ein großes Anliegen im Namen der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV), aber auch persönlich, Horst Seehofer für seine in hohem Maße kommunalfreundliche Politik zu danken.

Fest steht: Die CSU-Staatsregierung hat unter seiner Führung in der Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken eine neue Dimension geprägt. Dies attestieren ihm nicht nur seine Parteifreunde, sondern inzwischen auch viele Mandatsträger aus den Reihen der politischen Mitbewerber.

**Danke Horst Seehofer!
Alles Gute
Markus Söder!**

Ja, es hat sich wirklich enorm viel getan unter seiner Regie, einige Beispiele will ich nennen:

- Der Kommunale Finanzausgleich ist seit Jahren auf Rekordhöhe, inzwischen über 9,5 Mrd. Euro. In keinem anderen Bundesland gibt es so eine Unterstützung. Die Stabilisierungshilfe hat dabei finanzschwachen Kommunen wieder eine Perspektive gegeben.
- Ein Heimatministerium wurde eingeführt und damit ein klares Zeichen für die Gestaltungskraft vor Ort und gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt sowie vor allem auf dem Land gegeben.
- Der Heimatplan mit seiner Dezentralisierungsstrategie (u. a. Behördenverlagerung, regionale Innovation mit Hochschulen und Technologiezentren) entwickelte sich zu einem strukturellen Erfolgsmodell, das inzwischen auch auf Bundesebene umgesetzt werden soll.
- Einzigartig war in den vergangenen Jahren das Programm des Freistaates beim Ausbau des Breitbandinternets mit über 1,5 Mrd. Euro.
- Dorferneuerung, Städtebau, Investitionsförderung für Krankenhäuser, und, und, und... Es gäbe noch so viel zu benennen.

Als es eng wurde in der Flüchtlingskrise, hat uns Horst Seehofer nicht im Stich gelassen. Wir haben die Herausforderungen gemeinsam

baren Wohnraum, Bildungseinrichtungen oder Freizeitangebote verzichten möchte“, unterstrich der Präsident. DK

kung politischer Polarisierung billigend in Kauf. Um dieser Entwicklung in den weniger verdichteten Räumen der ostdeutschen Wahlkreise entgegen zu wirken, ist die Politik in Bund, Ländern und Kommunen gut beraten, in strukturschwachen Regionen öffentliche Investitionen zur Absicherung dieser Grundversorgung zu stärken, diese Infrastruktur also eher ausstatt abzubauen und über gezielte Anreize für private Investitionen in diesen Regionen nachzudenken. Auch eine Entschuldung überschuldeter Kommunen bekommt vor diesem Hintergrund neues Gewicht“, heißt es in der Studie.

Ausländeranteil spielt keine Rolle

Insgesamt zeigt die Untersuchung, dass der Ausländeranteil in einer Region keine Rolle für die Ergebnisse spielt. Ausschlaggebend seien nahezu ausschließlich das Umfeld und die Zukunftsperspektiven einer Region. Dazu DIW-Präsident Marcel Franz: „Die Frustration von Menschen ist der Grund. Als Sündenbock für die eigenen Ängste müssen dann Ausländer herhalten.“

Zustimmung erfährt die DIW-Studie vom Deutschen Städte- und Gemeindebund. Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg zufolge „haben wir in Deutschland eine zunehmende Spreizung zwischen reichen und armen Kommunen und Re-

GZ KOLUMNE
Stefan Rößle



bewältigt und hatten als Kommunen immer das Gefühl, dass er vor und hinter uns steht. Er hat in Bayern und auf Bundesebene für die kommunalen Interessen gekämpft - und sich durchgesetzt (z.B. die 5 Mrd. Euro Kommunalentlastung des Bundes)! Dies gilt übrigens auch für den neuen GroKo-Koalitionsvertrag, der beinhaltet, dass alle kommunal wirksamen Programme weiterlaufen. Gut so!

Ministerpräsident Horst Seehofer war gerade für uns als KPV immer ein absolut verlässlicher Ansprechpartner. Er hat keine unserer Einladungen ausgeschlagen und sich bei unseren Diskussionen sogar in der stressigen Wahlkampfzeit ganz viel Zeit gelassen - bis zur allerletzten Frage. Aber nicht nur das. Er hat unsere Anliegen aufgenommen und bei der Umsetzung Wort gehalten. Auch von selbst ist er immer wieder auf uns zugekommen, um die kommunalen Mandatsträger regelmäßig einzuladen und zu hören, wo vor Ort der Schuh drückt.

Kurzum: „Danke Horst!“ In Summe lässt sich also festhalten, dass wir mit Horst Seehofer in Bayern einen Landesvater hatten, der die Kommunen stets als eine Herzensangelegenheit betrachtet und dies politisch zu seinem Maßstab gemacht hat. Als KPV wünschen wir ihm viel Kraft, Energie und Durchhaltevermögen bei seiner neuen Aufgabe als Bundesminister des Inneren für Bau und Heimat. Ich bin mir sicher, dass er auch in neuer Funktion seiner kommunalfreundlichen Linie treu bleibt und unser „heißer Draht“ zu ihm weiterglüht.

Aber auch Markus Söder wünschen wir als neuem Bayerischem Ministerpräsidenten alles Gute und bieten ihm die enge Zusammenarbeit als neuem erstem Mann im Freistaat an. Im Hinblick auf seine Politik gegenüber den Kommunen bin ich wie bei seinem Vorgänger der Meinung, dass diese weiterhin höchsten Stellenwert genießen wird. Hat er doch mit seinem Finanz- und Heimatministerium die praktische Umsetzung der Maßnahmen wie Finanzausgleich und Heimatplan immer mit Bravour gemeistert und darüber hinaus eine Vielzahl eigener positiver Akzente gesetzt.

Als KPV haben wir den neuen „MP“ bereits zu uns eingeladen und werden baldmöglichst unsere Anliegen für die kommenden Jahre mit ihm diskutieren.

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Diese Entwicklung steht vielerorts in direkter Beziehung zu den Auswirkungen des demografischen Wandels. Wir entfernen uns zunehmend von dem Auftrag des Grundgesetzes, der vorsieht, dass die Lebensverhältnisse in ganz Deutschland gleichwertig sein sollen. Hier muss die Politik entschlossen gegensteuern, um dem Gefühl abgehängt zu sein entgegenzuwirken und Radikalisierungstendenzen wirksam zu bekämpfen.“

Dazu gehöre das Bekenntnis, die Daseinsvorsorge - von der ärztlichen Versorgung über eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur bis zu einem funktionsfähigen ÖPNV - flächendeckend zu gewährleisten. Die neue Bundesregierung müsse ein Aktionsprogramm zur Stärkung der ländlichen und abgehängten Regionen auflegen. Behörden, aber auch Wirtschaftsstrukturen, müssten dort gestärkt werden. Notwendig seien Hoffnungssignale für die Menschen vor Ort, die ihnen vermitteln, dass sie nicht vergessen sind und dass man sich auch in der „großen Politik“ um sie kümmert.

Nach Landsbergs Überzeugung ist es wichtig, nicht allein Geld zu verteilen, sondern Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, so dass die Stärken, die es in jeder Region gibt, weiterentwickelt werden können. Die Kommunen stünden bereit, ein solches Programm mitzutragen und auszugestalten. DK

Innovation siegt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

teuer, ebenso wenig durchdachte technische Anlagenkonzepte“, machte Kölsch deutlich. Fehlerquellen seien zudem u. a. zu lange Wärmenetze, das Schielen auf die maximale Förderung und unprofessionelle Vertragswerke. Die BayWa Energie Dienstleistungs GmbH dagegen baue und betreibe auf eigenes Risiko. In punkto Ausschreibungen riet Kölsch dazu, sich die Vorplanungskosten zu sparen und auf ein „detailliertes Leistungsverzeichnis bis zur letzten Schraube“ zu verzichten. Stattdessen biete sich eine funktionale Ausschreibung an.

Mit dem Start des Projekts „Bayern Mobilität 2030“ im Jahr 2014 leistete der Bayerische Bauindustrieverband laut

Dr. Josef Wallner seinen Beitrag zu gleichwertigen Lebensbedingungen in Stadt und Land. Gelingen könne dieses Vorhaben nur auf Basis einer hochwertigen und gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur. Eine unabhängige Expertenkommission habe sich u. a. konkret für das Konzept einer Landesweit integrierten Verkehrsplanung – LIV, neuen Finanzierungssystemen und mehr Koordination, für Digitalisierung und Mobilität, eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur mit den Bürgern sowie die Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren ausgesprochen.

Modellprojekte in den drei bayerischen Regionen Landkreis Berchtesgadener Land inkl. Landkreis Traunstein und Land

Salzburg (Vernetzung im ÖPNV in grenznaher Region), Landkreis Bayreuth (Entwicklung von E-Mobilitätsstationen im ländlichen Raum) und Landkreis Cham (ÖPNV-Angebote für Schwachlastzeiten im ländlichen Raum auf Basis digitaler Systeme) sollen Wallner zufolge widerspiegeln, um was es letztlich geht: um zukunftsfähige Mobilität für Menschen und ihre individuellen Ansprüche an gleichwertiges Arbeiten, Leben und Wohnen in allen Regionen Bayerns.

Bezahlbarer Wohnraum

Wie für jedermann bezahlbarer Wohnraum ermöglicht werden kann, darüber informierte Dr. Christoph Maier, baucultur project GmbH. Zusammen mit seinen Partnern im forum baucultur hat er die „Wohngeneration 3+“ entwickelt. Im Kern dreht

es sich dabei um zwei Punkte. Zum einen wird bedarfsgerechter, 100 Prozent bezahlbarer Wohnraum geschaffen und zum anderen wird besonderer Wert auf das gute Zusammenleben der Mieter verschiedener Generationen gelegt.

Für die Bestimmung des bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraums wurden drei Zielgruppen definiert: Senioren, Alleinstehende mit ein bis zwei Kindern sowie junge Familien mit zwei bis drei Kindern. Deren Wohnbedarf und Budget wurden analysiert und dazu passende, bezahlbare Wohnangebote entwickelt.

Der Gemeinschaftsgedanke wird in besonderer Weise vom direkten Austausch der Generationen Senioren, Eltern und Kinder mit wechselseitiger Unterstützung etwa bei der Hausaufgabenbetreuung oder Einkaufsservice getragen. Ein erster Schritt dazu: Die Gründung eines Wohnvereins, in dem die Bewohner in Eigenregie die Belange des Hauses organisieren.

Zinsvergünstigte Förderprogramme

Stichwort Finanzierung: Wie Thomas Leicht erläuterte, bietet die BayernLabo als Kommunal- und Förderbank des Freistaats Bayern den bayerischen Gebietskörperschaften und kommunalen Zweck- und Schulverbänden zinsvergünstigte Förderprogramme zur Investitionsfinanzierung und klassische Kommunalkredite mit Zinsfestbindungen bis zu 30 Jahren an.

Mit dem kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP), der zweiten Säule des Wohnungspakts Bayern, unterstützen Freistaat Bayern und BayernLabo bayerische Gemeinden dabei, selbst preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. Auch Landkreise können das Programm für den Bau von Wohnheimen für das Personal ihrer Krankenhäuser nutzen.

Gefördert werden der Neu-, Um- und Anbau sowie die Modernisierung und der Erwerb von Mietwohnungen. Förderfähig sind auch der Grunderwerb und das Freimachen von Grundstücken, soweit sie im Zusammenhang mit den baulichen Maßnahmen stehen. Die Beratung zu förderrechtlichen Fragen und die Antragstellung erfolgen direkt bei der jeweiligen Regierung im Sachgebiet 35.

Mobilität mit schadstoffarmen Antrieben

Wer mobil sein muss, kommt an Elektro- und CNG-Fahrzeugen auf Dauer nicht vorbei, unterstrich im Anschluss Thomas Wöber (gibgas consulting im Auftrag des Landesinitiativkreises ErdgasMobilität Bayern). Auf Basis der „Well-to-Whell-Betrachtung“, der ganzheitlichen Effizienzbetrachtung des Treibhausgas CO₂ – und zwar vom Bohrloch (Erzeugung) bis zum Rad (Verwendung) – hätten die CNG-Gas- und Elektrofahrzeuge starke Argumente. Der Kraftstoff CNG, der aus den Quellen Biomethan, Erdgas und Methan aus Ökostrom bereitgestellt werden kann, überzeuge auch hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Sicherheit und leistungsstarken Motoren.

Gerade im kommunalen Einsatz könnten bestimmte Fahrzeugklassen optimal eingesetzt werden, sei es für den Bürgermeister, bei Botengängen, bei der Bereitstellung von Fahrleistungen im Öffentlichen Personen-Nahverkehr sowie im technischen Service-Bereich. Als Beispiel nannte Wöber den mehrfach ausgezeichneten Volkswagen Caddy Maxi 1.4 TGI (81 kW/110 PS) als Kastenwagen, der eine Reichweite mit CNG von bis zu 860 km hat,

zudem den VW Golf 1.4 TGI, den SEAT Leon ST 1.4 TGI sowie Audi A3 Sportback 1.4 g-tron und Audi A4 Avant 2.0 g-tron. Der Fuhrpark der Verkehrsbetriebe Nürnberg bestehe aus CNG-Bussen mit Biomethan unterhalten. Laut Wöber wurde die Steuerbegünstigung für CNG jetzt bis 2026 verlängert. Aktuell gibt es in Deutschland 860 CNG-Tankstellen, davon 123 in Bayern.

Innovative Nahwärmeprojekte

Nahwärmeprojekte von der Vision bis zum laufenden Betrieb werden von der Naturstrom AG realisiert. Angestoßen von Genossenschaften, Gemeinden oder Gewerbetreibenden werden nach den Worten von Tobias Huter zu Beginn eines Projekts detaillierte Machbarkeitsstudien durchgeführt. In der Konzeptionsphase konkretisierten sich die Pläne, die im Bau gemeinsam mit vertrauten Partnerfirmen verwirklicht würden. Damit die Wertschöpfung vor Ort bleibt, lege man Wert darauf, die Anliegen der lokalen Akteure aus der Region einzubinden.

Neben einem möglichst hohen Anteil an solarthermischer Wärmebereitstellung liegt der Unternehmensfokus auf der Nutzung von Abwärme aus Biogasanlagen oder Industrie und der Kopplung der Sektoren Strom und Wärme. Das Nahwärmenetz in Hallerndorf ist das erste Nahwärmeprojekt von Naturstrom, bei dem eine große solarthermische Freilandanlage eingesetzt wurde. Ähnliche Nahwärmenetze setzte das Unternehmen bereits erfolgreich in Lupburg in der Oberpfalz und im oberfränkischen Markt Marktshochgast um. Zudem ist Naturstrom Pionier im Mieterstrommarkt mit bundesweiten Projekten und massentauglichen Prozessen.

Effizienzsteigerung bei der Trinkwasserversorgung

Über „Effizienzsteigerung bei Brunnenbau und -unterhalt für die Trinkwasserversorgung“ informierte Ferdinand Summa, OCHS Bohr GmbH. Er verwies darauf, dass Effizienzsteigerung bedeute, nicht grundsätzlich mehr Förderleistung pro Tag aus einem Brunnen zu bekommen, sondern mehr Gesamtfördermenge pro Brunnenleben. Effizienzsteigerungen seien möglich bei Planung und Neubau, bei der Sanierung von Altbrunnen sowie der Ausrüstung und dem Betrieb der Brunnen.

Wie Summa ausführte, ist der Alterungsprozess von Brunnen zwar nicht aufzuhalten, lässt sich aber durch eine regelmäßige Wartung verzögern. Nach Neuerstellung eines Brunnen sollte die erste Untersuchung nach ca. drei Jahren stattfinden. Je nach Ergebnis sollten die Intervalle zwischen fünf und zehn Jahren liegen. Turnusmäßige optische Untersuchungen des Brunnens ermöglichten, vor Nachlassen der Förderleistung Alterungsprozesse zu erkennen. „Bereits bei einem Leistungsverlust von 10 bis 20 Prozent ist der Zeitpunkt zu spät, erklärte Summa. Die Regenerierung erfordere einen hohen Aufwand und damit hohe Kosten. Zudem sei der Brunnen dann auch schlechter zu seiner ursprünglichen Leistung regenerierbar.“

Die Bedeutung der Infrastruktur für die Entwicklung Bayerns skizzierte Altlandrat Hermann Steinmaßl, ehemaliger Landrät der bayerischen Landräber den mehrfach ausgezeichneten Volkswagen Caddy Maxi 1.4 TGI (81 kW/110 PS) als Kastenwagen, der eine Reichweite mit CNG von bis zu 860 km hat,

dem verändere und beanspruche die Energiewende das Land. Aus Steinmaßls Sicht ermöglicht eine intakte und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur die vielfältigen Verflechtungen und Wechselwirkungen in der Gesellschaft und in der arbeitsteiligen Wirtschaft und damit die Verwirklichung der Grundbedarfe (Daseinsfunktionen).

Plädoyer für gemeindlichen Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum

Die „Heimat Bayern“ bestehe nicht nur aus Metropolen, bemerkte der Altlandrat. Er plädierte für mehr gemeindlichen Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum – Stichwort Einheimischenmodell. Darüber hinaus müssten Innenentwicklung und Brachflächenentwicklung Vorrang haben. Auch seien eine dichtere Wohnbebauung sowie mehr Geschosse und Tiefgaragen bei gewerblich genutzten Gebäuden ratsam. Die Umwidmung landwirtschaftlicher Gebäude sowie das Aufstellen von Bebauungsplänen für den Außenbereich ergänzten das Portfolio an kommunalen Maßnahmen.

Heimatstrategie des Heimatministeriums

Referatsleiterin Christiane Plempel-Scholl vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Hei-



Christiane Plempel-Scholl und Theresa von Hassel (v.l.). □

mat skizzierte abschließend die Heimatstrategie des 2013 eingerichteten Heimatministeriums, die auf den Säulen Kommunaler Finanzausgleich, Strukturentwicklung für ganz Bayern, Breitbandausbau, Regionalisierung von Hochschulen und Behördenverlagerung beruht.

Die Behördenverlagerung wurde initiiert, um sichere und qualifizierte Arbeitsplätze von staatlicher Seite auch in strukturschwächeren Regionen zu bringen. Gestartet wurde 2015 mit dem Konzept „Regionalisierung von Verwaltung“, die die Verlagerung von über 50 Behörden und staatlichen Einrichtungen mit 3.155 Personen (2.225 Beschäftigte und 930 Studierende) in alle Regierungsbezirke Bayerns mit den Schwerpunkten Oberfranken, nördliche Oberpfalz und Niederbayern erfahren. Plempel-Scholl zufolge wurde dabei Wert darauf gelegt, dass Arbeitsplätze in allen Qualifikationsebenen entstehen. Für die neuen Behördenstandorte wurden vorrangig Regionen ausgewählt, die im Raum mit besonderem Handlungsbedarf liegen und nicht im Rahmen der Hochschulinitiativen bereits umfangreich gefördert wurden. Konversionsgemeinden wurden ebenfalls berücksichtigt.

In den ersten drei Jahren haben 37 Behörden und staatliche Einrichtungen, d. h. bereits 60 Prozent der Verlagerungsprojekte, ihren Betrieb aufgenommen. Bis Ende 2018 sollen elf weitere Behörden verlagert werden. Im Jahr 2025 soll das Projekt abgeschlossen sein. Ziel ist es, das Konzept ohne Zwangsversetzungen umzusetzen. **DK**

Ambitioniertes Aufgabetableau ...

(Fortsetzung von Seite 1)

zenverbänden erarbeiten. Der Fraktionschef sprach sich für eine möglichst lange Übergangsfrist und eine exakte Finanzverteilung aus. Die politische Linie müsse klar erkennbar sein. Zugleich warnte Kreuzer vor „Begrifflichkeiten der Bürger, die uns möglicherweise überrollen werden“.

Nach dem Willen der Freien Wähler sollen die wegfallenden Anliegerbeiträge künftig aus allgemeinen Steuermitteln über einen Fördertopf des Freistaates über 150 Millionen Euro jährlich abgedeckt werden, damit der Einnahmeausfall der Kommunen ersetzt wird und der Sanierungsstau abgearbeitet werden kann. Außerdem müssten alle noch nicht abgeschlossenen Maßnahmen beitragsfrei gestellt werden, was auch eine Rückzahlung von bereits geleisteten Vorauszahlungen bei noch nicht abgeschlossenen Maßnahmen bedeute. Dies müsste aus dem Fördertopf als erstes bedient werden.

Gas geben im Staatsstraßenbau

„Einiges im Argen“ liegt Kreuzer zufolge beim Thema Bau und Erhalt von Staatsstraßen. Hier sei der Freistaat aufgrund der personellen Besetzung der Bauämter „eher limitiert“. Trotzdem gelte es, bei den Unterhaltungsmaßnahmen im Staatsstraßenbau „Gas zu geben“.

Achtsamkeit beim Flächenverbrauch

Als „große Gefahr“ bezeichnete der Fraktionsvorsitzende die von den Grünen angestrebte gesetzliche Grenze für den Flächenverbrauch. Es sei wichtig, den Kommunen und der regional verankerten Wirtschaft Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, aber gleichzeitig mit den Flächen in Bayern möglichst sorgsam und schonend umzugehen. Die CSU sei keineswegs gegen eine Reduzierung des Flächenverbrauchs, wolle dies aber mit den Gemeinden und nicht gegen sie umsetzen. Die Grünen hätten jedenfalls keinerlei Lösungsansätze anzubieten.

Ihre Initiative zum Volksbegehren fordert eine Obergrenze von 5 Hektar pro Tag. Der Flächenverbrauch in Bayern liegt derzeit bei 9,8 Hektar pro Tag. Etwa 50 % der Flächeninanspruchnahme entfallen auf Wohnen. Eine Begrenzung der Flächeninanspruchnahme würde aus Kreuzers Sicht massiv in die kommunale Planungshoheit eingreifen und zudem zu einer Preissteigerung für Bauland und Wohnungen führen.

Auch bei der Errichtung und dem Betrieb kommunaler Schwimmbäder unterstützt der

Freistaat die Gemeinden und Städte. Zum Beispiel bei Baumaßnahmen an Schulschwimmbädern bereits mit bis zu 80 Prozent, in begründeten Einzelfällen sogar mit bis zu 90 Prozent, so Kreuzer. Im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs will Bayern künftig noch mehr Unterstützung leisten. In einer Arbeitsgruppe soll nun der Gesamtbedarf ermittelt und ausgelotet werden, wie eine künftige Förderung aussehen könnte. Auch Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit sollten dabei nicht außer Acht gelassen werden.

In punkto Wohnungsbau wies der Fraktionschef darauf hin, dass aufgrund Fachkräftemangels Kapazitäten nicht mehr aufgestockt werden können. Dieses Problem dürfe nicht unterschätzt werden, warnte er.

Problematische Diesel-Fahrverbote

Juristisch äußerst schwierig ist nach Kreuzers Auffassung das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig zu möglichen Diesel-Fahrverboten. Die Einführung einer blauen Plakette würde flächendeckende Zonenfahrverbote nach sich ziehen. Dies sei nicht zielführend, da allein schon ein immenser Kontrollaufwand nötig wäre. Vorstellbar sei vielmehr ein streckenbezogenes Fahrverbot. Im Übrigen hätten Tests ergeben, dass eine Hardware-Nachrüstung von Euro-5-Dieselfahrzeugen deren Stickoxid-Emissionen im Stadtverkehr um bis zu 70 Prozent verringern kann. Kreuzer erscheint es deshalb sinnvoll, sich über entsprechende technische Lösungen zu informieren.

Gewaltige Dynamik beim schnellen Internet

Bayerns Kommunen sind auf dem Weg zur Datenautobahn. Kreuzer zufolge sind bereits über 97 Prozent aller Kommunen in Bayern in das bayerische Breitband-Förderverfahren eingestiegen. Vor allem im ländlichen Raum zeige sich eine „gewaltige Dynamik“. Die Versorgung mit schnellem Internet stieg seit 2013 um 40 Prozentpunkte auf 67 Prozent. In den geförderten Projekten wird nur Glasfaser verbaut und die Kommune entscheidet, ob bis zum Kabelverzweiger (FTTC) oder bis in das Haus (FTTB).

Weniger rosig stellt sich die Situation bei der Mobilfunkversorgung dar. Aufgrund überlasteter Leitungen sei gerade in ländlichen Räumen der Zustand „unbefriedigend“. Geradezu „katastrophale Zustände“ herrschten in Teilen Niederbayerns und der Oberpfalz, attestierte Kreuzer. **DK**

Zu wenig Frauen in der Kommunalpolitik

Themawechsel. „Frauen führen Kommunen“ heißt eine Arbeitsgemeinschaft des Bayerischen Gemeindetags, die sich seit drei Jahren dafür einsetzt, dass die mangelnde Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik möglichst bald der Vergangenheit angehört. Sieben Bürgermeisterinnen gehören dem Kern der Arbeitsgruppe an, aus jedem Regierungsbezirk eine. Sie kümmern sich – mittlerweile auch länderübergreifend – um anstehende Treffen, das Networking und den Austausch.

Christine Borst, seit 2008 1. Bürgermeisterin der Gemeinde Krailling, ist Sprecherin der ARGE. Sie verwies vor den KPV-Mitgliedern darauf, dass bayernweit nur acht Prozent aller kommunalen Chefs weiblich seien. In ganz Deutschland liege der Anteil der Frauen immerhin bei zehn Prozent.

Da diese Zahlen kein repräsentatives Abbild der Bevölkerung darstellten, müsse sich die Gesellschaft dringend Gedanken machen, wie Frauen der Einstieg in die Lokalpolitik erleichtert werden kann, betonte Borst. Beide Geschlechter sollten aus ihrer Sicht gleichberechtigt zum Zuge kommen.

Die ARGE setze sich hier zwei wichtige Ziele: Rückhalt für die amtierenden Bürgermeisterinnen sein und möglichst vielen Frauen den Weg in die Kommunalpolitik ebnen. „Im Hinblick auf die kommende Wahl 2020 möchten wir, dass sich viele Frauen aufstellen lassen“, erklärte die Bürgermeisterin. Gerade die CSU hinke hier den anderen Parteien deutlich hinterher. Dabei sei Gemeindearbeit vielseitig und abwechslungsreich und „man kann sehr viel bewegen“, erläuterte Christine Borst.

Imagekampagne für Bürgermeisterinnen

Damit das Amt für Frauen attraktiver wird, riet sie, über alternative Zeitmodelle nachzudenken. Sieben Tage die Woche mit Abendterminen, dazu Veranstaltungen am Wochenende – dies sei einfach nicht besonders familienfreundlich. Wichtig sei auch die Vorbildfunktion. Frauen müssten erkennen, dass es Frauen gibt, die Familie haben und es trotzdem schaffen.

Um Frauen im Kommunalwahlkampf sichtbar zu machen, wäre aus Sicht der KPV eine Imagekampagne für weibliche Bürgermeisterinnen oder generell für den Beruf des Bürgermeisters ein möglicherweise geeignetes Instrument. Damit wäre vielleicht schon viel gewonnen. Noch ist Zeit. **DK**

Deutscher Städtetag:

Wohnraum und Grundsteuer

Die Themen **Wohnungsvermietung und Grundsteuerreform** standen auf der Agenda der jüngsten Sitzung von Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages in Lübeck. Geht es nach dem Willen der deutschen Städte, soll die Vermietung von Wohnungen als Ferienwohnungen in Gebieten mit Wohnknappheit kontrolliert und wo nötig eingedämmt werden können. Dafür werden von Bund und Ländern entsprechende Gesetze und Rechtsinstrumente gefordert.

Wer in Gegenden mit Wohnraummangel eine Wohnung vollständig und wiederholt als Ferienwohnung vermieten möchte, soll dafür künftig eine Genehmigung beantragen müssen. Die Städte wünschen sich außerdem, dass Wohnungsanbieter auf den einschlägigen Portalen für die Kommunen erkennbar sind. Dies kann geschehen, indem Ferienwohnungsanbieter verpflichtet werden, eine anonymisierte Nummer innerhalb der Anzeige aufzuführen, die sie zuvor bei der Kommune durch eine Registrierung erhalten haben. Diese Angaben seien für die Kommunen nötig, um den Markt leichter erfassen und regeln sowie die steuerrechtlichen Pflichten der Vermieter umsetzen zu können.

Geschäftsmodell von Online-Wohnungsvermittlern

„Wenn Mieter oder Eigentümer ihren Wohnraum über so genannte Sharing-Portale hin und wieder Gästen überlassen, ist das unbedenklich. Das fördert womöglich den Städtetourismus und sorgt für Mehreinnahmen bei Gastronomie und Handel. Die Sharing-Idee teilen wir in den Städten durchaus“, erläuterte der Präsident des Deutschen Städtetages, Ober-

bürgermeister Markus Lewe aus Münster. Problematisch werde es aber, wenn dort, wo der Wohnraum schon sehr knapp ist, durch gewerbliche Fremdvermietungen über Sharing-Portale dauerhaft Wohnungen vom Markt genommen werden. Diese zweckentfremdete Nutzung verteuere und verknappe den Wohnraum in diesen Städten zusätzlich. Zudem schaffe sie Konflikte im Zusammenleben der Menschen, etwa durch Lärmbelästigung. Solche negativen Auswüchse bis hin zu „illegalen Hotels“ wollten die Städte vermeiden können.

Das Geschäftsmodell von Online-Wohnungsvermittlern wie Airbnb, Booking.com, WIMDU, 9flats etc. ermöglicht es Wohnraumeigentümern und -mietern, auf einfachstem Wege und auf unbegrenzte Dauer Wohnungen privat als Ferienwohnungen zu vermieten. Vor allem attraktive Metropolen, Städte mit bedeutenden Messestandorten und viele Universitätsstädte beobachten mit wachsender Sorge, dass die missbräuchliche Überlassung von Wohnraum als Ferienwohnung zunimmt und damit der Druck auf Preise und Mieten zusätzlich steigt.

Auch wächst dort die Zahl der vermeintlich privaten Ferienwohnungsvermieter, die gleich

mehrere vollständige Wohneinheiten innerhalb einer Stadt vermieten, ohne sich den klassischen Regeln für Hotels in Sachen Brandschutz, Sicherheit etc. zu unterwerfen, betonte Lewe: „Städte mit knappem Wohnraum und steigenden Mieten haben ein großes Interesse, gegen diese Auswüchse vorzugehen. Wir wollen, dass die Menschen die in ihrer Stadt vorhandenen Wohnungen dauerhaft zum Wohnen nutzen können. Das erwarten nicht nur die Menschen, die in diesen Städten leben, das erwarten auch diejenigen, die neu in diese Städte hinzuziehen.“

Datenschutz beachten

Nach Lewes Auffassung sollten Bund und Länder die Plattformanbieter verpflichten, Anfragen der Städte zu den Beherbergungsanbietern zu beantworten. Auch müsse die EU-Kommission die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen dazu schaffen. Darüber hinaus gelte es, potenzielle Vermieter für das Problem zu sensibilisieren und vor der missbräuchlichen Vermietung abzuschrecken. „Und es geht darum, die Städte in die Lage zu bringen, Verstöße effektiv sanktionieren zu können. Eine Anzeigepflicht von Vermietern gegenüber der Kommune in Kombination mit der verpflichtenden Angabe einer anonymisierten Aktennummer im Vermietungsangebot erscheint als der richtige Weg, um lokale Zweckentfremdungsverbote von Wohnraum kontrollie-

ren zu können“, führte der Städtetagspräsident aus.

Von der Bundesregierung und den Ländern verlangt der Deutsche Städtetag ferner eine zügige Reform der Grundsteuer. Anlass ist die aktuelle Überprüfung der Grundsteuer durch das Bundesverfassungsgericht, die zumindest vorübergehend zu erheblichen Steuerausfällen für die Kommunen führen könnte. Deshalb fordern die Städte von Bund und Ländern neben der Grundsteuerreform die verbindliche Zusage für einen Ausgleich von Einnahme-Ausfällen.

Grundsteuer dringend reformbedürftig

Laut Städtetags-Vizepräsident, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg, ist seit langem bekannt, dass eine Reform der Grundsteuer nötig ist. Denn aktuell werde Grundvermögen immer noch auf der Basis von jahrzehntealten Daten bewertet. Bereits im Januar habe das Bundesverfassungsgericht angedeutet, dass es die derzeitigen Regelungen für nicht verfassungsgemäß hält. Bund und Länder müssten die Grundsteuer deshalb dringend und sofort reformieren. „Ansonsten laufen wir Gefahr, dass die Gemeinden die Grundsteuer womöglich für gewisse Zeit gar nicht mehr erheben dürfen“, so Maly. Das aber würde die Kommunen aus seiner Sicht in eine Finanzkrise stürzen. Denn die Grundsteuer ist mit aktuell rund 14 Milliarden Euro jährlich die zweitwichtigste Gemeindesteuer. Hohe Einnahmeausfälle für die Städte wären auch dann zu befürchten, wenn das Bundesverfassungsgericht eine Übergangsfrist zur Neugestaltung der Grundsteuer

festlegt, die nicht ausreicht, die Grundsteuerreform zu beschließen und auch umzusetzen.

35 Millionen Grundstücke müssen neu erfasst werden

Die Länder haben den Zeitbedarf für eine Grundsteuerreform auf sechs bis zehn Jahre geschätzt. Dieser Zeitraum sei nötig, weil alle rund 35 Millionen Grundstücke in Deutschland neu erfasst und bewertet werden müssten. Experten bezweifeln allerdings, dass das Bundesverfassungsgericht eine derart lange Übergangsregelung gewährt. Sie erwarten deutlich kürzere Fristen. Maly zufolge „ist es gut, dass im Koalitionsvertrag die Reform der Grundsteuer bereits eingeplant ist. Dem müssen nun schnell Taten folgen. Denn die Städte können selbst einen nur zeitweisen Ausfall der Grundsteuer keinesfalls aus eigener Kraft ausgleichen. Zudem brauchen sie Planungssicherheit. Deshalb erwarten die Städte von Bund und Ländern auch eine klare Festlegung, dass den Kommunen mögliche vorübergehende Grundsteuer-Ausfälle vollständig ersetzt werden. Schließlich waren es Bund und Länder, die die seit Jahren geforderte Reform immer wieder aufgeschoben haben.“

Einnahmeausfälle würden zu erheblichen Ausgabenkürzungen führen

Größere Einnahmeausfälle bei der Grundsteuer würden die Kommunen zu erheblichen Ausgabenkürzungen zwingen. Betroffen wären vor allem die freiwilligen, also von den Städten frei gestaltbaren Aufgaben, etwa Wohnungsbau, Musik- und

Volkshochschulen, Bibliotheken, Museen, Theater, die Sport- und Vereinsförderung, viele soziale Einrichtungen oder auch der Unterhalt von Grün- und Parkanlagen.

Bundesrats-Modell

Eine geeignete Grundlage für eine Reform der Grundsteuer sieht der Deutsche Städtetag im Bundesrats-Modell. Der Bundesrat hatte diesen Gesetzentwurf auf Drängen der Kommunen bereits im November 2016 mit breiter Mehrheit auf den Weg gebracht. Beschlossen wurde das Gesetz in der vergangenen Legislaturperiode jedoch nicht mehr. Folgte Bundesregierung und Länder diesem Vorschlag nun, würden unbebaute Grundstücke mit dem jeweiligen Bodenrichtwert bewertet. Bei bebauten Grundstücken käme der Wert des Gebäudes hinzu.

Grundsteuer C im Koalitionsvertrag vereinbart

Im Koalitionsvertrag ist darüber hinaus eine zusätzliche Grundsteuer C vereinbart. Mit der Grundsteuer C könnten die Gemeinden zukünftig unbebauten Baugrund mit einem erhöhten Hebesatz belasten und Bodenspekulationen erschweren. Das begrüßen die Städte ausdrücklich, wie der Vizepräsident darlegte: „Spekulatives Horten von Bauland ist vielerorts ein Problem. Eine Grundsteuer C kann den Städten helfen, dagegen vorzugehen. Eine solche Handhabe haben sich die Städte schon lange gewünscht und mehrfach gefordert. Die Grundsteuer C kann zudem das Bundesratsmodell ohne Schwierigkeiten ergänzen.“ **DK**

Connecting Global Competence



Messe München

Ressourcen. Innovationen. Lösungen.

14.–18. Mai 2018 • Messe München

Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft

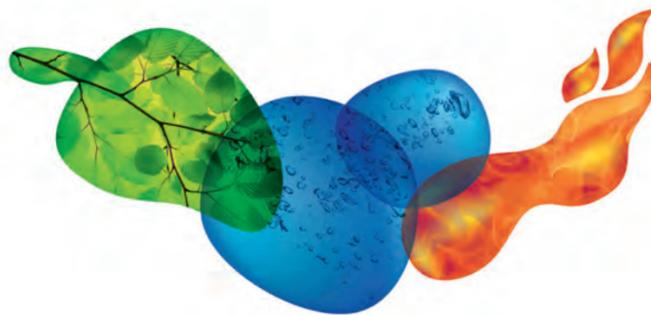
- Wie lässt sich die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung nachhaltig gestalten?
- Wie können Abfall- und Recyclingprozesse effizient umgesetzt werden?
- Und wie lassen sich die Herausforderungen im Winter und bei der Straßenreinigung innovativ bewältigen?

Erleben Sie in spektakulären Live-Demonstrationen das gesamte Potenzial der Innovationen praxisnah und anschaulich im Einsatz. Aktuelle Themen- und Länderspecials sowie zahlreiche Vorträge und Podiumsdiskussionen präsentieren Strategien und Konzepte für die Herausforderungen der Zukunft.

Auf der Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft finden Sie neue Lösungen und Innovationen.

Neue Verteilung der Ausstellungsbereiche: www.ifat.de/hallenverteilung

Jetzt Online-Ticket sichern.
www.ifat.de/tickets




www.ifat.de



Tag der Archive 2018:

Demokratie und Bürgerrechte

Überwältigend war die Resonanz auf den vom VdA (Verband deutscher Archivarinnen und Archivare) zum neunten Male initiierten bundesweiten Tag der Archive. Weit über 400 Archive aller Fachsparten öffneten bundesweit ihre Türen und boten ein vielfältiges Programm zu dem gewählten Motto „Demokratie und Bürgerrechte“. Eine rege Beteiligung verzeichneten auch die Bayerischen Staatlichen Archive und zahlreiche weitere Archive im Freistaat.

Den interessierten Bürgerinnen und Bürgern stellten die Staatsarchive Amberg, Bamberg, Coburg, Landshut, München und Würzburg ihre Arbeit vor. Das Staatsarchiv Amberg gewährte durch Vorträge und Führungen Einblick in ausgewählte Arbeitsbereiche. Die Staatsarchive Bamberg und Coburg boten Feierabendführungen an und zeigten historische Dokumente zu Bürgerrechten und Partizipation. Gemeinsam mit dem Stadtarchiv Landshut präsentierte das Staatsarchiv Landshut eine kleine Ausstellung zum Thema „Frauen und Wahlrecht“. Das Staatsarchiv München führte zu verschiedenen Themen durch seine Magazine. Dazu las der Schauspieler Winfried Frey ausgewählte historische Dokumente zum Thema „Die Revolution 1918/19 in München“. Eine kleine Ausstellung zur Gaibacher Konstitutionssäule präsentierte schließlich das Staatsarchiv Würzburg, das zudem seine Magazine öffnete.

„Erinnern und Entdecken“

Allein in München beteiligten sich 25 Archive unterschiedlicher Träger am Tag der Archive, der in der Landeshauptstadt unter dem Motto „Erinnern und Entdecken“ stand. Mit dabei war auch der Historische Verein bayerischer Genossenschaften, der in einer Ausstellung die 125-jährige Geschichte des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) präsentierte. Unter dem Titel „Genossenschaftsverband Bayern. Genossenschaften machen Geschichte“ zeigten Exponate von der Gründung bis in die Gegenwart, wie vielfältig die bayerische Genossenschaftsorganisation seit jeher ist.

Mehr als 150 interessierte Besucher nutzten die Gelegenheit, im Bayerischen Wirtschaftsarchiv in den Räumen der IHK München Originaldokumente zur Gründungsgeschichte des GVB zu bestaunen. Hierzu zählte neben dem ersten Protokollbuch und dem ersten Mitgliedsregister des Bayerischen Landesverbands landwirtschaftlicher Darlehenskassenvereine auch die Einladung zu der Gründungsversammlung am 28. November 1893. Darüber hinaus bot die Ausstellung einen bebilderten Überblick über das vielfältige, noch heute bestehende bayerische Genossenschaftswesen und dessen Entwicklung in den vergangenen 125 Jahren.

Bezug zum „Raiffeisen-Jahr“

Die Ausstellung nahm ferner Bezug auf das aktuell gefeierte „Raiffeisen-Jahr“ anlässlich des 200. Geburtstags Friedrich-Wilhelm Raiffeisens und zeigte historische Filmdokumente zum Leben und Wirken des deutschen Genossenschaftspioniers.

Ebenso gewährt wurde ein Einblick in die sonst nicht der Öffentlichkeit zugänglichen Räume von Archiv und Bibliothek des Bayerischen Landtags. Außerdem konnten Interessenten in Ausstellungsvitrinen einige Beispiele aus dem reichen Archivbestand des Landtags im Original betrachten und sich über die Arbeit des Landtags und deren Dokumentation und Archivierung informieren. Führungen durch den Plenarsaal und die historischen Räume des Maximilianeums rundeten den Besuch ab.

In der Monacensia im Hildebrandhaus, dem literarischen Gedächtnis der Stadt München,

fanden Führungen durch die Dauerausstellung „Literarisches München zur Zeit von Thomas Mann“ statt. Zudem konnte man einen Blick hinter die Kulissen des Arbeitsalltags des Literaturarchivs werfen und Einblicke in Preziosen und Kuriosa aus den Beständen gewinnen. Die Sammlung des städtischen Literaturarchivs umfasst rund 300 literarische Nachlässe von renommierten Schriftstellerinnen und Schriftstellern, die in enger Verbindung zu München stehen. Dazu gehören u.a. Frank Wedekind, Oskar Maria Graf, Annette Kolb und Franziska zu Reventlow.

Das Valentin-Karlstadt-Museum im Isartor bot unter dem Motto „Ein Firmling, zwei Gedichte und 20-tausend Witze“ Führungen durch sein Archiv. Die Sammlung des Valentin-Karlstadt-Museums besteht u. a. aus zahlreichen Dokumenten, Fotos, Plakaten, Presseauschnitten, Bühnenalben, Gästebüchern und vielem mehr zu Karl Valentin und Liesl Karlstadt.

Das Stadtarchiv München wartete wiederum mit der Ausstellung „Der Feind in der Stadt. Vom Umgang mit Seuchen in Augsburg, München und Nürnberg“ auf. Die Ausstellung beleuchtete, wie die genannten Städte vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert in kultureller, organisatorischer und städtebaulicher Weise auf die latente und die konkrete Gefahr von Seuchen und Epidemien reagierten.

Pflege des kollektiven Gedächtnisses

Laut Bayerns Wissenschaftsminister Dr. Ludwig Spaenle war das Motto „Demokratie und Bürgerrechte“ gut gewählt, pflegten die Archive doch zuverlässig und sorgsam „das kollektive Gedächtnis unserer Ge-

Neue Broschüre:

„Wegweiser Klimagerechtes Bauen“

Einsparungen pro Person wie 60-mal nach Mallorca fliegen
Von Dipl.-Ing. Günther Hartmann

Die Fördergesellschaft des Zimmerer- und Holzbaugewerbes veröffentlichte im Februar 2018 eine neue Informationsbroschüre. Sie zeigt anhand markanter Zahlen die Bedeutung, die Bauen mit Holz für den Klimaschutz hat – und künftig haben könnte.

Werden Geschosswohnungsbauten in Holzbauweise statt in Massivbauweise errichtet, so wird dadurch pro Person so viel CO₂ vermieden, wie bei 30 bis 60 Hin- und Rückflügen nach Mallorca pro Person freigesetzt wird. Solche verblüffenden Vergleiche machen das enorme Klimaschutzpotenzial von Bauen mit Holz erst so richtig deutlich. Und das ist gerade angesichts der Tatsache, dass die Bundesregierung ihr Klimaschutzziel für 2020 krachend verfehlt, bedeutsam. Es gilt, Klarheit darüber zu gewinnen, welche Maßnahmen überhaupt welche Wirkung entfalten. Es müssen die Maßnahmen identifiziert werden, die nicht nur symbolischen Charakter haben, sondern tatsächlich etwas bewirken.

Untersuchung von drei zentralen Fragen

Erst Zahlen sorgen hier für eine klare Orientierung. Ohne sie tapen wir im Dunkeln, können das Wichtige nicht vom Unwichtigen unterscheiden. Zum Glück ist der Klimaschutz kein komplexes und schwer erfassbares Problem, sondern ein recht simples: Es gilt, die CO₂-Emissionen zu senken und die CO₂-Bindung zu steigern. Beide lassen sich gut messen.

Der neue „Wegweiser Klimagerechtes Bauen“ geht anhand der CO₂-Bilanzen von drei realisierten Geschosswohnungsbauten, die im Rahmen von Lebenszyklusanalysen ermittelt wurden, drei zentralen Fragen nach: (1) Was bewirkt mehr: CO₂-armes Heizen oder CO₂-armes Bauen? (2) Wie wirtschaftlich ist CO₂-Reduzierung durch Bauen mit Holz? (3) Wie zielführend ist CO₂-Reduzierung durch Bauen mit Holz?

Bei allen drei Fragen fielen die Antworten überraschend deutlich aus. Sie zeigen – gerade im Vergleich mit Zahlen aus der Energiewirtschaft und aus den Alltagsbereichen Autofahren, Fliegen und Ernährung – ganz klar: Bauen mit Holz ist eine der wirkungsvollsten, wirtschaftlichsten und zielführendsten Klimaschutzmaßnahmen überhaupt. Und vor allem: Bauen mit Holz wirkt als Klimaschutzmaßnahme sofort. Das „sofort“ ist ein entscheidendes Kriterium, das oft übersehen wird. Denn es gilt, die Klimaerwärmung so schnell wie möglich so stark wie möglich zu bremsen, damit die Ökosysteme genügend Zeit haben, sich anzupassen – ansonsten kollabieren sie mit katastrophalen Folgen für Mensch und Natur. „Bauen mit Holz bedeutet: Klimaschutz jetzt!“ lautet denn die zentrale Botschaft dieser Publikation.

Interessierte Gemeinden können von der Website www.stopco2.jetzt das PDF der neuen Broschüren herunterladen und gedruckte Exemplare unter info@zimmerer-bayern.com kostenfrei bestellen – auch in größeren Mengen. □

Markus Ferber zu CCTB:

Körperschaftsteuerregeln für das 21. Jahrhundert

Abstimmung im Plenum: Steuerschlupflöcher schließen
Europaweite Bemessungsgrundlage, statt Flickenteppich
28 unterschiedlicher Systeme / Digitalwirtschaft besteuern

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat neuen Regeln für eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Unternehmenssteuer verabschiedet. „Multinationale Unternehmen sollen künftig nicht mehr Körperschaftsteuern umgehen können, indem sie Unterschiede zwischen den Steuersystemen von Staaten innerhalb der EU ausnutzen“, erklärt Markus Ferber, erster stellvertretender Vorsitzender des Wirtschafts- und Währungsausschusses und Verhandlungsführer der EVP-Fraktion: „Das Europäische Parlament hat einen sehr konstruktiven Vorschlag für mehr Steuer-gerechtigkeit gemacht. Der Ball liegt nun im Feld der Mitgliedsstaaten. Die Finanzminister dürfen bei diesem wichtigen Thema nun nicht länger auf der Bremse stehen.“

„Mit unserem Vorschlag beseitigen wir Inkonsistenzen zwischen den Steuersystemen der Mitgliedstaaten, die von großen Unternehmen oftmals dazu genutzt werden, die Steuerlast künstlich zu reduzieren. Eine

Künftig müssen Unternehmen zur Berechnung ihres Gewinns für Steuerzwecke nur die Regeln eines einzigen EU Systems befolgen anstelle der vielen unterschiedlichen nationalen Systeme.

Besteuerung der Digitalwirtschaft

Ein weiterer Meilenstein der neuen Regel ist die Besteuerung der Digitalwirtschaft. „Unser Körperschaftsteuerrecht befindet sich noch im 20. Jahrhundert und passt nicht mehr zu Geschäftsmodellen im digitalen Zeitalter. Das Hauptproblem ist aktuell, dass wir uns noch immer zu sehr an der Idee einer physischen Betriebsstätte mit Fabriken, Maschinen, Mitarbeitern und physisch greifbaren Endprodukten orientieren. Das passt nicht zu den Geschäftsmodellen der Digitalwirtschaft“, so Ferber. „Um künftig auch digitale Plattformen zu erfassen, wollen wir das Konzept einer virtuellen Betriebsstätte einführen, damit Google, Facebook und Co künftig dort Steuern zahlen, wo sie Gewinne erwirtschaften.“

Faireres Steuersystem gefordert

Abschließend erklärt der Abgeordnete: „Der neue Bundesfinanzminister muss nun dafür sorgen, dass Staaten wie die Niederlande, Luxemburg oder Irland, die sich bisher darauf spezialisiert haben, ihren Nachbarn die Bemessungsgrundlage abzugraben, sich im Ministerrat bewegen und sich auf ein faireres Steuersystem einlassen.“ □



Markus Ferber, MdB.

einheitliche Bemessungsgrundlage sorgt dafür, dass die Steuersysteme der Mitgliedstaaten künftig nicht mehr so einfach gegeneinander ausgespielt werden können“, so Markus Ferber.

Einfachere Regeln für Unternehmen

„Langfristig beseitigen wir nicht nur Steuergestaltungsmöglichkeiten, sondern machen es Unternehmen auch leichter im europäischen Binnenmarkt zu agieren. Statt heute 28 unterschiedlichen Regelungen wird es am Ende ein einheitliches Regelwerk für die Berechnung der Bemessungsgrundlage geben. Das europäische Steuerrecht wird damit unbürokratischer, weniger kompliziert und fairer.“ □

„Grüne Investitionen sind nicht automatisch risikoärmer“

Kommission will „grünere“ Finanzmarktregulierung

Die EU-Kommission hat einen Aktionsplan mit Maßnahmen vorgelegt, die zu mehr Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft beitragen sollen. Ziel ist es, dadurch den ökologischen Umbau der Realwirtschaft zu unterstützen. Der CSU-Finanzexperte erklärte dazu: „Die Kommission versucht das Thema Nachhaltigkeit mit der Brechstange in der europäischen Finanzmarktregulierung unterzubringen, ohne erklären zu können, was Nachhaltigkeit im Finanzwesen überhaupt bedeutet.“

Der CSU-Europaabgeordnete kritisiert: „Bis heute hat niemand definiert, welche Kriterien Investments erfüllen müssen, damit sie als nachhaltig gelten.“ Für Ferber lautet die Kernfrage daher: „Was sind nachhaltige Investments? Ist ein Kernkraftwerk nachhaltig, weil es kein Kohlendioxid emittiert? Ist ein Wasserkraftwerk nachhaltig, auch wenn es massiv in die natürliche Flusslandschaft eingreift?“

Insbesondere die Idee, bei der Eigenkapitalunterlegung künftig Abschläge für grüne Investitionen gelten zu lassen, hält Ferber für „brandgefährlich“. „Bei der Bankenregulierung muss allein das Risiko zählen – alles andere gefährdet die Finanzmarktstabilität.“ Markus Ferber erklärt weiter: „Wenn bei Kapitalunterlegung, Ratings, Aufsichtshandeln und Verbraucherschutz die Finanzstabilität künftig hinter Nachhaltigkeitsaspekte zurückstecken muss, setzt die Europäische Kommission mit einem Schlag alle Fortschritte, die wir seit der Finanzkrise in diesem Bereich gemacht haben, aufs Spiel.“

„Der Vorschlag, selbst die Anlageberatung auf Nachhaltigkeitsaspekte umzustellen, ist an-

schichte und unserer Demokratie“ und bereiteten es nutzergerecht auf. Demokratie und Bürgerrechte seien keine Selbstverständlichkeit, sondern müssten immer wieder neu bewusst gemacht und gerade in Krisensituationen auch verteidigt werden. Für Spaenle steht fest: „Die Archive sind in diesem Prozess ein Fels in der Brandung: Sie dokumentieren das Geschehene. Sie sind eine verlässliche Informationsquelle. Sie machen politisches und gesellschaftliches Handeln transparent und nachvollziehbar. Damit wirken die Archive am Erhalt von Demokratie und Bürgerrechten mit.“ DK

Markus Ferber hält Aktionsplan für „brandgefährlich“:

Familienpakt Bayern

Arbeitsstaatssekretär Hintersberger: „Mitglied werden! – 500 Unternehmen sind bereits dabei“

Auf der Jahresauftaktveranstaltung des Familienpakts Bayern betonte Bayerns Arbeitsstaatssekretär Johannes Hintersberger: „Familienfreundlichkeit gewinnt! Das ist nicht nur das diesjährige Motto des Familienpakts Bayern, sondern Realität. Ich appelliere daher an alle Unternehmen in Bayern: Werden Sie Mitglied im Familienpakt Bayern! Denn Unternehmen, die ein familienfreundliches Betriebsklima erzeugen, haben einen wirtschaftlichen Vorteil. Familienfreundlichkeit schafft zufriedene, motivierte Beschäftigte und attraktive, erfolgreiche Arbeitgeber. So gewinnen alle.“

Mit dem Familienpakt unterstützt die Bayerische Staatsregierung, gemeinsam mit den Partnern aus der Wirtschaft, bayerische Arbeitgeber bei der Umsetzung einer familienfreundlichen Personalpolitik. So soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch breiter in der bayerischen Unternehmenskultur verankert werden.

„Bereits 500 Mitglieder und Netzwerkpartner sind im Familienpakt Bayern vertreten. Das ist ein deutlicher Beleg dafür, wie wichtig eine familienfreundliche Personalpolitik für die bayerischen Unternehmen ist. Es kommt dabei nicht auf die Unternehmensgröße oder die Branche an. Entscheidend sind vielmehr Kreativität und Überzeugung“, so Hintersberger weiter. Die Maßnahmen der Unternehmen reichen dabei von individuellen und flexiblen Arbeitszeitmodellen auf allen Ebenen über mobiles Arbeiten bis zum Führungskräfte-Training für familienbewusstes Führen. Unterstützungsangebote bei Kinderbetreuung und Pflege tragen genauso zur Vereinbarkeit bei wie eine familienfreundliche Arbeitsorganisation.

Eigene Servicestelle

Eine eigens eingerichtete Servicestelle steht als Ansprechpartnerin für Fragen zur Verfügung. Sie bietet eine kostenfreie Erstberatung an und informiert rund um das Thema Familienfreundlichkeit. Hier finden Sie Informationen zum Familienpakt Bayern sowie die Möglichkeit einer Mitgliedschaft. Ab sofort können auch die Beschäftigten selbst ihren Arbeitgeber als familienfreundlichen Betrieb vorschlagen. Mit dem neuen Instrument ‚Mein familienfreundlicher Arbeitgeber‘ können sie eine Mitgliedschaft für ihren Betrieb im Familienpakt anregen. □

Sparkassenpräsident Netzer bei der Jahrespressekonferenz des Sparkassenverbands Bayern:

Sparkassen bleiben auch 2018 ein Erfolgsmodell

Bayerische Sparkassen gestalten das Geschäftsjahr 2017 erfolgreich

„Unsere Kunden haben gewählt und sich für die Finanzdienstleistungen und Produkte der bayerischen Sparkassen entschieden. Ihre Kundenbedürfnisse werden erfüllt. Die Konditionen stimmen. Sparkasse steht für Vertrauen und Sicherheit,“ resümierte Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern in München.

Damit gelang es den bayerischen Sparkassen auch bei wirtschaftlich schwierigen Bedingungen wie Niedrigst- und Negativzinspolitik, hohem Regulierungsdruck und der beschleunigten Digitalisierung, das Geschäftsjahr 2017 erfolgreicher abzuschließen als erwartet.

Kundengeschäft deutlich gewachsen

Das Kundengeschäft ist bei den bayerischen Sparkassen 2017 wiederum deutlich gewachsen: Die Kredite erreichten ein Gesamtvolumen von 130,6 Mrd. Euro und die Kunden legen ihr Geld immer mehr in Wertpapieren an.

Der Erfolg im Kundengeschäft kann sich allerdings in der derzeitigen Zinssituation nicht im Ertrag niederschlagen. Nach Netzers Worten gelang es den Sparkassen, das operative Ergebnis zu stabilisieren. Den rückläufigen Zinsmargen begegneten sie mit der Fokussierung auf Kundenbedürfnisse.

Mit hohem Kostenbewusstsein begegnen die einzelnen Sparkassen und die Verbundunternehmen der S-Finanzgruppe Niedrigzinsen und Regulierungsdruck, „um weiterhin ein kraftvoller Partner für unsere privaten Kunden und die bayerische Wirtschaft zu sein“ sagte der Präsident. Parallel löse man die strukturellen Fragen für das Sparkassen-Geschäftsmodell, nehme bei innovativen digitalen Angeboten Fahrt auf und bleibe in der Fläche präsent.

Geschäftszahlen 2017

Das Kreditvolumen der bayerischen Sparkassen stieg im Jahr 2017 wieder deutlich an und lag am Jahresende bei insgesamt 130,6 Mrd. Euro (+3,8 %).

Der Bestand an Unternehmenskrediten konnte überdurchschnittlich gesteigert werden und wuchs um +5,6 % auf 68,2 Mrd. Euro. Seit 2003 wächst das Kreditvolumen von Unternehmen und Selbstständigen kontinuierlich und auch der Anteil der Mittelstandskredite an den Gesamtausleihungen nimmt seit 10 Jahren zu. Auch das Leasinggeschäft der Sparkassen gehört dazu: 2017 konnte das Neugeschäftsvolumen auf 692 Mio. Euro gesteigert werden (+27,7 %).

Der Kreditvergabespielraum ist damit nicht ausgereizt. Der weiter steigenden Kreditnachfrage steht ausreichend Liquidität auf Sparkassenseite gegenüber. Im Jahr 2017 wurden neue Darlehen in Höhe von 15,1 Mrd. Euro an Unternehmen und Selbstständige zugesagt (+9,1 %).

Immobilienkredite steigen

Mit großer Dynamik entwickelte sich auch der Markt für Immobilienkredite. Der Bestand wuchs 2017 um 5,0 % auf 70,2 Mrd. Euro. Fast 70 % davon entfallen auf Immobilienkredite für Privatpersonen (48,5 Mrd. Euro; +3,5 %). Jedoch ist laut Netzer der private Immobilienmarkt gerade in Ballungsräumen an einer Grenze angelangt, wo das Angebot die immer noch enorme Nachfrage nicht mehr decken kann. Zudem ist das Preisniveau gestiegen, da mit der ultralockeren EZB-Geldpolitik Immobilien zur Vermögensbildung besonders begehrt sind. Nor-

malverdiener und Familien können sich daher Immobilieneigentum immer seltener leisten.

Wertpapiergeschäft nimmt zu

2017 haben die Kunden erneut auch mehr Wertpapiergeschäft bei den bayerischen Sparkassen abgewickelt: Der Wertpapierumsatz erreichte die Marke von genau 20 Mrd. Euro. Dabei übersteigen die Wertpapierkäufe wieder die Verkäufe, der Nettoabsatz stieg auf 1,73 Mrd. Euro (+10 %).

Die bayerischen Sparkassen raten nach wie vor zum regelmäßigen Wertpapier-Sparen. Hier tragen schon kleinste monatliche Anlagebeträge dazu bei, auch in Niedrigzinszeiten Renditen zu erzielen, die die Kunden dringend für ihre Altersvorsorge benötigen. „Auch bzw. gerade Bezieher kleiner Einkommen müssen von der Entwicklung an den Wertpapiermärkten profitieren können,“ so Netzer.

Kundeneinlagen steigen

Die Einlagen der Sparkassenkunden sind 2017 trotz niedrigster Zinsen erneut kräftig angestiegen: Sie stiegen um 3,3 Mrd. Euro (+2,1 %) auf 159,9 Mrd. Euro. Der Zuwachs resultiert in erster Linie aus Sichteinlagen von Privatkunden, während die Unternehmen ihre Einlagen im Konjunkturaufschwung zugunsten der Finanzierung von Investitionen reduziert haben.

Zinsüberschuss weiterhin rückläufig

Die Geschäftsentwicklung zeigt, dass die bayerischen Sparkassen weiter wachsen. Der große Markterfolg gibt ihrem Geschäftsmodell Recht. In der Ertragsentwicklung bildet sich das Wachstum allerdings nicht ab, da der Zinsüberschuss durch die Niedrigst- und Nullzinsen weiter rückläufig bleibt. Diese Erträge können nicht parallel mit der Geschäftsentwicklung wachsen, in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme sinken sie sehr deutlich. Diese Entwicklung dürfte sich in den kommenden Jahren noch verschärfen. „Bereits ein oberflächlicher Blick auf unsere Sichteinlagen in Höhe von knapp 110 Mrd. und den negativen EZB-Einlagezinsen von 0,4 % skizziert das Spannungsfeld sehr deutlich“, erklärte Netzer.

„Als Hauptertragsquelle der Sparkassen ist der Zinsüberschuss die zentrale Größe, die über den Erfolg eines Geschäftsjahrs bestimmt. Während das operative Geschäft weiter kräftig wächst, belastet in diesen Jahren der Rückgang des Zinsüberschusses den wirtschaftlichen Erfolg empfindlich,“ so Netzer. „Der Zinsüberschuss wird strukturell bedingt weiter sinken. Auf Dauer wird es extrem schwierig, den Rückgang über andere Ertragsquellen und Kostensenkungen vollständig aufzufangen.“

Betriebsergebnis vor Bewertung stabilisiert

2017 erzielten die bayerischen Sparkassen ein Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 1.756 Mio. Euro. Es konnte im Vergleich zum Vorjahr leicht gesteigert werden (+1,2 %) und liegt klar über den Prognosen, die die

bayerischen Sparkassen vor Jahresfrist angestellt hatten. Damit beweisen die Sparkassen ihre Reaktionsfähigkeit auf die veränderten Rahmenbedingungen. Sie stellen sich mit Effizienzsteigerungsprogrammen entschieden und erfolgreich gegen die außerordentliche Ertragsbelastung durch den rückläufigen Zinsüberschuss. Gleichzeitig schlägt sich das hohe Kundenvertrauen in verbesserten Provisionserträgen nieder.

In Bezug auf die Durchschnittliche Bilanzsumme ist das in absoluten Zahlen stabilisierte Betriebsergebnis jedoch trotzdem leicht rückläufig und liegt zum dritten Mal unterhalb der 1%-Marke (0,88 %).

Stabilisierungsmaßnahmen

Nach Netzers Worten greifen die Stabilisierungsmaßnahmen der bayerischen Sparkassen. Durch das lebhaftere Wachstum im Kundengeschäft und Preisanpassungen konnten die Sparkassen der Verschmälerung der Zinsmarge begegnen und erneut den Provisionsüberschuss um knapp 116 Mio. Euro steigern (+9,9 %). Dies ist geprägt durch erhöhte Entgelte im Giroverkehr und Kartengeschäft sowie den gesteigerten Wertpapierumsatz. Die kostenadäquate Preise für ihre Dienstleistung akzeptierten die Kunden, „weil sie Wert auf nachhaltige Beratungsqualität und auf die Präsenz der Berater in den größeren Geschäftsstellen legen.“

Beim Personalaufwand zeigen sich erste Effekte aus Altersteilzeitprogrammen, reduzierten Arbeitszeiten/Teilzeitmodellen und der konsequenten Nutzung der natürlichen Fluktuation. Insgesamt konnte der Personalaufwand ohne Einschränkungen in der Kundenbetreuung um 2,2 % gesenkt werden. In den bayerischen Sparkassen sind jetzt 38.666 Menschen für die Kunden da. Perspektivisch liegt die Herausforderung nicht nur in der Personalreduktion, sondern auch in der Qualifikation der Mitarbeiterschaft für Beratung und neue digitale Services.

Jahresüberschuss steigt durch positives Bewertungsergebnis

Für 2017 blicken die bayerischen Sparkassen auf das beste Bewertungsergebnis seit 10 Jahren. Das Betriebsergebnis nach Bewertung liegt mit 943 Mio. Euro um rund 35 Mio. über dem des Vorjahrs. Netzer dazu: „Die Konjunktur gibt uns Rückenwind.“ Nach den noch vorläufigen Berechnungen wird am Ende ein Jahresüberschuss von 343 Mio. Euro stehen.

Auf das gute Ergebnis führen die bayerischen Sparkassen 458 Mio. an gewinnabhängigen Steuern ab. 206 Mio. Euro davon sind Gewerbesteuern, die erneut auch die bayerischen Kommunen stärken.

Modernes Banking – digital wie lokal präsent

Mit einem Blick in die Zukunft startete Roland Schmutz, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern, seinen Überblick über die kommenden digitalen Angebote der Sparkassen: „Auch bei den digitalen Anwendungen geht es uns immer um den Menschen und seine Bedürfnisse,“ erklärte Schmutz die Strategie der Sparkassen. „Besonders deutlich wird das, wenn sich der Mensch mit der Technik unterhält.“ Die Sparkas-



Der Verbandsverwaltungsrat des Sparkassenverbands Bayern hat die weitere Führung des Verbands geregelt. Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, wurde im Amt bestätigt. Sein Dienstvertrag wird bis Ende 2020 verlängert. Er wird damit auch für die kommenden knapp drei Jahre an der Spitze des Sparkassenverbands Bayern stehen. Unser Bild zeigt (v. l.): Walter Strohmaier, Bundesobmann, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Niederbayern-Mitte, Walter Pache, Landesobmann, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Günzburg-Krumbach, Ralf Fleischer, Stv. Landesobmann, Vorsitzender des Vorstands der Stadtparkasse München und Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern.

sen ergänzen die bewährte Bargeldversorgung demnächst um neue Varianten des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.

Echtzeit-Überweisungen und elektronischer Safe

Mit dem Wachsen des Onlinehandels verändern sich auch die Anforderungen an das Online-Bahlen. Zudem werden die Sparkassen die erste Institutgruppe in Deutschland sein, die Mitte 2018 Echtzeit-Überweisungen flächendeckend einführt. Noch in 2018 werden die Sparkassen den „elektronischen Safe“ anbieten, mit dem Kunden im Online-Postfach der Internetfiliale ihre privaten Dokumente elektronisch so sicher ablegen können, wie es auch mit physischen Dokumenten im Kellerschließ-

fach der Sparkasse möglich ist.

Für Firmenkunden steht eine weitere wichtige digitale Neuerung an: Der „Digitale Finanzbericht“ wird in Deutschland ab April 2018 als bundesweiter Standard für die elektronische Bilanzübertragung von Firmenkunden an Banken und Sparkassen etabliert.

Identifikationsdienst YES

Die Integration von Daten aus einer bereits genutzten Anwendung in ein anderes Angebot wird künftig an Bedeutung gewinnen. Die Sparkassen werden sich daher auch öffnen, um ihre Daten mit anderen Anbietern zu teilen, wenn ihre Kunden das wünschen. Noch im ersten Halbjahr 2018 erweitern sie ihr Angebot deshalb um den Identitäts- und Vertrauensdienst „YES“. Im

Fokus stehen derzeit Legitimationsdaten: Kunden können sich damit im Internet durch ihre Online-Banking-Daten identifizieren, ohne diese an den Anbieter übertragen zu müssen. Die Sparkasse garantiert die Identität für das anstehende Geschäft.

Soziales Engagement

Die Sparkassen übernehmen gemäß ihrem öffentlichen Auftrag auch eine besondere Rolle als Förderer in der Gesellschaft des Freistaats: Neben Sponsoring und Spenden haben die 65 bayerischen Sparkassen und der Sparkassenverband 2017 insgesamt 110 Stiftungen unterhalten, mit denen sie soziale Zwecke, Umwelt, Kultur und Sport fördern. Dafür haben sie 2017 über 47 Mio. Euro für gemeinnützige Zwecke bereitgestellt.



Jetzt neues Förderdarlehen und Zuschüsse sichern!

Exklusive Wohnraumförderung für bayerische Gemeinden

Mit dem kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (KommWFP) unterstützt der Freistaat Bayern zusammen mit der BayernLabo bayerische Gemeinden dabei, selbst preisgünstigen Wohnraum zu schaffen. Weitere Informationen unter ► www.bayernlabo.de oder über die Hotline für Kommunen +49 89 2171-22004.

Das Förderinstitut der BayernLB



Bilanzpressekonferenz der Volks- und Raiffeisenbanken:

Vorstandsvorsitzender Groshadert mit EZB-Politik

Trotz des „anhaltend herausfordernden Niedrigzinsumfeldes“ haben Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken im Berichtsjahr 2017 „sehr ordentlich“ abgeschnitten und sogar ihr (addiertes) Ergebnis vor Steuern noch um 1,5 % auf 1,481 Mrd. Euro gesteigert. Doch bevor Jürgen Gros, Vorstandsvorsitzender des Genossenschaftsverbands Bayern das durchaus erfreuliche Ergebnis im Einzelnen in der Bilanzpressekonferenz erläuterte, nahm er die Gelegenheit wahr, heftige Kritik am Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) zu üben.

In Anlehnung an einen Wutausbruch des ehemaligen FC Bayern-Trainers Giovanni Trapattoni fragte Gros ironisch: „Was erlauben Draghi, dass er sich bezüglich der europäischen Bankenunion und der europäischen Einlagensicherung in die Politik einmischt? Woher nimmt er das Mandat dazu?“ Aufgabe der EZB sei einzig und allein, die Preisstabilität im Euroraum und die Kaufkraft der Gemeinschaftswährung zu erhalten. Habe Draghi noch den Blick für die Realität?

Den Forderungen nach einem europäischen System zur Sicherung von Spareinlagen (EDIS), also praktisch einer Transferunion, erteilte Gros eine klare Absage. Ein gemeinschaftliches Haftungssystem wäre nichts anderes als das Abwälzen hausgemachter Probleme mancher europäischer Nachbarländer auf Banken und Sparer in Deutschland. Statt über das Teilen von Haftungsrisiken nachzudenken, müsse vor allem darüber geredet werden, wie der hohe Anteil ausfallgefährdeter Kredite in Südeuropa nachhaltig gesenkt werden könne, forderte Gros.

Notleidende Kredite in der Eurozone

In der Eurozone gebe es derzeit einen Bestand an ausfallgefährdeten Krediten von rund 950 Mrd. Euro, die aber höchst ungleich verteilt seien. Während in Südeuropa viele Banken mit zweistelligen Ausfallquoten kämpften, liege der Anteil notleidender Darlehen in Deutschland unterdurchschnittlich bei 2%. Vor der Finanzkrise habe die Quote notleidender Kredite im gesamten Euroraum 2,8 % betragen, heute seien es 4,6 %, aber in Großbritannien, Japan und den USA nur 1 %. Und diese Marke von 1 % müsse auch in der Währungsunion erreicht werden.

Von den faulen Krediten in der Eurozone entfällt z.B. auf Griechenland fast die Hälfte, auf Portugal mehr als 15 %, auf Italien über 10 % und auf Deutschland etwa 2 %. Ursache für die Unterschiede sei zwar zum Teil die uneinheitliche Konjunkturentwicklung in den Ländern, zum anderen Teil spielten aber auch strukturelle Faktoren eine Rolle.

Gros präsentierte einen Sieben-Punkte-Plan, in dem der GVB Maßnahmen für mehr Risikoabbau und Stabilität in Europa definiert. 1. müssten die Altlasten auf einen Wert von 1 % abgebaut werden, 2. müssten nationale Probleme auf nationaler Ebene bewältigt werden und dürften nicht in einer EU-Abwicklungsbank vergemeinschaftet werden, 3. müssten Bankgläubiger konsequent an der Sanierung und Abwicklung notleidender Banken beteiligt werden, 4. müsse die Bankenaufsicht der EZB den Abbau notleidender Kredite zielgerichtet vorantreiben und dürfe keinem politischen Druck zur Aufweichung nachgeben, 5. müssten das Insolvenzrecht der Eurostaaten ohne Abstriche beim Gläubigerschutz harmonisiert und die Leistungsfähigkeit der Justiz gestärkt werden, 6. müssten Strukturreformen mit finanziellen Anreizen ohne Ausweitung des EU-Budgets umgesetzt werden, um das Wachstum zu beleben, und 7. müssten die Staatsfinanzierung angemessen reguliert und die Bevorzugung europäischer Staatsanleihen beseitigt werden.

Zurück zur Bilanz der bayeri-

schen Genossenschaftsbanken, die 2017 ihre addierte Bilanzsumme um 4,3 % auf 160,1 Mrd. € gesteigert haben. Dazu trugen Kredite über 96,5 Mrd. Euro (+ 5,8 %) bei, wobei je knapp die Hälfte auf Privatkunden (+ 7,4 %) und Firmenkunden (+ 4,4 %) entfielen. Im Privatkundengeschäft beträgt der Marktanteil in Bayern nahezu 25 %, im Firmenkundengeschäft nach einer Steigerung um fast ein Fünftel 20 % „dank einer intensiveren Marktbearbeitung“. Die Firmenkunden finden sich vor allem im Dienstleistungsbereich, im verarbeitenden Gewerbe und in der Baubranche.

Als „verlässliche Refinanzierungs-basis“ verstehen die Genossenschaftsbanken die Einlagen ihrer Kunden, die um 3,5 % auf 124,1 Mrd. Euro und damit etwas geringer als im Jahr zuvor zulegten. Ein Viertel entfiel auf die Privatkunden, was in diesem Sektor einem Marktanteil von 26,7 % entspricht, gut zwei Drittel auf Firmenkunden, was einen Marktanteil von 13,1 % ausmacht. 8 % stammen von sonstigen Einlegern. Über den etwas geringeren Zufluss an Kundengeldern, besonders aus dem Firmenkundengeschäft, sind die Genossenschaftsbanken nicht traurig, weil ein Mehr über die Einlage bei der EZB nur zu Negativzinsen führen würde. Schon im Berichtsjahr, so viel wurde auf Anfrage mitgeteilt, haben die Genossenschaftsbanken Negativzinsen „im zweistelligen Millionenbereich“ zahlen müssen.

Wachstumskurs

Seit dem Jahr 2000 befinden sich Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken auf einem Wachstumskurs mit einer im jährlichen Durchschnitt um 2,9 % gestiegenen Bilanzsumme. Nimmt man fürs Berichtsjahr die außerbilanziellen Kredite von 16,1 Mrd. Euro (+ 6,1 %) und die außerbilanziellen Einlagen von 78,4 Mrd. Euro (+5,4 %) zu den erwähnten Werten hinzu, zeigt sich noch besser die Dynamik der Entwicklung mit einem betreuten Kundenvolumen bei den Krediten von 112,6 Mrd. Euro und den betreuten Kundengeldern von 202,5 Mrd. Euro.

Zum außerbilanziellen Geschäft haben im Kreditbereich vor allem Baufinanzierungen beigetragen, die an Partnerunternehmen im Genossenschaftsverband weitergereicht wurden. Auf der Einlagenseite haben der Verkauf von Wertpapieren und die Vermittlung von Versicherungen und Bausparverträgen außerbilanziell zu Buche geschlagen.

Auf der Ertragsseite hat der Zinsüberschuss, traditionell der wichtigste Ertragsbringer, wegen der Niedrigzins-Politik der EZB um 2,3 % bzw. 70 Mio. Euro auf 3,013 Mrd. Euro nachgegeben. Dass er nicht noch mehr zurückging, sei dem ausgeweiteten Kredit- und Vermittlungsgeschäft zu danken, sagte Gros. Das Minus konnte durch das Provisionsergebnis, das um 8,1 % oder 77 Mio. Euro auf 1,030 Mrd. Euro zulegte, ausgeglichen werden.

Wesentlich zum sehr ordentlichen Ergebnis vor Steuern von 1,48 (1,46) Mrd. Euro haben aber auch die Maßnahmen zur Kostensenkung beigetragen, so durch den Personalabbau auf 31 763 (32 953) Mitarbeiter, durch 16 Bankenfusionen auf jetzt noch 244 (260) Genossenschaftsbanken in Bayern

(mit 2.382 besetzten Geschäftstellen), durch die Einsparung bei den Betriebskosten um 30 Mio. Euro, aber auch durch eine sehr geringe Risiko-Belastung aus dem Bewertungsergebnis bei Forderungen von unverändert 0,02 % der durchschnittlichen Bilanzsumme und 0,04 % bei Wertpapieren. Alles in allem zeigt sich der Kosten-Senkungserfolg in einem sehr günstigen Verhältnis von Aufwand zu Ertrag (Cost-Income-Ratio = CIR) von 64,1 (64,7) %. Da die Genossenschaftsbanken etwa 400 Mio. Euro Steuern im Berichtsjahr zahlen mussten, ergibt sich ein fast unveränderter addierter Jahresüberschuss von gut

VR-KommunalFrühstück der VR-Bank Coburg eG

Reger Austausch zur Lage der Kommunalfinanzen und zu den Chancen und Risiken der Niedrigzinsphase

Die Niedrigzinsphase, die Kommunalfinanzen und der Blick auf die Entscheidungen in Berlin standen im Mittelpunkt des VR-Kommunalfrühstücks der VR-Bank Coburg. Die beiden Vorstände der VR-Bank, Karlheinz Kipke (Vorsitzender) und Norbert Schug, konnten Entscheidungsträger aus 14 Kommunen begrüßen.

Emil Schneider, Referent für Finanzen und Haushaltsrecht beim Bayerischen Landkreistag und Vertreter des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds, erläuterte die aktuelle Entwicklung der Kommunalfinanzen in Bayern. Diese wird wesentlich geprägt durch die rasch steigenden Steuereinnahmen, aber auch durch die enormen Belastungen der bayerischen Kommunen im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe, die im Zusammenhang mit Investitionen im Bereich der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen sowie mit der Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern entstehen.

In der Diskussion mit den Bürgermeistern und Kämmerern richtete Emil Schneider den Blick auch auf die Bundespolitik. Er begrüßte, dass sich CDU, CSU und SPD auf einen Koalitionsvertrag einigen konnten. Insbesondere die Überlegungen zum Ausbau der Breitband- und Funkversorgung, zum Fördersystem für strukturschwache Regionen, der vollständigen Refinanzierung der Tarifsteigerungen bei den Krankenhäusern und Verbesserung im Bereich des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes trafen auf seine Zustimmung.

FAG 2018

Außerdem erläuterte Schneider den kommunalen Finanzausgleich 2018, der einen Anstieg der Schlüsselzuweisungen um 9,1 % oder 305 Mio. Euro, einen deutlichen Anstieg der Investitionsförderung für Krankenhäuser um 140 Mio. Euro auf 643,4 Mio. Euro sowie Verbesserungen bei der Investitions- und den Straßenunterhaltungspauschalen mit sich bringt.

Weiteres Thema war das Kommunalinvestitionsfördergesetz des Bundes zur Förderung von Schulinfrastrukturmaßnahmen mit einem Volumen von 293 Mio. Euro in Bayern. Aus diesem Programm erhalten finanzschwache Gemeinden und Landkreise für Schulinfrastrukturmaßnahmen eine Förderung von bis zu 90 %. Zum Urteil des Verwaltungsgerichts Bayreuth zur Kreisumlage des Landkreises Forchheim für das Jahr 2014 vom 10.10.2017 verwies Schneider auf die gemeinsamen Bemühungen der kommunalen Spitzenverbände und der Ministerien. Diese zielten darauf ab, unter Vermeidung unnötigen Verwaltungsaufwands

1 Mrd. Euro, der ganz überwiegend zur Stärkung des Eigenkapitals dient.

Für das laufende Jahr ist man beim Genossenschaftsverband Bayern zuversichtlich. Das Provisionsergebnis werde stabil bleiben und bei der Zinsspanne zeichne sich ein leichter Konsolidierungseffekt ab. Die Kostenstruktur soll weiterhin verbessert, die Kosten also gesenkt werden. So werde das Ergebnis allenfalls leicht zurückgehen. Gegensteuern wollen die Volks- und Raiffeisenbanken – wie schon im vorigen Jahr – durch eine Volumenausweitung des Kredit- und Provisionsgeschäftes. Die beabsichtigte Entwicklung soll befördert werden durch Investitionen von 230 Mio. Euro, von denen etwa 100 Mio. Euro in die Weiterentwicklung digitaler und traditioneller Vertriebskanäle fließen sollen. Ein wichtiger Aspekt sei auch die Weiterbildung der Mitarbeiter, stellte der GVB-Chef fest. dhg.

Genossenschaften und Kommunen:

Erfolgreiche Partnerschaften

DStGB-Dokumentation in Zusammenarbeit mit Deutschem Genossenschafts- und Raiffeisenverband

Soeben erschienen ist die Neuauflage der DStGB-Dokumentation „Genossenschaften und Kommunen – Erfolgreiche Partnerschaften“, die gemeinsam mit dem Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V. erarbeitet wurde. Die Publikation präsentiert zahlreiche Möglichkeiten der kommunalen Zusammenarbeit und Partnerschaften mit Genossenschaften in verschiedenen Bereichen der Daseinsvorsorge: Kultur- und Freizeitangebote, Soziales und Pflege, Bildung und Familie sowie Energie und Mobilität.

Eine breite Vielfalt an Praxisbeispielen verdeutlicht die genossenschaftlichen Potenziale für die Standortentwicklung und die Nutzung von Synergien durch interkommunale Kooperation. Darüber hinaus finden sich in der Dokumentation wichtige praktische und rechtliche Hinweise speziell für Kommunen zur genossenschaftlichen Rechtsform, zur Gründung einer Genossenschaft einschließlich der Ansprechpartner in den Genossenschaftsverbänden.

Als erfolgreiches Praxisbeispiel aus Bayern wird die seit 2011 von einer Genossenschaft in der Oberpfälzer 4000-Einwohner-Gemeinde Neukirchen b. Hl. Blut organisierte Vor-Ort-Betreuung in einer Senioren-Wohngemeinschaft vorgestellt. Aufgrund des großen Bedarfs – etwa 500 Einwohner von Neukirchen sind älter als 70 Jahre und in einem Umkreis von zwölf Kilometern gibt es keine Altenheime – initiierten Gemeinde und Pfarrei unter dem Motto „Länger leben in Neukirchen b. Hl. Blut“ einen Arbeitskreis. In diesem Kreis entstand die Idee zur Gründung einer genossenschaftlichen Senioren-Wohngemeinschaft.

„Senioren-Wohnen eG“

Eine Umfrage der Gemeinde unter ihren Bürgern ergab, dass man auch genügend Unterstützer und Kapital für das Projekt erhalten würde. Etwa 100 Neukirchner Bürger sind heute Mitglied der „Senioren-Wohnen eG“. Sie fördern durch ihre Mitgliedschaft die Einrichtung, obwohl sie diese derzeit nicht nutzen. Bei der entsprechenden wirtschaftlichen Voraussetzung wird zwar eine Dividende gezahlt, die Motivation der Bürger ist jedoch, dass es grundsätzlich eine Versorgung vor Ort gibt. Später – für den Fall der Fälle – besteht dann selbst die Nutzungsmöglichkeit.

Ein Geschäftsanteil kostet 1.000 Euro. Rund 275.000 Euro wurden insgesamt an Geschäftsguthaben gezeichnet. Auch die örtliche Raiffeisenbank ist im Projekt finanziell engagiert. Neben der Pfarrei unterstützt die Kommune in vielerlei Hinsicht: Der Bürgermeister von Neukirchen ist als Vorstand in der Genossenschaft aktiv, sein Amtsvorgänger im Aufsichtsrat.

Maximal zwölf Personen können derzeit die Einrichtung nutzen. Die Bewohner zahlen monatlich eine fixe Miete sowie ein Haushaltsgeld für die laufenden Kosten wie Lebensmittel, Strom oder Telefon. Für die hauswirtschaftliche Betreuung fallen weiterhin zwischen 600 und 900 Euro an. Die Pflegeleistungen werden entsprechend der persönlichen Einstufung mit der Pflegekasse abgerechnet. Für den persönlichen Wohnraum schließt jeder Bewohner einen Mietvertrag mit der Genossenschaft, Vereinbarungen müssen zudem mit dem ambulanten Pflege- und Betreuungsdienst unterschrieben werden.

Ein weiteres Beispiel: In keinem anderen europäischen Land wurden in den vergangenen 15 Jahren so viele Krankenhäuser privatisiert wie in Deutschland. Die finanzielle Lage der Kommunen ist häufig so angespannt, dass sich ein Verkauf der Kliniken an private Betreiber kaum vermeiden lässt. Doch für eine flächendeckende und hochwertige medizinische Versorgung gerade im ländlichen Raum sind die kommunalen und

freigemeinnützigen – von Kirchen oder Wohlfahrtsverbänden getragenen – Kliniken ein wichtiger Bestandteil.

Unter dem Motto „Kooperation für Gesundheit mit Zukunft“ gründeten 2011 zehn Träger mit 25 angeschlossenen Kliniken die Klinik-Kompetenz-Bayern eG mit dem Ziel einer verbindlichen Form der Zusammenarbeit. Dem Verbund sind inzwischen 33 kommunale und freigemeinnützige Träger mit 66 Akut-Kliniken, zahlreiche medizinische Versorgungszentren und Reha-Kliniken aus ganz Bayern angeschlossen. Diese vereinen über 11.400 Betten im akutstationären Bereich und fast 400 Reha-Betten. Über 30.000 Mitarbeiter arbeiten in den angeschlossenen Häusern, in denen ein Gesamtumsatz von rund 1,8 Milliarden Euro erwirtschaftet wird.

Eine enge Kooperation besteht seit kurzem auch mit der Ende 2016 gegründeten Arbeitsgemeinschaft „Kommunale Pflege Bayern“, die mit kommunalen 12 Trägern und 44 Pflegeheimen die Versorgungsstruktur abrundet. Mit der Kooperation soll die Markt- und Wettbewerbsposition der angeschlossenen Kliniken gegenüber den privaten Kliniken, aber auch gegenüber den Krankenkassen gestärkt werden – zum Beispiel durch Einsparungen beim gemeinsamen Materialeinkauf.

Arbeitsgemeinschaft „Kommunale Pflege Bayern“

Die Kooperation ist aber weit mehr als eine klassische Einkaufsgenossenschaft. Mindestens ebenso wichtig ist den Mitgliedern ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch und Know-how-Transfer. Zu diesem Zweck wurden Arbeitskreise und Foren gebildet, die sich etwa mit den ständig neuen Vorschriften im Hygienebereich, aber auch mit Marketing, Öffentlichkeitsarbeit, Interner Revision, Controlling, Fördermittelberatung, Arbeitssicherheit oder Datenschutz befassen. In Projektgruppen werden darüber hinaus berufsgruppenübergreifend aktuelle Klinikthemen (z.B. Entlassmanagement) bearbeitet.

Ein weiteres zentrales Aufgabenfeld der Genossenschaft ist die gemeinsame Personalentwicklung. Ärzte und Pflegepersonal können in Eigenregie zielgerichtet weitergebildet werden und müssen nicht an kostspieligen Fortbildungen externer Träger teilnehmen. Mit einem dreisemestrigen Leadership-Lehrgang wurde gemeinsam mit der Hochschule Ansbach eine eigene Führungskräfte-Weiterbildung etabliert. Zudem betreibt die Genossenschaft gemeinsam Qualitätsentwicklung im medizinischen und pflegerischen Bereich. Das Interesse am Beitritt in die Genossenschaft ist weiterhin groß. Potenzielle neue Mitglieder müssen in Bayern ansässige kommunale oder freigemeinnützige Klinikträger sein.

Bei Eintritt zeichnet jedes Mitglied einen Genossenschaftsanteil in Höhe von 1.000 Euro. Um die bereits getätigten Anfangsinvestitionen der Gründungsmitglieder auszugleichen, wird zudem für neue Mitglieder ein einmaliges Eintrittsgeld fällig. Darüber hinaus zahlen alle Mitglieder einen nach der Bettenzahl gestaffelten Jahresbeitrag zwischen 7.000 und 14.000 Euro. DK

Mit dem besten Provisionsergebnis aller Zeiten:

Stadtsparkasse München trotz der Nullzins-Politik

Obwohl auch die Stadtsparkasse München - wie übrigens alle Finanzinstitute - mit den Folgen der von der Europäischen Zentralbank (EZB) verfolgten Niedrig- bzw. Nullzinspolitik schwer zu kämpfen hat, ist es Bayerns Größter Sparkasse dennoch gelungen, auch im Berichtsjahr 2017 einen Jahresüberschuss zu erwirtschaften, der mit 41 Mio. Euro sogar den des Jahres 2016 noch um 11 Mio. Euro übertrifft. „Wir sind sehr mit dem Ergebnis zufrieden“, kommentierte Vorstandsvorsitzender Ralf Fleischer vor der Presse das Ergebnis.

Für 2016 wurde aus dem Gewinn eine Dividende von 2 Mio. Euro an den Gewährträger, also die Stadt München, gezahlt. Ob es diesmal wieder eine Dividende gibt, wird der Verwaltungsrat Ende März entscheiden. Fleischer erwartet, dass es Ende 2018, wenn mit dem Anleihekauf der EZB Schluss sein wird, oder Anfang 2019 auch in Deutschland zu Zinsanpassungen kommen wird, „die aber allenfalls moderat ausfallen dürften“.

Die Stadtsparkasse München, mit einer durchschnittlichen Bilanzsumme von 17,3 Mrd. Euro fünftgrößte Sparkasse in Deutschland, ist im Berichtsjahr in allen Bereichen weiter gewachsen „und hat damit ihre Marktführerschaft in München gestärkt“. Zu erwähnen sind hier 3.000 neue Kunden und etwa 8.000 zusätzliche Girokonten. Doch der Erfolg hat sich anders eingestellt als in früheren Jahren. War es ehemals der Zinsüberschuss, auf den es besonders ankam, zählt jetzt vor allem der Vertriebsaufwand, der sich besonders im Provisionsergebnis zeigt. Während der Zinsüberschuss um 6,5 %

auf 254 (272) Mio. Euro schrumpfte, legte der Provisionsüberschuss um 16,1 % auf 124 (106) Mio. Euro zu. Dieses „beste Provisionsergebnis aller Zeiten“ hat also nahezu zu den Rückgang im Zinsergebnis allein kompensiert. In den beiden Jahren 2016 und 2017 musste die Stadtsparkasse einen Rückgang des Zinsüberschusses um zusammen 34 Mio. Euro verkraften.

Ausbau der Kundenbetreuung

Die Provisionen werden vor allem im Handel mit Wertpapieren, in der Vermittlung von Immobilien, Bausparverträgen und Versicherungen sowie im Kreditgeschäft verdient. Bei diesen Geschäften kommt es besonders auf die Kundenbetreuung und -beratung an, was die Stadtsparkasse im Rahmen ihrer auf die Nullzinspolitik ausgerichteten neuen Unternehmensstrategie sehr ausgebaut und intensiviert hat. Allein die Zahl der Beratungsgespräche habe sich 2017 mit etwa 250.000 gegenüber 2016 verdoppelt.

Da auch der Verwaltungsaufwand um in der Summe 3 Mio. Euro auf 261 Mio. Euro gesenkt werden konnte, erhöhte sich das Betriebsergebnis vor Bewertung, in dem nur Erlöse und Kosten gegengerechnet werden, um 5,4 % auf 140 (133) Mio. Euro. Der Erfolg zeigt sich auch in der sogenannten Cost-Income-Ratio, die angibt, wieviel Euro man aufwenden muss, um einen Euro zu verdienen. Diese CIR wurde von 67,1 % in 2015 auf 65,1 % in 2017 gesenkt. Das nannte Fleischer „einen sehr guten Wert, auch im Sparkassenvergleich“.

Aufstockung des Eigenkapitals

Dieses Betriebsergebnis vor Bewertung machte es möglich, die Vorsorgeaufwendungen zur Stärkung des Eigenkapitals um 46 Mio. Euro aufzustocken. Eine solche Aufstockung des Eigenkapitals ist deshalb besonders wichtig, weil Sparkassen keinen direkten Zugang zum Kapitalmarkt haben, sondern ihr Eigenkapital selbst verdienen müssen. Nach Abzug des saldierten Bewertungsergebnisses von 40 Mio. Euro liegt das Betriebsergebnis nach Bewertung bei 100 (115) Mio. Euro. Nach Abzug der Steuern ergibt sich der schon genannte Jahresüberschuss von 41 Mio. Euro. Bei der Betrachtung dieses Ergebnisses sollte man noch erwähnen, dass die Sparkasse für ihre Einla-

gen bei der EZB Negativzinsen von 9 Mio. Euro zahlen musste, aber auch, dass sie bei einem Kreditvolumen von gut 13 Mrd. Euro lediglich 3 Mio. Euro Abschreibungen (Kreditausfälle) zu verkraften hatte, sich also in einer sehr günstigen Risikolage befindet.

Die gesamten Kredite nahmen um 7 % auf 13,03 Mrd. Euro zu. Davon wurde knapp 5,2 Mrd. Euro (+0,7 %) an Privatkunden ausgereicht und 7,36 Mrd. Euro (+11 %) an Firmenkunden vergeben. Allein 5.000 Baufinanzierung über 1,75 Mrd. Euro sagte die Sparkasse zu. Die Kundeneinlagen (ohne institutionelle Anleger) stagnierten praktisch bei 14,8 Mrd. Euro, wobei die Einlagen von Privatkunden noch um 2,7 % auf 12,4 Mrd. Euro zulegten.

Um flexibel zu bleiben und in der Hoffnung auf steigende Zinsen legen Privatkunden immer noch etwa 70 % ihres Geldes in Tagesgeld an. Allerdings stieg auch der Handelsumsatz mit Wertpapieren um 15 % auf knapp 2 Mrd. Euro. Die Kunden verfügen inzwischen über einen gesamten Depotwert von 4,6 Mrd. Euro. Der durchschnittliche Depotwert beträgt 57,3 Mio. Euro. Zählt man Einlagen und die Wertpapierdepots der Kunden zusammen, hielten die Kunden bei der Stadtsparkasse München Ende 2017 ein Vermögen von 19,5 Mrd. Euro. Derzeit hat die Stadtsparkasse einschließlich 17 (Vorjahr: 8) Schwerpunktfilialen noch 58 Filialen, bei denen es auch bleiben soll. Neu hinzukommen werden Direktfilialen, die man sich ähnlich wie Callcenter vorstellen muss. Kunden können hier mit ihren Beratern Kontakt aufnehmen über Telefon, Videochat oder Textnachrichten. Alle Filialen sollen mit WLAN und Tablets ausgerüstet werden, um einfacher Kontakt zu den Kunden zu halten. dhg.



Aktuelle Zahlen veröffentlichte auch der Vorstand der Kreis Sparkasse München Starnberg Ebersberg. „Wir sind mit dem Geschäftsjahr 2017 – unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen und einiger Sondereffekte – sehr zufrieden“, erklärte Vorstand Josef Bittscheidt (2.v.l.) via Pressemitteilung. Unser Bild zeigt ihn gemeinsam mit seinen Vorstandskollegen Walter Fichtel, Peter Waßmann und Andreas Frühschütz (v.l.). Das Kundengeschäftsvolumen sei um 550 Millionen Euro auf rund 21,1 Milliarden Euro gestiegen. Das Wachstum resultiere aus dem Wertpapiergeschäft. Bild: Stefan Obermeier

Projekt GeiSt ist Pflegeinnovation 2018

Der Deutsche Pflegeinnovationspreis der Sparkassen-Finanzgruppe geht 2018 an das Projekt „GeiSt - Gemeinsam in Steinheim“ in NRW. Die UKV - Union Krankenversicherung AG, der Kranken- und Pflegeversicherer der Sparkassen-Finanzgruppe, vergibt den Preis gemeinsam an innovative, zukunftsweisende Pflege-Projekte.

Das „Projekt GeiSt -- Gemeinsam in Steinheim“ wurde als Bürgerinitiative zur Bewältigung des demografischen Wandels in der Region und mit Unterstützung von Bürgermeister und Rat der Stadt Steinheim begonnen. Zwischen 2014 und 2017 entstand das Projekt GeiSt: Das neue Quartier bezieht sich auf die Kernstadt Steinheim mit 48 Bewohnern in der stationären Versorgung sowie 28 barrierefreien Wohnungen für ältere und pflegebedürftige Menschen und einem Begegnungszentrum. Für den laufenden Betrieb wur-

de das evangelische Johanneswerk beauftragt, das die Personalverantwortung für das laufende Quartiersmanagement trägt. Herzstück ist ein neuartiges Quartiersmanagement mit sechs Schwerpunkten: Ein Netzwerk kleiner Hilfen im Alltag, Entlastung für pflegende Angehörige, Hilfen für Familien mit an Demenz erkrankten Angehörigen, Teilhabe der Bürger im Quartier, (pflegerische) Krisenintervention und Netzwerkarbeit sowie ein regelmäßiges Angebot eines offenen Mittagstischs im Quartier. □

Versicherungskammer Stiftung:

Lebensrettung und Brandschutz

Durch Projekte in den Bereichen Ehrenamt, Zivilcourage, Gefahrenprävention, Lebensrettung, Jugendbildung, Verkehrssicherheit und Brandschutz erhöht die Versicherungskammer Stiftung die Sicherheit und stärkt das Zusammenleben der Bürger. In jüngster Zeit standen die Themen Nachwuchsförderung in der Bergwacht Bayern sowie Brandschutz und Notfallvorsorge auf der Agenda.

Mit Unterstützung der Versicherungskammer Stiftung kann die Bergwacht Bayern nun erstmalig zentrale Lehrgänge für den Nachwuchs in der Bergrettung anbieten. Ausbildungsziel ist der „alpine Allrounder“. Die Nachwuchskräfte sollen beim Bergsteigen, beim Klettern als auch auf Skiern rundum sicher sein. Das Projekt wird durch die finanzielle Förderung der Versicherungskammer Stiftung der Versicherungskammer ermöglicht. Die Förderung beinhaltet Geld für die Finanzierung der Lehrgänge am Berg und einen Beitrag zur Ausrüstung für die Nachwuchsbereiter.

Ausbildungspaten

In der Bergrettung ehrenamtlich aktiv zu sein, erfordert viel Engagement und Zeit. Notwendige Zeit für eine hochwertige Ausbildung von Nachwuchskräften fehlt dagegen zunehmend bei den ehrenamtlichen Einsatzkräften der Bergrettungswachen in Bayern.

Mit dem Projekt „Ausbildungspate – zentrale Basisausbildung“ reagiert die Bergwacht Bayern auf diese Situation, denn der Nachwuchs ist die Zukunft für die Rettung von Menschen am Berg. Wie Wolfgang Reif, Vorstand der Versicherungskammer Stiftung, erklärt, „hat sich unsere Stiftung auf die Förderung ehrenamtlicher Institutionen in der Lebensrettung spezialisiert. Deshalb freut es uns, dass wir mit dieser Unterstützung einmal mehr dazu beitragen können, Menschenleben zu retten.“

Unterstützung für Bergwacht Bayern

Zentral organisierte Ausbildungsangebote sollen die Bergwacht-Bereitschaften vor Ort entlasten. Gleichzeitig erhalten motivierte junge Menschen die Chance, die notwendigen und geforderten bergsteigerischen Fähigkeiten in allen Schwierigkeitsstufen fundiert zu erlernen. Der erfolgreiche Abschluss der Ba-

sisausbildung ist die Grundlage für die Ausbildung in den Rettungstechniken, der Luftrettung und der Notfallmedizin.

Hilfestellung für Freiwillige Feuerwehr München

Eine weitere Unterstützung ließ die Versicherungskammer-Stiftung der Freiwilligen Feuerwehr München bei der Entwicklung und Etablierung eines neuen Engagementfeldes im Feuerwehrwesen angedeihen. Jährlich hat die FFW München bis zu 4.000 Einsätze. Dafür stehen an 22 Standorten bis zu 1.000 Ehrenamtliche rund um die Uhr bereit, um bei Unfällen, Bränden, Großschadensereignissen und im Katastrophenfall schnell und kompetent Hilfe zu leisten. Zudem übernimmt die FFW München Brandschutz und in Kindergärten, Grundschulen und weiterführenden Schulen in München.

Nun wird die Schulung der Kinder und Jugendlichen in einem Tandem fortgeführt: Ein „feuerwehreffremder“ Ehrenamtlicher und ein Feuerwehrmann bzw. -frau gehen gemeinsam in Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, um mit Hilfe von kompakten Informationen, Praxistipps und geeigneten Materialien den richtigen Umgang mit Feuer sowie wichtige Notfallkompetenzen zu vermitteln.

„Prävention – Einfach. Wichtig. Für Alle!“

Ziel des Projekts „Prävention – Einfach. Wichtig. Für Alle!“ ist es, das Arbeitsfeld Brandschutz und Notfallvorsorge dauerhaft als festen und ehrenamtlichen Bestandteil in der FFW München zu integrieren. Damit sollen zum einen die aktiven Mitglieder entlastet, zum anderen die Feuerwehr hin zu neuen Zielgruppen geöffnet werden. Anfang des Jahres startete das Projekt mit ersten Ausbildungseinheiten für Ehrenamtliche, die innerhalb von vier Tagen einen praxisrelevanten und detaillierten Einblick erhielten. DK

VER S I C H E R U N G S
K A M M E R
B A Y E R N

Ein Stück Sicherheit.

Königlicher Schutz –
für die Abenteuer im Leben.

Weil ihm der Schutz der Menschen am Herzen lag, gründete König Max I. vor mehr als 200 Jahren eine Versicherung.

www.versicherungskammer-bayern.de

Finanzgruppe

„Finanztest“:

LBS Bayern bietet günstigste Kombikredite

Die LBS Bayern zählt zu den günstigsten Anbietern von Baufinanzierungen in Deutschland. Das geht aus einem Vergleich der Zeitschrift „Finanztest“ (Ausgabe 4/2018) hervor. Die unabhängigen Verbraucherschützer haben über 100 Anbieter in fünf Modellfällen untersucht. „Eine gute Alternative sind oft Bausparkombikredite“, betont „Finanztest“. „Damit lassen sich Zulagen und Steuervorteile aus der staatlichen Riester-Förderung für die Finanzierung nutzen“, so die Empfehlung. Die LBS Bayern hat mit einem Gesamteffektivzins von 1,64 Prozent (Laufzeit 18 Jahre) die günstigsten Konditionen von allen verglichenen Bausparkombikrediten geboten. Bei den Kombikrediten mit Riester-Förderung machte die LBS Bayern ebenfalls das Top-Angebot mit einem Gesamteffektivzins von 1,68 Prozent (Laufzeit 18 Jahre).

Bei Bausparkombikrediten wird ein Bausparvertrag mit einem Vorfinanzierungskredit kombiniert. Dadurch kann sofort finanziert werden – auch ohne angesparten Bausparvertrag. □

„Wir sind erfolgreich für die Zukunft aufgestellt“

Bilanzpressekonferenz der niederbayerischen Sparkassen in Straubing

Walter Strohmaier, Bezirksobmann und Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Niederbayern-Mitte, stellte zusammen mit Bezirksverbandsvorsitzendem Landrat Franz Meyer die Geschäftszahlen der niederbayerischen Sparkassen vor. Sie zeigten sich stolz, auch in diesem Jahr wieder von einem erfolgreichen Geschäftsjahr berichten zu können. Denn aktuell stehen gerade Sparkassen aufgrund der Nullzinspolitik, zunehmender Regulatorik und der Digitalisierung vor großen Herausforderungen. „Dank nachhaltigem Handeln sind wir auch in Zukunft bestens für schwierige Zeiten gerüstet“, so Meyer.

Strohmaier erklärte, dass sich die Sparkassen in Niederbayern aktiv der Digitalisierung stellen und sie als Chance begreifen, sich in einem schwierigen Wettbewerbsumfeld erfolgreich aufzustellen. Statt dabei auf fernen Finanzmärkten unterwegs zu sein, haben die Sparkassen ihr Geschäftsgebiet direkt vor der Haustür, so Landrat Meyer. Dieser regionale Wirtschaftskreislauf ist ein großer Stabilitätsfaktor für die Heimat, machte der Bezirksverbandsvorsitzende deutlich.

Die Bilanzsumme wuchs im vergangenen Jahr auf 19.895 Millionen Euro, die Kundeneinlagen auf 15.195 Millionen Euro und das Kreditvolumen auf

12.204 Millionen Euro, so Strohmaier. Gerade bei den Einlagen ist es neben der ganzheitlichen Beratung vor allem die Sicherheit und Zuverlässigkeit, die Kunden bei den Sparkassen schätzen. Mit dem erwirtschafteten Betriebsergebnis von 0,94 % der Durchschnittsbilanzsumme liegen die niederbayerischen Sparkassen vor den bayerischen Sparkassen. Doch auch hier zeigen sich, trotz einer starken und effizienten Stellung im Markt, die Folgen der Niedrigzinspolitik deutlich.

„Gerade die niedrigen Zinsen treffen uns als regionale Sparkassen besonders hart“, erläuterte Strohmaier. Die Minizin-

sen sorgen dafür, dass die Erträge im klassischen Bankgeschäft seit Jahren wegschmelzen. Insgesamt war 2017 jedoch ein erfolgreiches Jahr für die niederbayerischen Sparkassen, erklärte der Bezirksobmann und stellte die Stärke der Sparkassen heraus: „Wir bieten unseren Kunden beides, moderne digitale Lösungen und persönliche Beratung vor Ort. Das ist die Grundlage für eine langfristige und vertrauensvolle Kundenbindung.“

Verlässlicher Arbeitgeber

„Die Sparkassen sind ein verlässlicher Arbeitgeber und Ausbilder“, sagte Bezirksverbandsvorsitzender Landrat Franz Meyer. Insgesamt sind 3.776 Beschäftigte, davon 269 Auszubildende, bei den acht niederbayerischen Instituten angestellt. Dabei mache der Anteil von 1.420 Angestellten in Teilzeit deutlich, dass sehr großer Wert auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelegt werde, so Meyer weiter. Für einen nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg brauche es bestens ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deshalb werde großer Wert auf die Personalentwicklung gelegt. Angefangen bei einer grundsätzlichen Ausbildung, über verschiedene

Fortbildungsgänge an der Sparkassenakademie Landshut bis hin zu Bachelor- und Masterabschlüssen an der S-Hochschule in Bonn.

Weiter sprach Meyer über die Gemeinwohlorientierung der Sparkassen. So wurden im vergangenen Jahr die Heimatregion und die Menschen vor Ort mit insgesamt 2,886 Millionen Euro unmittelbar unterstützt. „Das Geld kam unter anderem Schulen, Kindergärten, Vereinen und Feuerwehren zugute“, so Meyer. Grundlage dafür bilden die im Wettbewerb erwirtschafteten Überschüsse. Dadurch konnten an jedem Arbeitstag durchschnittlich 13.000 Euro für die Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden.

Präsenz in der Fläche weiter gewährleistet

Neben gesellschaftlichem Engagement stellte Meyer auch das Steueraufkommen der Sparkassen heraus. Davon profitieren vor allem die Städte und Kommunen. So wurden im vergangenen Jahr allein 21,77 Millionen Euro an Gewerbesteuer gezahlt. Darüber hinaus sorgen die Sparkassen mit 278 Geschäftsstellen und 36 SB-Geschäftsstellen auch weiterhin für eine flächendeckende Versorgung der Menschen mit Finanzdienstleistungen. „Das zeigt, dass trotz der aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen die Präsenz der Sparkassen in der Fläche weiterhin gewährleistet ist“, betonte der Bezirksverbandsvorsitzende.



Bezirksobmann Walter Strohmaier (l.) zusammen mit dem Bezirksverbandsvorsitzenden Landrat Franz Meyer.

Nanowissenschaft zum Selberbauen

Sparkasse Regensburg und Bayerische Sparkassenstiftung fördern die MINT-Bildung

Je kleiner die betrachteten Objekte, desto teurer: Mikroskope kosten schnell ein Vermögen. Damit künftig mehr Schülerinnen und Schüler Zugang zu wissenschaftlichen Instrumenten haben, entwickeln die Universität Regensburg und die Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg ein Do-it-yourself-Rastertunnelmikroskop zum kleinen Preis. Mit einer Gesamtsumme von 41.775 Euro fördern die Bayerische Sparkassenstiftung und die Sparkasse Regensburg das ambitionierte Projekt.

MINT-Nachwuchs in Bayern wird dringend benötigt. Doch häufig scheitert die Förderung von Schülerinnen und Schülern in naturwissenschaftlich-technischen Fächern an der Ausstattung der Schulen. Das Rastertunnelmikroskop ist ein Messgerät, das Oberflächen im Nanometerbereich untersucht, das heißt, dass es sogar Atome „sichtbar“ machen kann.

Normalerweise befinden sich die Anschaffungskosten für ein solches Instrument im fünf- bis siebenstelligen Bereich. Um jeder Schule die Möglichkeit zu geben, mit dem Rastertunnelmikroskop zu arbeiten und dadurch Schülerinnen und Schülern die Faszination an Nanotechnologie zu vermitteln, arbeiten die Universität Regensburg und die Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg (OTH Regensburg) an der Konzipierung eines Prototyps, der in seiner späteren Herstellung nicht mehr als 500 Euro kostet.

Hilfe zur Selbsthilfe

Das Projekt basiert auf dem Konzept der „Hilfe zur Selbsthilfe“ – die Schülerinnen und Schüler sollen in der Lage sein, selbst ein derartiges Mikroskop zu bauen. Damit dies möglich ist, sind umfangreiche Arbeitsanleitungen inklusive des notwendigen Hintergrundwissens auf Schulniveau ebenso Teil des Konzepts wie Leh-

rer- und -fortbildungen. Durch die Einbindung der Schülerinnen und Schüler in die Entstehung des Mikroskops lernen diese bereits vor seiner Fertigstellung viel über die Funktionsweise. So winzig klein die Proben der angehenden Forscher auch sein mögen, die Projektziele sind groß: Der neue Ansatz ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, mit einer der wichtigsten Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts zu arbeiten, und legt damit die Grundlagen für mehr Nachwuchs in der (Nano-) Forschung.

Im Alten Rathaus in Regensburg ist jetzt die Spende übergeben worden. Der gesamte Vorstand der Sparkasse und Dr. Ingo Krüger von der Bayerischen Sparkassenstiftung überreichten sie an die Projektleiter der Universität Regensburg und der OTH Regensburg, die das Selbstbau-Konzept entwickeln.

Auch die Stadt und der Landkreis Regensburg sind als organisatorische Partner in das Projekt eingebunden. Nicht nur die Zahl der Unterstützer ist groß, sondern auch die der Anwendungsmöglichkeiten: Das Rastertunnel-Mikroskop lässt sich in sämtlichen naturwissenschaftlichen und technischen Schulfächern einsetzen. So werden fächerübergreifend das Experimentieren und Entdecken gefördert – und die Schülerinnen und Schüler mit hoher Interaktivität für die Zukunftsfächer MINT begeistert.

Sozialministerin Müller zum Equal Pay Day 2018:

Strukturelle Ursachen der Lohnlücke noch stärker angehen

Der Equal Pay Day fiel heuer auf den 18. März 2018. Er markiert symbolisch den Zeitraum vom 1. Januar bis zu dem Tag, an dem Frauen bei gleichem Stundenlohn unentgeltlich arbeiten, während ihre männlichen Kollegen bereits entlohnt werden.

Bayerns Sozialministerin Emilia Müller: „Überall in Europa verdienen Frauen noch immer weniger als Männer. Es ist nicht akzeptabel, dass Frauen 77 Tage für umsonst arbeiten. Wieviel wir für unsere Arbeit erhalten, ist auch eine Frage von Anerkennung und Gerechtigkeit. Deshalb müssen wir vor allem die strukturellen Ursachen der Lohnlücke noch stärker angehen.“

In Deutschland verdienen Frauen durchschnittlich ca. 21 Prozent weniger als Männer. Selbst bei vergleichbarer Qualifikation,

Tätigkeit und Erwerbsbiographie beträgt die Lohnlücke noch etwa 6 Prozent. Das hat insbesondere auch strukturelle Ursachen. So unterbrechen beispielsweise Frauen ihre Erwerbstätigkeit familienbedingt häufiger und länger als Männer. In Branchen, die höhere Löhne zahlen, sind Frauen noch immer unterrepräsentiert. Auch der Wiedereinstieg nach einer familienbedingten Auszeit erfolgt oft noch unterhalb der Qualifikation und mit erschwerten Aufstiegschancen.

„Gesellschaft, Wirtschaft und Politik müssen die Arbeitswelt noch familienfreundlicher machen. Wir werden uns weiterhin gezielt dafür einsetzen, die Ursachen der Lohnlücke zu beseitigen und eine gerechte Bezahlung für Frauen und Männer zu erreichen“, betonte Müller.

Angespannte Finanzlage

Wie aus dem „Kommunal-Barometer 2018“, einer Studie der digitalen Marktplatz-Plattform für Kommunalfinanzierungen CommeX und der TU Darmstadt hervorgeht, sind lediglich 44 Prozent der Kommunen und kommunalen Unternehmen in Deutschland gut auf steigende Zinsen vorbereitet. Sie haben sich entweder die niedrigen Zinsen langfristig gesichert, alternative Finanzierungsformen etabliert oder die gute Konjunktur der vergangenen Jahre zum Schuldenabbau genutzt. Befragt wurden 40 Finanzinstitute sowie 97 Kommunen und kommunale Unternehmen.

Eine Mehrheit der Befragten hat wohl auch deshalb noch keine ausreichenden Vorbereitungen für eine Zinswende getroffen, weil 62 Prozent der Studienteilnehmer damit rechnen, dass die Zinsen erst ab dem Jahr 2020 wieder steigen werden.

Trotz guter Konjunktur gaben 71 Prozent der Befragten an, dass die Finanzsituation ihrer Kommune angespannt ist. Zwei Drittel der an der Umfrage beteiligten Kommunen und kommunalen Unternehmen haben in den vergangenen fünf Jahren eine negative Entwicklung hinsichtlich der Resonanz auf ausgeschriebene Finanzierungsvorhaben beobachtet.

Digitalisierung

Mit Blick auf die Digitalisierung zeigt die Studie, dass nur 11 Prozent der befragten Kommunen und kommunalen Unternehmen sich hier gut bzw. sehr gut aufgestellt sehen. Das Digital-Know-how der Mitarbeiter wird in der Kämmererei (77 % eher gut bis sehr gut) dabei deutlich positiver als in der Gesamtverwaltung (57 % eher schlecht bis sehr schlecht) eingeschätzt.

Während 21 Prozent der Be-

fragten bereits digitale Marktplätze für die Kommunalfinanzierung genutzt haben, können sich dies weitere 52 Prozent durchaus in der Zukunft vorstellen. 18 Prozent der beteiligten Kommunen gaben an, zur Kommunalfinanzierung auch auf Schuldscheine und Anleihen zurückzugreifen. Mit Blick auf Zinssteigerungen sehen immerhin 88 Prozent ihre (kommunal-) Finanzen (eher) gut abgesichert.

Attraktive Kommunalfinanzierung

62 Prozent der Finanzinstitute (darunter 57 % Sparkassen und Genossenschaftsbanken) schätzen die Kommunalfinanzierung als attraktiv bis sehr attraktiv ein. Die Hälfte der Befragten gehen von einer zunehmenden Attraktivität in den nächsten zwei bis drei Jahren aus. Nur sieben Prozent beurteilen das technische Know-how der Kommunen und kommunalen Unternehmen als gut bis sehr gut. Mit Blick auf Schuldscheindarlehen und Anleihen geht rund die Hälfte von einer Zunahme des Anteils an der Kommunalfinanzierung in den kommenden fünf Jahren aus.

DK

Umsatzsteuer und Marktplatzsanierung:

Zuordnung zum Unternehmen auch nach dem 31. Mai des Folgejahres zulässig

Im Falle eines gemischt genutzten Marktplatzes (öff. Straße/Veranstaltungen) entschied der Bundesfinanzhof (Urt. v. 03.08.2017, V R 62/16, veröffentlicht am 06.12.2017), dass keine zeitnahe Dokumentation einer Zuordnungsentscheidung (bis 31. Mai des Folgejahres) erforderlich sei. Dies begründet er damit, dass dies nur bei einem Zuordnungswahlrecht (wirtschaftliche oder private Zwecke) im Rahmen einer Privatentnahme bestehe. Eine Verwendung für den Hoheitsbereich einer juristischen Person des öffentlichen Rechts sei je-

doch keine Entnahme für private Zwecke.

Ein anteiliger Vorsteuerabzug im Falle der Sanierung eines Marktplatzes ist daher auch nach dem 31. Mai des Folgejahres möglich.

Weitere Auskünfte hierzu erteilt Altbürgermeister Dr. Stefan Detig, Rechtsanwalt und Geschäftsführer DETIG Rechtsanwalts-Gesellschaft mbH, Pullach i. Isartal. DETIG: RSW ist spezialisiert auf Kommunalwirtschaft, kommunales Unternehmensrecht und die Besteuerung der öffentlichen Hand.



Ausstellungseröffnung:

„Römische Kaiser – Münzfunde in Günzburg“

Der Historische Verein Günzburg lädt am 22. März zur Eröffnung der Ausstellung „Römische Kaiser – Münzfunde in Günzburg“ in das Günzburger Museum ein. Diese Ausstellung wurde in den vergangenen Monaten von engagierten Mitgliedern des Historischen Vereins Günzburg e.V. in unzähligen Stunden konzipiert und in enger Kooperation zwischen Stadt Günzburg, Museumsleitung und dem Historischen Verein umgesetzt.

Die Grundlage für diese Ausstellung bildet eine Auswahl aus der Sammlung der über 600 römischen Münzen, alles Fundstücke aus Günzburger Boden, die sich im Besitz des Historischen Vereins befinden. Die Ausstellung ist immer am Samstag und Sonntag von 14-17 Uhr geöffnet.

Förderbilanz 2017:

LfA-Angebot sehr gefragt

Die LfA Förderbank Bayern hat 2017 die Unternehmen und Kommunen im Freistaat mit rund 2,3 Milliarden Euro unterstützt. Die programmgebundenen Förderkredite legten dabei um rund 6 Prozent auf über 1,7 Milliarden Euro zu. Der Zuwachs ist insbesondere auf die sehr starke Nachfrage bei der Gründungs- und Wachstumsförderung zurückzuführen. Diese wurde im letzten Jahr optimiert und verzeichnete ein Plus von rund 14 Prozent. Zudem gefragt war der erst Mitte Juli 2017 eingeführte Energiekredit Gebäude mit einem Zinsvolumen von über 100 Millionen Euro. Insgesamt profitierten von den Förderangeboten über 4.500 Unternehmen und Kommunen.

„Die Wirtschaft im Freistaat ist gut aufgestellt. Und damit das so bleibt, sind zukunftsweisende Investitionen in unser Wachstum notwendig. Hier kommt die LfA ins Spiel, die den Mittelstand bei seinen Herausforderungen mit einem umfassenden, flexiblen und attraktiven Förderangebot begleitet. Das kann beispielsweise für die Digitalisierung oder eine Unternehmensnachfolge sein. Die Förderzahlen für 2017 zeigen, dass das Angebot hervorragend angenommen wird und sehr gut auf die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen zugeschnitten ist“, so Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner.

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvor-

sitzender der LfA, ergänzt: „Das Förderjahr 2017 war für uns sehr erfolgreich. Wir haben unsere Förderleistung für den bayerischen Mittelstand erneut ausbauen können. Allein in der verbesserten Gründungs- und Wachstumsförderung haben wir Darlehen in Höhe von über 800 Millionen Euro zugesagt.“

„Auch die hohe Nachfrage beim Energiekredit Gebäude seit der Einführung im letzten Sommer spricht für sich. Diese Investitionen in die Energieeffizienz von Firmengebäuden kommen unserer Umwelt und den Betrieben zugute. Denn sie sparen durch einen geringeren Energieverbrauch und unseren Tilgungszuschuss von bis zu 18,5 Prozent dauerhaft Geld“, so Beierl.

DStGB-Positionen:

Allianz für Innenstädte

Örtlichen Einzelhandel stärken – Innenstädte und Ortskerne beleben

Der Einzelhandel befindet sich in einem enormen und dauerhaften Umbruch: Der demografische Wandel, ein immer stärker boomender Online-Handel, die Ausdünnung der Nahversorgung speziell im ländlichen Raum sowie neue Trends im Einkaufsverhalten bewirken eine Erosion des inhabergeführten und stationären Einzelhandels. Folgen sind vielerorts steigende Leerstände, ein monotonies und austauschbares Straßen- und Geschäftsbild und damit verbunden ein „Ausbluten“ der Innenstädte und Ortskerne.

Nach Schätzung des Handelsverbands Deutschland (HDE) stehen bis zum Jahr 2020 bis zu 50.000 weitere Einzelhandelsgeschäfte, insbesondere in strukturschwachen Kommunen, zur Disposition. Einher gehen die Schließungen oft mit Aufgaben in weiteren Branchen, wie der Gastronomie oder der Hotellerie.

Um Abwärtsspiralen gerade in den Innenstädten und Ortskernen entgegenzuwirken und für einen starken und vitalen Einzelhandel Sorge zu tragen, sind, so der Deutsche Städte- und Gemeindebund, „Kommunen und Handel gefordert“. Sie müssen „an einem Strang ziehen“.

Der Einzelhandel steht laut DStGB vor der Herausforderung, eine stärkere Verzahnung zwischen stationärem Geschäft und dem Online-Handel vorzunehmen. Denn die meisten Kunden praktizieren heute einen „Multi-Channel-Handel“: Sie kaufen sowohl lokal wie über das Internet ein. Diese Entwicklung hat auch der Online-Handel bereits aufgegriffen.

Immer mehr Online-Händler eröffnen stationäre Geschäfte auch in den Innenstädten. Umgekehrt seien aber auch die stationären Händler herausgefordert, den Kunden ein digitales Angebot zu offerieren. „Auf diesem Weg werden die Strategien des Online-Handels und die Vorteile des stationären Handels sinnvoll miteinander kombiniert. Dies betrifft etwa den Umtausch, die Abholung und Belieferung von Waren und nicht zuletzt die Beratung der Kunden. Digitalisierung im Handel muss aber mehr bedeuten als die schlichte Eröffnung von Online-Shops. Es gilt für den stationären Einzelhandel, wie oft schon erfolgt, auch Anwendungen wie Innennavigation, digitale Produktinformationen oder mobile Bezahlssysteme vorzuhalten“, betont der Kommunalverband.

Lokale Online-Marktplätze seien ein sinnvolles Instrument, da-

mit der stationäre Einzelhandel Warensortimente im Internet präsentiert und – in der jeweiligen Region und darüber hinaus – auf sich aufmerksam macht. Erfahrungen zeigten, dass die Kunden solche Angebote annehmen und nach einer Produktsuche auf dem Online-Marktplatz ihre Waren und Dienstleistungen beim Händler „vor Ort“ einkaufen, einschließlich eigener Lieferservices der beteiligten Händler.

Einkauf als Erlebnis

Beim stationären Einkauf könne und müsse der Handel seine Vorteile voll ausspielen. Dazu gehörten zum Beispiel die Schaffung einer „Wohlfühlatmosphäre“ und das Ansprechen der emotionalen Seite der Kunden. Freundliche und kompetente Mitarbeiter, ein attraktiv aufbereitetes und präsentiertes Warensortiment, Kinderbetreuung in den Geschäften, integrierte Cafés oder Leseräume etc. könnten einen echten Mehrwert bringen. „Der Einkauf in der eigenen Stadt muss zum Erlebnis werden.“

Nach Auffassung des DStGB ist eine aktive Zusammenarbeit der Händler untereinander sowie eine enge Abstimmung aller Innenstadttakteure (Städte, Handel, Stadtmarketing und Immobilieneigentümer) eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Innenstadt. Insbesondere ein gutes Stadtmarketing erweise sich als hilfreiches Instrument, alle betroffenen Akteure im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft an einen Tisch zu bringen. Dazu zählten auch gut vernetzte City-Manager, die insbesondere als „Kümmerer“ zwischen Handel, Immobilieneigentümern und der Wirtschaftsförderung für den Teilraum Innenstadt erfolgreich vermitteln und koordinieren.

Immobilienbesitzer und -projekentwickler haben aus Sicht des Verbands in der Praxis einen maßgeblichen Einfluss auf

die Entwicklung der Innenstädte. Sie müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und einen eigenen Beitrag zur erfolgreichen Bewältigung des strukturellen Wandels leisten. Eine einseitige Gewinnmaximierung durch überzogene Mietforderungen sei kontraproduktiv und nutze niemandem. Sie führe zu Leerständen und in der Folge zu einer Abwärtsspirale ganzer Straßenzüge und Quartiere.

„Lebendige Innenstädte haben weit über die Versorgung hinaus zentrale Bedeutung. Für die Bürgerschaft und die Touristen haben Innenstädte einen hohen Identifikationswert. Sie sind Aufenthaltsmittelpunkt und bilden die Visitenkarte einer Stadt. Städte und Gemeinden sind daher in der Pflicht“, heißt es weiter. Sie könnten ihrer Verantwortung zur Belebung der Innenstädte insbesondere durch gestalterisch gelungene Einkaufsstraßen, durch Plätze mit hoher Aufenthaltsqualität, durch gute Wegebeziehungen zwischen den Einzelhandelslagen, durch einen gut ausgebauten ÖPNV, ein ausreichendes Parkplatzangebot und nicht zuletzt durch die Gewährleistung von Sicherheit und Sauberkeit nachkommen.

Die Laden- und auch Sonntagsöffnungszeiten werden in Deutschland durch die Ladenöffnungsgesetze der Länder geregelt. Nach Überzeugung des DStGB sollten die Landesgesetzgeber angesichts der Vielfalt in der kommunalen Landschaft es den Kommunen zukünftig ermög-

lichen, „ihre Gestaltungsmöglichkeiten bei den jeweiligen Öffnungszeiten verstärkt auszuüben“.

Angesichts der aktuellen Herausforderungen im Verkehrsberreich seien zudem ein Masterplan Mobilität und eine Verkehrswende für Städte und Gemeinden erforderlich. Ein Masterplan „Verkehrswende“ müsse insbesondere die Mobilität von Menschen und Gütern und damit auch die Lebendigkeit der Innenstädte gewährleisten. Damit seien Fahrverbote in den Innenstädten nicht vereinbar. Vielmehr sei ein Bündel verschiedener Aktivitäten erforderlich.

Tragend seien dabei konkrete Maßnahmen, die Schadstoffe bereits an der Quelle zu vermeiden bzw. zu reduzieren, eine Stärkung des ÖPNV, die digitale Vernetzung der Verkehrsangebote, eine stärkere Förderung des Radverkehrs, ein vermehrtes Carsharing sowie eine anwendungsorientierte Förderung der Elektromobilität bei Fahrzeugen mitsamt der Schaffung einer einheitlichen Ladeinfrastruktur.

Die für den Handel relevanten innerstädtischen Lieferverkehre müssten ebenfalls optimiert werden. Für die Belieferung der Innenstädte sollten möglichst emissionsarme Lösungen, wie zum Beispiel Sammeldepots für Paket- und Zustelldienste an verträglichen Standorten außerhalb der Innenstädte mit anschließender Anlieferung der Waren durch Elektrofahrzeuge oder Lastenfahrräder, gefunden werden. Auch seien kommunale Modellprojekte durch Bund und Länder zu fördern. Außerdem sei das Augenmerk darauf zu legen, eine Flexibilisierung außerhalb der Hauptverkehrszeiten zur Entzerrung der Verkehrsspitzen zu forcieren. **DK**

Rekordhohe Straßenbauinvestitionen

Der Freistaat hat 2017 aus den Haushaltsmitteln des Bundes rund 1,85 Milliarden Euro für den Bau und Erhalt seiner Bundesfernstraßen erhalten. Das ist ein Anteil von 23 Prozent am Fernstraßenhaushalt. Der Anteil Bayerns am Bundesfernstraßenhaushalt ist von 19,9 Prozent im Jahr 2015 auf nunmehr 23 Prozent im Jahr 2017 gestiegen.

„Der Obersten Baubehörde und ihrer rechtzeitigen Vorarbeit ist es zu verdanken, dass Bayern diese Mittel auch in Bauprojekte umsetzen konnte“, sagte Thomas Schmid, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes dazu in München.

Erfreulich findet Schmid auch, dass der Etat des Freistaats für

Staatsstraßen von derzeit hohen 270 Millionen Euro auf 290 Millionen Euro im Jahr 2018 ansteigen soll. „Der Freistaat Bayern kommt damit seiner Verpflichtung, seine Verkehrsinfrastruktur zu erhalten und zukunftsgerecht auszubauen, vorbildlich nach“, betonte Schmid abschließend. **□**

Landkreise und Handwerk:

Gemeinsam für die Zukunft der ländlichen Räume“

Landrat Herbert Eckstein, Zweiter Vizepräsident und Schatzmeister beim Bayerischen Landkreistag, hat im Rahmen der Fachtagung des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) mit dem Titel „Ländliche Räume in Deutschland – Zukunftsräume: Arbeit, Ausbildung, Infrastruktur, Nahversorgung“ in einer Podiumsdiskussion die gemeinsamen Herausforderungen von Landkreisen und Handwerk herausgestellt.

An dem Austausch zum Thema „Wie sichern wir die Perspektiven für ländliche Räume“ nahmen neben Landrat Herbert Eckstein auch Bernhard Krüskens, der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, Daniela Schmitt, Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz, und Gerhard Schenk, Präsident des Deutschen Konditorenbundes und Beauftragter des ZDH-Präsidiums für ländliche Räume, teil.

Die Diskussion fand im Rahmen der Internationalen Handwerksmesse in München statt. Die Diskussionssteilnehmer waren sich einig, dass handwerkliche Betriebe in großer Vielfalt die Wirtschaft des ländlichen Raums prägen und zu gesicherten Versorgungsketten und dem gesellschaftlichen Leben in Dörfern und Kleinstädten maßgeblich beitragen.

Das Handwerk sieht sich bei der Stabilisierung von ländlichen Räumen in der Verantwortung, regionale Wertschöpfungsketten aufzubauen und die Nutzung und Verarbeitung regionaler Erzeugnisse zu unterstützen. Um die Zukunft der Betriebe zu sichern und um die Lebensqualität und Wirtschaftskraft ländlicher Regionen insgesamt zu erhalten, müssen aus Sicht des Handwerks bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein, allen voran die Anbindung an hochleistungsfähige Breitbandinfrastrukturen.

Intakte Wirtschaft vor Ort ist entscheidend

Diesen Faden nahm Landrat Herbert Eckstein gerne auf. Eine intakte Wirtschaft vor Ort sei entscheidend, damit es insgesamt vorwärts gehe. Die Kommunen hätten dann die finanziell größten Spielräume für ihre Aufgaben, wenn die Wirtschaft wachse. Die Vertreter der 71 bayerischen Landkreise setzten sich deswegen täglich mit der Verbesserung be-

stehender Rahmenbedingungen vor Ort auseinander. Dabei gehe es vor allem um die vielen kleinen und mittleren Betriebe, die alle hinter den Erfolgswahrscheinlichkeiten des Freistaates stünden.

Der Bayerische Landkreistag trete seit jeher für eine leistungsfähige Infrastruktur der Kommunen ein. Dazu gehöre eine leistungsfähige Breitbandversorgung ebenso wie die Möglichkeit eines lückenlosen Mobilfunks. Bildung sei genauso ein Megathema wie die Mobilität der Zukunft oder eine grundlegende medizinische Versorgung und Pflege.

Megathemen

„Im Bereich Breitband müssen wir noch zulegen. Heute hinkt die Breitbandversorgung im ländlichen Raum der Versorgung in den Städten immer noch hinterher. Bund und Länder müssen mehr Geld in die Hand nehmen. Worten und Koalitionsvereinbarungen müssen Taten folgen. Die Förderprogramme müssen flexibler werden und eine unbürokratische Handhabung ermöglichen. Wir brauchen eine verlässliche und kontinuierliche Förderung, auch um Überhitzungen und Kostenexplosionen zu vermeiden“, betonte Eckstein.

Schon heute fehle es oft an Kapazitäten und Fachkräften, die Programme schneller umzusetzen. Eckstein weiter: „Vectoring löst die Zukunftsanforderungen nicht. Wir reden von 5 G. Bei der beruflichen Bildung gilt es der Schrumpfung der Ausbildungsstandorte entgegenzuwirken und auch kleinere Klassen mit regionalem Einzugsbereich (dezentralere Sprengelbildung) zu ermöglichen oder andere Visionen zu entwickeln, die Bildung zu den zukünftigen Handwerkern zu bringen. Berufsschulen vor Ort machen Handwerksberufe attraktiver. Auch ist der Weg aus den Städten in die Landkreise nicht weiter wie der Weg aus dem Land in die Stadt“, so der Zweite Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags. **□**



Lebendige Ortsmitte

Strategien & Werkzeuge

Digitale Vernetzung

Energieeffizienz

Innovative Heiztechnik

Geführter Messerundgang

Hochkarätige Vorträge

Thementag für Kommunen: Do., 12. April 2018

Jetzt kostenfrei anmelden: www.ifh-intherm.de/kommunen

Deutschlands wichtigste SHK-Messe in 2018.

Willkommen auf unserem Thementag für Kommunen!



Sanitär, Heizung, Klima, Erneuerbare Energien

Dienstag – Freitag

10. – 13. April 2018

Messezentrum Nürnberg



Neue Facharztpraxis in Wallenfels

Weiterer Baustein auf dem Weg zu einer hochwertigen medizinischen Versorgung

Im oberfränkischen Wallenfels im Landkreis Kronach reiht sich Erfolgsstory an Erfolgsstory. Nachdem im Jahr 2011 bereits eine kommunale Landarztpraxis eröffnet wurde, können sich Patienten seit Jahresbeginn in der DermaPraxis von Hautärztin Dr. med. Anca Pincotan behandeln lassen. Somit hat sich die medizinische Versorgung in der 3.000 Einwohner zählenden Kleinstadt weiter verbessert, wie Bürgermeister Jens Korn stolz verkünden darf.

Dort, wo nun die Hautarztpraxis eingezogen ist, befanden sich einst ein Café und anschließend Räume einer Fahrschule. Über 70.000 Euro investierte die Stadt in den Umbau der Räumlichkeiten – und das in Rekordzeit. Bereits nach wenigen Monaten konnte die Praxis eröffnet werden. Ein knappes Dutzend Firmen aus dem näheren Umkreis war an der Verwirklichung der Pläne beteiligt. Auf 80 Quadratmetern stehen neben der Anmeldung nun ein Behandlungszimmer, ein Sprechzimmer, ein Labor, Wartezimmer und Sanitäranlagen zur Verfügung.

Dr. Pincotan praktizierte bislang in Helmbrechts. Ihre ursprüngliche Intention, sich selbst-

ständig zu machen und im Landkreis Hof eine Praxis zu eröffnen, war nicht mit der Realität vereinbar. Kein einziger Kassensitz war frei. Anders stellt sich die Situation im Landkreis Kronach dar: Laut Kassenärztlicher Vereinigung gilt dieser als unterversorgt. Da die Ärztin ihre Patienten nicht im Stich lassen wollte, siedelte sie ihre neue Praxis nunmehr nah an der Landkreisgrenze an. Wallenfels ist aus ihrer Sicht der ideale Standort. Zudem habe sich Bürgermeister Korn sehr um sie bemüht, betont die Medizinerin.

Und das aus gutem Grund: Der Rathauschef wartete schon länger auf einen Facharzt, der die Kleinstadt belebt, vor allem

aber die medizinische Betreuung der Einwohner sichert. Für Jens Korn ist die ärztliche Versorgung eine große Verpflichtung, weshalb die Stadt Wallenfels für die Zukunft bereits weiter plant. Aus der ehemaligen Schmidt-Bank soll ein städtisches Gesundheitszentrum entstehen, in das dann auch die Hautarztpraxis von Dr. Pincotan und die kommunale Landarztpraxis einziehen werden. Der Standort ist strategisch gewählt, soll damit doch auch der Marktplatz eine zusätzliche Belegung erfahren.

Gesundheitsversorgung 4.0

Doch damit nicht genug: „Stufe 3 unserer kommunalen Aktivitäten im Gesundheitsbereich“ ist Bürgermeister Korn zufolge das Konzept „Gesundheitsversorgung 4.0“, mit dem die Stadt Wallenfels den 1. Preis beim Wettbewerb von Oberfranken Offensiv „Digitales Land - Digitale Kommune“ gewonnen hat.

Dabei geht es um die Nutzung telemedizinischer Angebote zur besseren ärztlichen Versorgung im dortigen Alten- und Pflegeheim. Auf dieser Basis erweitert die Caritas im kommenden Jahr ihr Seniorenheim um ein Demenz- und Intensivpflegezentrum mit einer Investition in Höhe von 5 Millionen Euro. Der Clou dabei: Dieses Zentrum wird im derzeit leerstehenden ehemaligen Kindergarten, einer Arztvilla aus

den 1920er Jahren, entstehen.

Digitale Pflegeakte

Im Rahmen des innovativen Projektes „Gesundheitsversorgung 4.0“ kann der Arzt online jederzeit in einem gesicherten Netz auf die digitale Pflegeakte zugreifen. Nach Auswertung dieser Daten und mit den eigenen vorhandenen Patientenakten in der Praxis hat der Mediziner nun mehrere Möglichkeiten: Zum einen könnte er gleich die Medikation anpassen. In manchen Fällen wird der Arzt jedoch mit den Patienten in Kontakt treten wollen. Dies kann er wie bisher über Telefon oder, wenn mit ihm vereinbart, per Mail tun. Eventuell entscheidet sich der Arzt seinen Patienten im Pflegeheim oder zuhause einen Hausbesuch abzustatten und dann seine weitere Behandlung anzupassen. Sollte ein Hausbesuch nicht unbedingt notwendig sein, aber doch ein persönliches Gespräch vom Patienten oder Arzt als sinnvoll erachtet werden, kann dies dann per Videosprechstunde bewerkstelligt werden.

Ideengeber und Modellregion

Die Stadt Wallenfels und der Landkreis Wunsiedel sind Ideengeber und Modellregionen der Online-Sprechstunde, die es in der beschriebenen Art mit Datenzugriff auf Pflegeakte und ergänzender Videokonsultation bisher noch nicht gibt. Spätestens zum Ende des Jahres 2018 soll das Projekt dauerhaft einsetzbar und vor allem auf andere Kommunen übertragbar sein. **DK**



Bürgermeister Jens Korn (rechts) mit Hautärztin Dr. med. Anca Pincotan (Mitte), dem Praxispersonal und weiteren Gästen der Einweihungsfeierlichkeiten. □

Hochhausstudie:

Neue Planungsperspektiven für München

Der Planungsausschuss hat heute der Fortschreibung der Hochhausstudie von 1995 zugestimmt. Gutachter sollen herausarbeiten, wo es in München geeignete Bereiche für Hochhausplanungen gibt und wie Hochhäuser stadtbildverträglich und gleichzeitig architektonisch anspruchsvoll realisiert werden können. Die CSU-Fraktion begrüßt die Diskussion um Chancen und Ansprüche dieser Art der städtebaulichen Entwicklung.

München wächst, doch die Flächenreserven sind endlich. Der Bedarf an Wohnraum, Gewerbeflächen und Büroräumlichkeiten übersteigt das Angebot deutlich. Das Planungsausschussrat befasst sich deshalb mit der Fortschreibung der Hochhausstudie von 1995, um die Möglichkeiten dieser Art der verdichteten Bauweise bei geringem Flächenbedarf für München zu diskutieren.

Dabei ist die Grundhaltung der „Münchener Linie“ klar: Die Altsiedlungsfläche wird einerseits geschützt, andererseits werden geeignete Clusterbereiche für den Bau höherer Gebäude fortentwickelt. Die Qualitätskriterien hinsichtlich Stadtbildverträglichkeit, Architektur, Infrastruktur, öffentlicher Raum, Ökologie und Kombi nutzungen sollen in einem Katalog zusammengefasst werden und als Grundlage für zukünftige Projekte dienen.

„Ich bin froh, dass wir endlich diese überfällige Debatte

über Hochhäuser führen. Die CSU vertritt die Haltung, einerseits den Charakter schützenswerter Bereiche – wie Altstadt oder Gartenstädte – zu erhalten und andererseits Regionen nachhaltig zu entwickeln. Wohnhochhäuser sind eine Option, mit der wir uns in der wachsenden Stadt auseinandersetzen wollen. Dabei gilt unsere Forderung nach mehr Lebensqualität durch bessere und bedarfsorientierte Architektur. Wir wollen architektonische Highlights, keine Wohnsilos“, erklärt Stadtrat Manuel Pretzl, Fraktionsvorsitzender der CSU-Fraktion.

„Nach dem unglücklichen Bürgerentscheid von 2004, der einen städtebaulichen Stillstand in der Hochhausdebatte bewirkt hat, hoffen wir durch die Fortschreibung der Hochhausstudie auf eine Belebung der Diskussion und Planungsentwicklung“, sagt Stadtrat Walter Zöllner, Sprecher der CSU-Fraktion im Planungsausschuss. □

Schwerpunkt des Messeauftrittes auf der Dach + Holz 2018:

Neuer Dachziegel E 58 RS® von ERLUS

Neufahrn i. NB. Der Ergoldsbacher E 58 RS® ist das sechste Modell der beliebten E 58-Familie und ein Spezialist für flach geneigte Dächer. Die Neuentwicklung war das Messehighlight der ERLUS AG auf der diesjährigen Dach + Holz in Köln im Februar 2018. Seit 2017 ist das neue Ziegelmodell nun verfügbar und setzt mit einer beachtlichen Absatzmenge klare Zeichen am Markt.

Verbindung moderner Architektur mit den Vorzügen eines Steildaches

Schlicht, sachlich und reduziert auf eine klare Formensprache – der kubische Baustil erlebt derzeit ein Comeback. Viele Bauherren wünschen sich ein Haus, das einen klaren und puristischen Stil zum Ausdruck bringt. Auf die Sicherheit, die das Steildach bietet, wollen sie dennoch nicht verzichten. Aus gutem Grund: Ein Steildach mit Tondachziegeln zeichnet sich durch eine hohe Lebensdauer und eine einfache Verarbeitung aus. Weil Wasser schnell ablaufen kann, ist das Dach regensicher und muss kaum gewartet werden. Dank seiner besonderen technischen Formgebung passt er auf flach geneigte Dächer ab 10° Dachneigung. Das erlaubt eine moderne, nahezu kubische Bauweise, ohne kosten- und wartungsintensive Abdichtarbeiten.

Sichere Wasserführung auf dem Dach bei einer Regeldachneigung von 16 Grad

Das Besondere des E 58 RS®: Mit seiner ausgefeilten technischen Formgebung schützt er das Dach zum Beispiel gegen Schlagregen, während die Unterkonstruktion trocken bleibt. Dafür sorgen die ausgeprägte Profilhöhe der Ringverfaltung, mit dreifachem Kopf- und Seitenfalz, und eine direkte Wasserführung auf dem Ziegel. Damit ist der E 58 RS® der erste Dachziegel in klassischer Flachdachpfannenoptik am Markt, der sich durch drei Kopf- und Seitenfalze auszeichnet. So funktioniert der Dachziegel bei geringen Dachneigungen (Regeldachneigung 16°, Mindestdachneigung 10°) und aufwändige regensichernde Zusatzmaßnahmen können entfallen. Nicht zuletzt überzeugt der E 58 RS® durch seine leichte Verarbeitung auf dem Dach: Mit einem Gewicht von ca. vier Kilogramm ist er gut mit einer Hand verlegbar.

Dass der neue E 58 RS® ein typischer E 58 ist, zeigt auch seine Form: harmonische Propor-

tionen, klare Kanten in der Verfaltung und die elegante Wölbung der Sichtfläche. Damit reiht er sich optisch und technisch nahtlos in die erfolgreiche E 58-Familie ein. So schützen die Tondachziegel der E 58 Reihe das Dach optimal und dauerhaft gegen Wetterextreme, wie große Niederschlagsmengen oder starken Windso. Ein Qualitätsmerkmal, das angesichts des Klimawandels mit immer häufigeren und schwereren Unwettern an Bedeutung gewinnt.

Gut gewappnet für stürmische Zeiten

Aufgrund ihrer diagonalen, teilweise auch verfalzten Überdeckung im Vierziegeleck erreichen alle Modelle der E 58 Familie eine sehr hohe Windsog-sicherheit – und das bei geringem Sturmklammereinsatz. Seit 2011 verfügen alle Modelle zudem serienmäßig über Kerben, in die sich alle ERLUS Universalsturmklammern problemlos einklicken lassen. Diese Sicherheit gibt es nun auch für flache Dachneigungen ab 16 Grad Regeldachneigung. Damit hat ERLUS eine noch vorhandene Lücke im E 58-Sortiment geschlossen.

Vielfalt in Farbe und Funktion

Im Jahr 1958 lief der E 58 zum ersten Mal über die Produktionsbänder im ERLUS Werk im niederbayerischen Ergoldsbach. Seitdem hat das Unternehmen die Produktlinie aus hochwertiger Keramik stetig weiterentwickelt und immer wieder optimiert. Bei jeder Neuerung achtet ERLUS darauf, diese mit den Vorgängermodellen abzustimmen. So können Verarbeiter auch neue Modelle problemlos bei der Sanierung einsetzen. Da die E 58 Tondachziegel mit vielen Haustypen und Baustilen harmonisieren, ist die dezent geschwungene Linienerführung auch beim Neubau nach wie vor zeitlos aktuell. Auf der Dach + Holz International 2018 werden die Modelle E 58 S, E 58 SL, E 58 PLUS und E 58 MAX gezeigt. □

Bayerns Bauhauptgewerbe:

Umsatzsteigerung von 20,7 Prozent im Januar

Das bayerische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Januar 2018 einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 682,2 Millionen Euro. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, entspricht dies einem deutlichen Umsatzplus von 116,9 Millionen Euro bzw. 20,7 Prozent gegenüber Januar 2017. Zu dieser Umsatzsteigerung haben ausnahmslos alle Bausparten sowie ausgenommen die Oberpfalz und Oberfranken (-1,8 Prozent bzw. -2,2 Prozent) auch alle Regierungsbezirke beigetragen.

Die sektoralen Zuwachsraten bezifferten sich zwischen 2,7 Prozent (öffentlicher Hochbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) und 60,4 Prozent (öffentlicher Hochbau für Organisationen ohne Erwerbszweck), wogegen die Steigerungsraten auf Ebene der Regierungsbezirke zwischen 12,6 Prozent (Schwaben) und 41,5 Prozent (Oberbayern) ausmachten. Der Personalbestand im Wirtschaftsbereich belief sich Ende des aktuellen Berichtsmonats auf 84 502 tätige Personen (+ 4,7 Prozent) und der Gesamtwert der Auftragseingänge auf 1,01 Milliarden Euro (+ 4,3 Prozent).

Positive Umsatzentwicklung

Nach Mitteilung des Bayerischen Landesamts für Statistik erwirtschaftete das Bauhauptgewerbe in Bayern im Januar 2018 einen baugewerblichen Umsatz von insgesamt 682,2 Millionen Euro und damit ein Plus von 116,9 Millionen Euro bzw. 20,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahresergebnis.

An dieser positiven Umsatzentwicklung waren alle sieben Bausparten beteiligt, und zwar mit Zuwachsraten bis zu 60,4 Prozent (öffentlicher Hochbau für Organisationen ohne Erwerbszweck).

Wertmäßig betrachtet, zeichneten dabei der Wohnungsbau (205,3 Millionen Euro baugewerblicher Umsatz; + 36,0 Prozent gegenüber Januar 2017) sowie der gewerbliche und industrielle Hochbau (217,7 Milli-

onen Euro; + 14,3 Prozent) am stärksten verantwortlich.

Mit insgesamt 84.502 tätigen Personen waren Ende Januar 2018 um 4,7 Prozent mehr Menschen im bayerischen Bauhauptgewerbe beschäftigt als Ende Januar 2017. Diese Beschäftigten leisteten an 22 Arbeitstagen (Januar 2017: 21 Arbeitstage) insgesamt fast 5,0 Millionen Arbeitsstunden und bezogen Entgelte in Summe von 247,1 Millionen Euro (+ 45,2 Prozent bzw. + 14,0 Prozent).

Bau von Gebäuden

Darunter entfielen auf den mit insgesamt 37.770 tätigen Personen (+1,0 Prozent) personalstärksten Wirtschaftszweig des Wirtschaftssektors „Bau von Gebäuden (ohne Fertigteilebau)“ insgesamt 2,3 Millionen Arbeitsstunden und eine Entgeltsumme von 110,6 Millionen Euro (+64,3 Prozent bzw. +11,1 Prozent).

Größte Anteile

Der Gesamtwert der Auftragseingänge im bayerischen Bauhauptgewerbe belief sich im aktuellen Berichtsmonat auf insgesamt 1,01 Milliarden Euro (-4,3 Prozent), wovon die mit Abstand größten Anteile dem gewerblichen und industriellen Hochbau (281,9 Millionen Euro bzw. 27,8 Prozent; -17,8 Prozent) einerseits sowie dem Wohnungsbau andererseits zuzurechnen sind (265,9 Millionen Euro bzw. 26,2 Prozent; +5,1 Prozent). □

Wiederaufnahme des 10.000-Häuser-Programms

Aigner: „Wir schreiben die Erfolgsgeschichte fort“

Ab dem 1. Februar 2018 können Bauherren und Eigentümer im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms wieder eine Förderung für Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, kombiniert mit innovativen Techniken, beantragen. Nachdem das Programm wegen großer Nachfrage im vergangenen Jahr frühzeitig ausgelaufen war, können in 2018 deutlich mehr Maßnahmen gefördert werden - insgesamt 3700 nach 1300 in 2017.

Bayerns Energieministerin Ilse Aigner: „Mit der Wiederaufnahme des Förderprogramms schreiben wir eine Erfolgsgeschichte fort. Das 10.000-Häuser-Programm ist das umfassendste Förderprogramm aller Bundesländer für Effizienzmaßnahmen und innovative Technologien im Gebäudesektor. Die energetische Gebäudesanierung ist eine Investition in die Zukunft. Sie erhält und erhöht den Immobilienwert, steigert die Wohnqualität, spart Energiekosten, schützt das Klima und hilft dem heimischen Handwerk. Mit dem 10.000-Häuser Programm unterstützen wir daher Hausbesitzer und Bauherren dabei, Energie zu sparen und gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Ziel ist es, Gebäude mit einer Kombination aus Energieeffizienz und innovativen Techniken stärker in das Energiesystem der Zukunft zu integrieren.“

Weitgehend unveränderte Förderkonditionen

Die Förderkonditionen für den Programmteil EnergieSystemHaus bleiben weitgehend unverändert. Der Programmteil Heizungstausch-Plus hingegen ist mit Ende des Jahres 2017 ausgelaufen und wird 2018 nicht mehr fortgeführt. Der Ersatz alter Heizungen durch innovative Heiz-/Speicher-Systeme bleibt aber in Kombination mit Sanierungsmaßnahmen am Gebäude über den Programmteil EnergieSystemHaus förderfähig.

Das 10.000-Häuser-Programm läuft von September 2015 bis Ende 2018. Für die Fördermaßnahmen stehen insgesamt ca. 80 Millionen Euro zur Verfügung. Damit werden nachhaltige Investitionen von etwa 800 Millionen Euro ausgelöst. Alle aktuellen Informationen zum Programm sind auf der Internetseite www.EnergieBonus.bayern.abrufbar. □

Neue UBA-Publikation:

Straßen und Plätze neu denken

Projektbeispiele aus Bayern zur nachhaltigen Straßenraumgestaltung

Die Gestaltung der Straßen und Plätze hat einen großen Einfluss auf die Umwelt- und Lebensqualität in den Städten und Gemeinden. Die Broschüre „Straßen und Plätze neu denken“ des Umweltbundesamtes stellt Praxisbeispiele dafür vor, wie Kommunen ihren öffentlichen Raum attraktiver gestalten können.

Beispiel Volkach: Mit der Umgestaltung der Hauptstraße in der unterfränkischen Kleinstadt mit ihren knapp 10.000 Einwohnern verfolgte die Tourismusgemeinde das Ziel, den Kfz-Verkehr im Stadtzentrum weiter zu entschleunigen. Die Qualität des Fuß- und Radverkehrs sollte u. a. durch das Vermeiden von verkehrswidrigem Parken und der Verbreiterung der Gehwege verbessert werden. Zugleich mussten zahlreiche Leitungen erneuert werden, so dass die Baumaßnahmen auch für eine städtebauliche Umgestaltung genutzt werden konnten.

Die Hauptstraße stellt sich heute – inklusive des Marktplatzes und einer angrenzenden Nebenstraße – als barrierefreier, verkehrsberu-

higter Bereich dar. Die Besonderheit liegt in der niveaugleichen Ausführung mit hochwertigem und geräuschem Betonpflaster. Die von mehr als sieben auf vier Meter verschmälerte, als Einbahnstraße zu befahrene Fahrgasse, ist durch zwei Entwässerungsrinnen angedeutet. An Engstellen, beispielsweise rund um Gastronomiebetriebe mit Außenschankflächen, teilen sich alle Verkehrsteilnehmer die Fahrgasse.

Wo nötig, werden die unterschiedlichen Nutzungsformen (bspw. die auf einer Straßenseite angeordneten Kfz-Stellplätze) durch Belagwechsel verdeutlicht. Die Stellplätze werden bewirtschaftet, ihre Gesamtzahl reduzierte sich um rund 10 Prozent. Vereinzelt herausneh-

bare Poller verhindern unerwünschtes Parken.

Hohe Aufenthaltsqualität

Für den nunmehr in Schrittgeschwindigkeit zu befahrenen Bereich der Innenstadt gibt es viel Lob. Die erwünschte Belebung der Haupteinkaufsstraße ist eingetreten. Die Aufenthaltsqualität zieht neben Touristen vor allem auch Menschen aus der Stadt und ihrem Umland an. Private Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden und Pläne für die Umgestaltung einer weiteren Straße im Zentrum bestätigen den Erfolg.

Die Gestaltung wichtiger Knoten für den öffentlichen Verkehr ist gerade aus Sicht des Fuß- und Radverkehrs oftmals eine Herausforderung. Neben dem regen Fahrzeugverkehr ist auch die große Zahl an Menschen, die zwischen den Verkehrsmitteln wechselt, zu bewälti-

gen. Aspekte wie Barrierefreiheit oder die Verfügbarkeit von Fahrradabstellmöglichkeiten haben Einfluss auf die Attraktivität von Bus und Bahn. Im Falle des vorgestellten Projekts Harras in München wird der gesamte Stadtraum durch eine Kombination von hoher Gestaltqualität und einer neuen Verkehrsführung aufgewertet.

Der Harras, ein bedeutendes Stadtteilzentrum in München-Sendling, zählt zu den wichtigsten Verkehrsdrehscheiben der Stadt. Vor dem Umbau war der Platz durch einen hohen Durchgangsverkehr, Parkplätze und eine umständliche Führung des Fußverkehrs geprägt. Mit dem Ziel, den früheren Kreisverkehr Harras zu einem attraktiven Quartiersplatz aufzuwerten, führte das Baureferat einen Bürgerworkshop durch. Die wesentlichen Leitlinien für die Umgestaltung der Platzfläche sehen die Steigerung der Aufenthaltsqualität, eine Neuordnung des Verkehrs und der Umsteigebeziehungen im ÖPNV sowie die Erhöhung der Sicherheit im Fuß- und Radverkehr vor.

Architektenwettbewerb

Auf dieser Grundlage wurde vom Baureferat ein Architektenwettbewerb durchgeführt. Der realisierte Entwurf sieht eine Neuorganisation des Kfz-Verkehrs vor, wodurch auf Fahrbahnen im nördlichen Teil des Platzes völlig verzichtet werden konnte. Dies schafft Raum für eine großzügige Platzfläche vor den gründerzeitlichen Fassaden auf der Nordseite und einen Vorplatz für das denkmalgeschützte Gebäude auf der Südseite. Prägend für die neue Gestaltung sind die vorhandenen und neu gepflanzten Platanen.

Dank einer zurückhaltenden Möblierung können unter den Bäumen zahlreiche Aktivitäten wie Weihnachts- und Ökomärkte stattfinden. Bushaltestellen und U-Bahn-Eingänge wurden neugestaltet und so an die Platzränder verlegt, dass sich die Umsteigebeziehungen deutlich verbesserten. Die Radwege wurden verbreitert und gestalterisch in den neuen Platzbelag integriert. Ihr Verlauf ist mit Fahrradpiktogrammen gekennzeichnet.

Bike-Sharing-Station

Wer auf die Fußgängerinnen und Fußgänger Rücksicht nimmt, kann auch über die Fußgängerzone radeln. Auch eine Bike-Sharing-Station des MVG-Rades sowie zusätzliche Fahrradabstellanlagen konnten am Harras umgesetzt werden. Verbesserungen für Fußgänger wurden durch lagere Fußgängerüberwege sowie die barrierefreie Gestaltung des Platzes und der Haltestellen erreicht.

Der Blick in die Praxis zeigt: Zahlreiche Städte und Gemeinden haben in den vergangenen Jahren viel Zeit, Geld und Ideen in die Umgestaltung von Straßen und Plätzen investiert. Gleichwohl gehen die Anforderungen an den verkehrspolitischen Rahmen weiter. Kinder und Jugendliche brauchen Räume, in denen sie selbständig und sicher unterwegs sein können. Handel und Gastronomie profitieren von Straßen, die Aufenthaltsqualität bieten, städtisches Treiben fördern und viele Menschen und damit Kunden anziehen. Und nicht nur für Ältere ist ein attraktives, barrierearmes Umfeld genauso wichtig wie ein funktionierendes soziales Umfeld.

Vor dieser komplexen Gestaltungsaufgabe stehen Kommunen heute, wenn sie Straßen und Plätze neu denken. Dass dies gelingen kann, belegen die dargestellten Projekte auf eindrucksvolle Weise. **DK**

Würzburg erhielt „Ausloberpreis 2018“

Bürgermeisterin Marion Schäfer-Blake nahm Auszeichnung bei Festakt entgegen

Mehr als 60 Architektenwettbewerbe hat die Stadt Würzburg seit 1971, dem Jahr der Gründung der Bayerischen Architektenkammer, ausgelobt und initiiert und sich zudem in vorbildlicher Weise bei zahlreichen Auslobern dafür eingesetzt, dass diese ihrerseits Wettbewerbe nach den Richtlinien für Planungswettbewerbe RPW ausloben. Hierzu zählen Neu- und Umbauten, Schulen, Verwaltungs- und Gewerbebauten, Kliniken, Stadtgestaltungen, Freiraumplanungen im Rahmen der Landesgartenschau 1990, der Hochwasserschutz am Mainufer und auch die Residenz Würzburg.

Mit der Architekturauszeichnung „Ausloberpreis 2018“ würdigt die Bayerische Architektenkammer die Stadt Würzburg für ihre Verdienste um das Wettbewerbswesen in den vergangenen Jahrzehnten. „Die Wettbewerbsergebnisse belegen eindrucksvoll, dass das Wettbewerbswesen in Würzburg eine erfreuliche Entwicklung erlebt hat und weiterhin erleben wird. Die Bayerische Architektenkammer sieht darin ein wichtiges Zeichen für ein gestiegenes Bewusstsein von Entscheidungsträgern, baukulturelle Verantwortung zu übernehmen“, lobte Kammerpräsidentin Christine Degenhart.

Bürgermeisterin Marion Schäfer-Blake nahm bei der Preisverleihung den „Ausloberpreis 2018“ für die Stadt Würzburg entgegen: „Die Stadt Würzburg ist sehr stolz, dass ihr Bestreben, Baukultur mit der Durchführung von Wettbewerben zu fördern, überregional wahrgenommen und darüber hinaus mit einem Preis versehen wird. Dass wir uns gegenwärtig mit der Auslobung eines Wettbewerbs zur Gestaltung des Kardinal-Faulha-

ber-Platzes im Herzen der Stadt intensiv beschäftigen, zeugt von unserer Überzeugung in das Instrument Architekturwettbewerb und ist uns Verpflichtung für die Zukunft.“

Der Architektenwettbewerb ist ein fachlicher Leistungsvergleich. Der Bauherr erhält mehrere Entwürfe. Er kann vergleichen und aus Vorschlägen die optimale Lösung für sein Bauvorhaben auswählen. Ein unabhängiges Preisgericht, das vom Auslober berufen wird, prüft, bewertet und urteilt. Der Architektenwettbewerb hat sich als Verfahren zur Förderung der Qualität des Planens und Bauens hervorragend bewährt und unterstützt alle Beteiligten, eine maßgeschneiderte Lösung für ihre Bauaufgabe zu finden.

Die Bayerische Architektenkammer verleiht seit 1993 in unregelmäßigen Abständen den „Ausloberpreis“ an Städte, Gemeinden und Institutionen, die sich um die Förderung des Wettbewerbswesens besonders verdient gemacht haben. Der Ausloberpreis wurde 2018 zum neunten Mal verliehen. **□**

Klausurtagung der CSU im Landkreis Landshut:

G9, Straßenausbaubeiträge und Flächenverbrauch auf der Agenda

Die CSU im Landkreis Landshut hat sich bei ihrer Klausurtagung in Schöllnach im Landkreis Deggendorf mit den Folgen der Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium und der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge für die Kommunen in der Region befasst. Dazu tauschten sich die Teilnehmer mit Kultus- und Wissenschaftsstaatssekretär Bernd Siblinger und Christian Bernreiter, Landrat des Landkreises Deggendorf und Präsident des bayerischen Landkreistages, aus. Zentrales Fazit in Sachen Gymnasien: Der Freistaat steht grundsätzlich zur Finanzierung von Investitionen an Schulen im Landkreis, die wegen des G9 notwendig sind.

„Wenn an einem Gymnasium wegen des neunjährigen Gymnasiums gebaut werden muss, wird sich der Freistaat an das Konnexitätsprinzip halten – wer anschafft, der zahlt“, sagte Siblinger. Die genauen Details würden derzeit noch mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt. Damit können die Kommunalpolitiker mit Blick auf das Gymnasium Ergolding zumindest mit hoher finanzieller Beteiligung des Freistaats rechnen. Die Schule war beim Bau für das G8 ausgelegt worden und muss nun voraussichtlich erweitert werden.

Fach Informatik stärken

Siblinger, der zugleich Spitzenkandidat der CSU in Niederbayern für die Landtagswahl ist, ging auch auf die Neuerungen des gymnasialen Lehrplans ein: Demnach solle das Fach Informatik gestärkt und dabei insbesondere der Bereich der digitalen Anwendungen intensiviert werden. Außerdem werde die historische und gesellschaftliche Bildung gestärkt. „Damit die jungen Menschen politisch gefestigt und nicht anfällig für extreme Ideologien sind.“

G9: Konnexitätsprinzip gilt

Der Staatssekretär zeichnete ein homogenes Bild der Bildungslandschaft im Landkreis Landshut. „Von den Viertklässlern in der Region tritt jeweils rund ein Drittel auf die Mittelschule, die Realschule und das Gymnasium über. Das zeigt, dass die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung vor Ort gut verankert ist.“ Das bayerische Schulsystem sei deshalb so stark, weil jedem Abschluss auf jedem Niveau ein Anschluss auf dem nächsthöheren Level folge. Darum kämen mittlerweile auch mehr als 40 Prozent aller Studenten über den beruflichen Bildungsweg an die Hochschulen.

Landrat Bernreiter lobte die von der CSU-Landtagsfraktion

Flächenverbrauch: Pauschale Begrenzung nicht sinnvoll

Weitere Themen waren der Flächenverbrauch und praktikable Ausgleichsmaßnahmen für die Bodenversiegelung. Eine pauschale Begrenzung des Flächenverbrauchs wäre laut Bernreiter ein Problem für den ländlichen Raum. „Wenn heimische Firmen nicht mehr wachsen können, gehen sie weg. Und das würde den Druck auf die Ballungsräume weiter verstärken.“ Außerdem seien für die Bodenversiegelung bei Bauprojekten bereits jetzt umfangreiche Ausgleichsflächen vorgeschrieben. „Das führt zum Beispiel dazu, dass wertvolle landwirtschaftliche Nutzfläche knapp wird“, erklärte Bernreiter.

Um genau das zu vermeiden, appellierte Landtagsabgeordneter Florian Hölzl an die Unteren Naturschutzbehörden an den Landratsämtern, häufiger Lösungen anzuerkennen, bei der Landwirtschaft und Naturschutz auf derselben Fläche miteinander vereinbar seien. Gleichzeitig bekräftigte Bernreiter, dass wirksame Anreize für die Nachverdichtung in den Kommunen geschaffen werden müssten, um die Zersiedelung und unnötige Bodenversiegelung einzudämmen. **□**

angekündigte Abschaffung der Straßenausbaubeiträge: „Das war die beste Lösung für die Bevölkerung, obwohl in Niederbayern nur 37 Prozent aller Kommunen eine Satzung für Ausbaubeiträge haben – im Gegensatz zu 97 Prozent in Teilen Frankens.“

Für gerechte Lösung

Für die Politik und die Kommunen gebe es aber noch eine Reihe von Fragen: Bekommen nun alle Kommunen sofort staatliche Unterstützung? Wie weit rückwirkend werden Ausbaubeiträge zurückgezahlt? In welchem Standort werden kommunale Straßen künftig saniert? „Klar ist, dass sich die CSU nicht nur für die Abschaffung einsetzt, sondern auch für eine gerechte und praktikable Lösung im Einklang mit unseren Kommunen“, betonte Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter Florian Oßner.



CSU-Kreisvorsitzender Florian Oßner (rechts) dankte Christian Bernreiter, Landrat von Deggendorf und Präsident des Bayerischen Landkreistages, für dessen Impulse zu den Themen Straßenausbaubeiträge und Flächenverbrauch. **□**

Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände



KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

In unserem Büro in München bieten wir folgende Dienstleistungen für Sie an:

- **Kalkulation von Kommunalabgaben**
 - Erschließungsbeiträge
 - Straßenausbaubeiträge / wiederkehrende Beiträge
 - Gebühren und Beiträge in der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung
 - Friedhofsgebühren
 - Feuerwehrgebühren
- **Energieausschreibung: Strom und Gas**

■ **Unser Kontakt**

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

Hauptsitz Schwerin
Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin
☎ 0385/30 31-251 ✉ info@kubus-mv.de

Büro München
Germaniastraße 42, 80805 München
☎ 089/44 23 540-0 ✉ bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Forschungsbericht der Hochschule Rosenheim:

Herausforderungen durch Vielfalt in Kindertageseinrichtungen

In Kooperation mit dem deutschen Kinderhilfswerk hat die Hochschule Rosenheim einen Forschungsbericht veröffentlicht, der verschiedene Herausforderungen in Kindertageseinrichtungen untersucht hat. Prof. Dr. Sabina Schutter, Wissenschaftliche Leiterin am Campus Mühldorf a. Inn, hat sich diesem Projekt angenommen und 94 Leitungen von Kindertageseinrichtungen in Sachsen und Thüringen nach ihren Umgangsweisen mit gesellschaftlicher Vielfalt gefragt.

Kindertageseinrichtungen sind nach eigener Auffassung auf gesellschaftliche Vielfalt gut vorbereitet und weitgehend in der Lage, alle Kinder unabhängig von Migrationshintergrund, Religion, Behinderung oder Familienform zu inkludieren. Dabei erschweren eng bemessene Personalschlüssel und Probleme bei der Gewinnung von Fachkräften die Umsetzung gewünschter pädagogischer Aktivitäten wie einer verbesserten und intensiveren Zusammenarbeit mit Eltern, individuellen pädagogischen Angeboten für Kinder und Teamentwicklung.

Unter engen räumlichen Bedingungen und defizitärer personeller Ausstattung leiden insbesondere Kinder, die auch aus

dem familiären Umfeld weniger Bildungsressourcen mitbringen. Kinderarmut wirkt sich so doppelt negativ aus. Das sind die zentralen Ergebnisse des Forschungsberichts „Herausforderungen von Kindertageseinrichtungen in einer vielfältigen Gesellschaft“.

Kooperation mit dem Deutschen Kinderhilfswerk

Das Projekt ist eine Kooperation der Hochschule Rosenheim mit dem Deutschen Kinderhilfswerk und wurde von Prof. Dr. Sabina Schutter geleitet.

„Zuwanderung, demografische Veränderungen und familialer Wandel betreffen alle gesellschaftlichen Bereiche und

Akteure. Kindertageseinrichtungen als erste und wichtigste Bildungs- und Sozialisationsinstanzen nach den Eltern sind davon nicht ausgenommen. Im Gegenteil: Kinderarmut, Zeitknappheit von Familien, Migration und soziale Ungleichheiten kommen hier zuallererst an und stellen die Einrichtungen vor neue Herausforderungen. Hinzu kommen gesellschaftliche Bewegungen, wie der neu erstarkte Rechtspopulismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Abwertung bis zu Rechtsextremismus. Hier muss mit verstärkter Demokratieförderung, Demokratiebildung und Partizipation entgegen gehalten werden“, sagt Prof. Schutter von der Hochschule Rosenheim.

Druck auf pädagogische Fachkräfte

„Abstiegsängste und Ehrgeiz der Eltern bezogen auf ihre Kinder dringen direkt zu den Kitas durch, die Angst der Eltern vor dem Scheitern wächst und äußert sich als Druck auf die pädagogischen Fachkräfte. Zudem haben viele Einrichtungsleitungen Erfahrungen mit rechtsradikalen Familien. Da diese sich meist unauffällig verhalten gibt es insbesondere Unsicherheiten im pädagogischen Umgang mit deren Kindern. Mit den daraus resultierenden Anforderungen dürfen die Kitas nicht alleine gelassen werden“, so Schutter weiter.

„Wir brauchen ein Kita-Programm der frühen Förderung von Demokratiebildung, Partizipation sowie eines wertschätzenden Umgangs mit Vielfalt. Dabei muss es insbesondere darum gehen, auf Grundlage

wunderschönen hölzernen Verkleidungen und Verzierungen ist ein stabiles Raumklima. Dieses wird nun durch eine Quelllüftungs-Klimaanlage sichergestellt, die eine optimale Luftzirkulation in den Räumen sicherstellt.

„Durch die Erneuerung der Haustechnik konnte somit das Sicherheitsniveau deutlich erhöht und die erforderlichen Eingriffe in die historische Substanz auf ein Minimum reduziert werden. Es entstand ein ausgewogenes Gesamtpaket aus Personen- und Objektschutzmaßnahmen, moderner Bühnen- und Museumstechnik sowie einer zeitgemäßen Grundinstallation“, sagt Mathis Gruhn aus der Bauabteilung der Bayerischen Schlösserverwaltung.

Themenführung

Wer einen Blick in die Technik des Hauses werfen möchte, kann dies im Rahmen der Themenführung „Prima Klima? Stabiles Raumklima, Löschtechnik und effiziente Energienutzung im Markgräflichen Opernhaus“ von Diplom-Ingenieur Franz Rabenstein bei den diesjährigen Bayreuther Residenztagen am 22. April 2018 tun. Die Führung dauert ca. 60 Minuten, man sollte trittsicher sein und festes Schuhwerk tragen.

Der für die Gesamtmaßnahme zuständige Baureferent der Bayerischen Schlösserverwaltung, Architekt Mathis Gruhn, stellt die „Baumaßnahme Opernhaus – Ein gigantisches Projekt, hunderte beteiligte Hände, unzählige Arbeitsschritte“ in seiner Themenführung, ebenfalls am 22. April im Markgräflichen Opernhaus vor. Die Führung dauert 60 Minuten.

Alle Informationen zur Veranstaltung und den Residenztagen sind unter www.bayreuth-wilhelmine.de zu finden. □

Hinter den Kulissen des Markgräflichen Opernhauses Bayreuth:

Moderne Technik im historischen Denkmal

Wenn sich der Vorhang hebt und der Zuschauer ganz in die Welt der Oper und ihre Geschichten eintaucht, dem Gesang lauscht und die Kostüme bewundert, dann bleibt ihm doch immer eine ganze weitere Welt verborgen. Viel Technik verbirgt sich hinter einer reibungslosen Vorführung und einem sicheren Besuch – und gerade im Falle des Markgräflichen Opernhauses in Bayreuth, welches zum UNESCO-Weltkulturerbe zählt, spielen dabei auch immer denkmalpflegerische und konservatorische Aspekte eine entscheidende Rolle.

Bei der mehrjährigen Restaurierung des Opernhauses durch die Bayerische Schlösserverwaltung und das Staatliche Bauamt Bayreuth stellen sich wiederholt Fragen in Bezug auf Haus- und Bühnentechnik, Brand- und Besucherschutz. Wie kann die moderne Technik in die historische Bausubstanz integriert werden, um Personen- und Objektschutz bestmöglich zu garantieren?

Überholte Bühnentechnik

Die Erneuerung der Haus- und Bühnentechnik, die aus den Nachkriegsjahren stammte, war dringend erforderlich, da gealterte Elektrotechnik und Bühnenbeleuchtung ein Brandrisiko darstellten, das Besucher und Gebäude gleichermaßen gefährdete. Die überholte Bühnentechnik wurde durch reversible Scheinwerfer-Stativen im historischen Zuschauerraum ersetzt, so musste kaum in die Bausubstanz eingegriffen werden.

Verhinderung von Löschwasser-Schäden

Im Bühnenbereich wurden eine Sprinkleranlage und ein Eiserner Vorhang montiert und im Dachstuhl wurde eine Hochdrucknebellöschanlage installiert. Diese löscht mit geringen Mengen Wasser einen Brand bereits in der Entstehungsphase und verhindert so größere Löschwasser-Schäden. Sollte es dennoch zu einem Zwischenfall kommen, gibt es eine flächendeckende Brandmeldeanlage mit direkter Verbindung zur Feuerwehr und eine Alarmierungsanlage zur schnellen Gebäude-Evakuierung.

Doch auch aus konservatorischer Sicht gab es Gründe für eine Erneuerung der Technik im Opernhaus. Ein wesentlicher Aspekt zum Schutz der

der UN-Kinderrechtskonvention partizipative Prozesse sowie ein vielfalts- und vorurteilsbewusstes Miteinander in Kindertageseinrichtungen zu verankern. Dazu werden wir als Kinderrechtsorganisationen mit unseren Partnern einen Beitrag leisten“, betont Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes.

Der Bericht zeigt auch das mehrdimensionale Spannungsfeld auf, in dem sich die Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen befinden: Die Erwartungen von Eltern mit hohen Bildungsansprüchen stehen in Spannung zu den Bildungserfordernissen von Kindern mit weniger Ressourcen. Gleichzeitig stehen die Erwartungen der Grundschulen an die abzurufbaren Bildungsleistungen von Kindern im Widerspruch zu einer offenen situationsorientierten Pädagogik.

In diesem doppelten Spannungsverhältnis sind Einrichtungsleitungen gefordert, den Bedürfnissen gerecht zu werden und gleichzeitig ihren Konzepten treu zu bleiben. Zugleich äußern die Kita-Fachkräfte Fortbildungsbedarf im Bereich Kinderrechte, Partizipation und Umgang mit Vielfalt. Die Untersuchung hat darüber hinaus Fortbildungsbedarf im Bereich der pädagogischen Qualität mit engen Ressourcen und im Bereich Umgang mit Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit identifiziert.

Das Forschungsprojekt hat 94 Leitungen von Kindertageseinrichtungen in Sachsen und Thüringen nach ihren Umgangsweisen mit gesellschaftlicher Vielfalt gefragt. Hierzu wurde spezifisch der Umgang mit benachteiligten Gruppen und mit Diversität untersucht. 10 qualitative Experteninterviews mit Einrichtungsleitungen wurden ergänzend dazu durchgeführt, um spezifischen und sensiblen Fragestellungen auf den Grund zu gehen. □

Für mehr bezahlbare Wohnungen in der Region München

Dritte Anhörung zur Gesamtfortschreibung des Regionalplans abgeschlossen

Die dritte Anhörung zur Gesamtfortschreibung des Regionalplans ist abgeschlossen. Alle eingegangenen Stellungnahmen wurden ausgewertet, abgewogen und auf der Sitzung des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbands München (RPV) in zusammengefasster Form vorgestellt. Der Planungsausschuss des RPV stimmte dem vorliegenden Entwurf zu und empfahl der Verbandsversammlung, ihn Mitte Juni zu beschließen.

Der Regionalplan enthält Ziele und Grundsätze zur Siedlungs-, Verkehrs- und Freiraumentwicklung. Derzeit wird er für die Region München überarbeitet. Die dritte Anhörung, in der Gemeinden, Landkreise, Organisationen und Bürger ihre Wünsche und Kritik zum Entwurf der Gesamtfortschreibung äußern können, ist nun abgeschlossen. Das Ergebnis stellte RPV-Geschäftsführer Christian Breu auf der Sitzung des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbands München (RPV) vor.

Änderungswünsche wurden insbesondere zu einem Ziel im Kapitel „Herausforderungen der Regionalen Entwicklungen“ geltend gemacht. Danach sollen bei Bebauungsplänen ab 50 Wohneinheiten Flächenanteile für preisgedämpften geförderten Wohnungsbau vorgesehen werden. Der Planungsausschuss des RPV stimmte einstimmig dem vorliegenden Entwurf zu und empfahl der Verbandsversammlung, ihn am 14. Juni zu beschließen.

In seinem Eingangsvortrag präsentierte RPV-Geschäftsführer Christian Breu Daten zur Flä-

chennutzung in der Region München. Über die Hälfte der Fläche in der Region München wird landwirtschaftlich genutzt, etwa ein Viertel der Fläche ist Waldfläche und rund 18 Prozent sind Siedlungs- und Verkehrsfläche. Von dieser Siedlungs- und Verkehrsfläche entfällt etwas mehr als die Hälfte auf die Gebäude- und Freifläche.

Siedlungsflächen nicht verknappten

Die Daten zeigen, dass 13,7 Prozent dieser Gebäude- und Freifläche in der Region München auf gewerbliche Flächen entfallen und 53,4 Prozent auf Wohnfläche. Das heißt, es wird rund viermal mehr Fläche für Wohnen als für Handel, Dienstleistungen, Gewerbe und Industrie genutzt. „In einer wachsenden und prosperierenden Region wie unserer wäre es fatal, die Siedlungsflächen – insbesondere für Wohnen – zu verknappten. Die Wohnungs- und Mietpreise würden dadurch noch weiter ansteigen und die wirtschaftliche Entwicklung würde gedrosselt“, warnte RPV-Geschäftsführer Christian Breu. □

Landkreis München und Gemeinde Haar:

Dem Schulcampus wieder einen großen Schritt näher

Einigung über vorgelegte Realisierungsstudie als Planungsgrundlage

Auf dem Weg zum Schulcampus Haar haben die Beteiligten eine weitere wichtige Weiche gestellt: Ende Februar stimmte der Gemeinderat in Haar der von der Landkreisverwaltung beauftragten städtebaulichen Realisierungsstudie zu. Sie soll als Basis für die nun folgenden Grundstücksverhandlungen, einen Planungswettbewerb sowie zur gemeindlichen Bauleitplanung dienen und aufzeigen, welcher Grundstücksumfang im Endausbau genau benötigt wird und in welchen Realisierungsschritten das Bauvorhaben umgesetzt werden kann.

Als geeignetste Lösung erachten die Planer in dem vorliegenden Konzept die Aufreihung der einzelnen Schulgebäude, Sport- und Gemeinschaftsflächen entlang der S-Bahn-Strecke in Gronsdorf. Fachoberschule und Pflegeschule könnten auf diese Weise als erster Bauabschnitt entsprechend dem Willen aller Beteiligten zeitnah geplant, realisiert und in Betrieb genommen werden, ohne eine gegebenenfalls erst zu einem späteren Zeitpunkt mögliche Errichtung einer Realschule zu beeinträchtigen.

Neue Nordtangente nach München soll die Errichtung einer Realschule sichern

Ob der von Landkreis und Gemeinde gewünschte Schulcampus inklusive der Realschule umgesetzt werden kann, ist vor allem eine Frage der Verkehrserschließung. Neueste Prognosen für die Fachoberschule hatten zuletzt eine deutliche Korrektur der Schülerzahlen nach oben auf bis zu 1.000 Schülerinnen und Schüler notwendig gemacht. Infolgedessen musste auch die verkehrliche Erschließung des vorgesehenen Grundstücks einer erneuten Prüfung unterzogen werden. Ein im vergangenen Jahr beauftragtes Gutachten kam zu dem Schluss, dass das bestehende Straßennetz zwar eine Nutzung des Grundstücks für eine Fachoberschule einschließlich der vom Kreistag beschlossenen Pflegeschule ermöglichen, nicht aber ausreichend leistungsfähig sei, den Gesamtverkehr des Schulcampus im Endausbau inklusive der Realschule aufzunehmen. Nach dem aktuellen Schulbedarfsplan des Landkreises München würden die Realschule bis zu 650 Schülerinnen und Schüler besuchen.

Gemeinsam setzen sich Landkreis und Gemeinde deshalb bei der Landeshauptstadt München dafür ein, nicht nur die erforderlichen Grundstücksflächen für den Bau des Schulcampus zu erwerben, sondern über den schon lange gewünschten Durchstich einer neuen Nordtangente bis zum Münchner Rappenweg auch die zwingend notwendige Verkehrsentlastung im Münchner Osten zu erreichen. Erst dann könnte die Realschule wie geplant errichtet und das Schulgrundstück für den Gesamtcampus erschlossen werden.

Einmalige Chance

„Der geplante Schulcampus in Haar bietet die einmalige Chance, in Haar ein umfassendes Ausbildungszentrum für Pflegeberufe zu errichten. Dieses darf aber keinesfalls zu einer zusätzlichen Belastung für Anwohner und Pendler werden, indem es den Verkehr in der Umgebung zum Erliegen bringt. Ich setze mich deshalb weiterhin nach Kräften bei der Landeshauptstadt München dafür ein, den so dringend benötigten Durchstich zu realisieren“, fasst Landrat Christoph Göbel die aktuelle Situation zusammen. Dies bringe erhebliche Vorteile für beide Seiten mit sich. Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter habe ihm diesbezüglich bereits in mehreren Gesprächen uneingeschränkte Unterstützung zugesagt, so Göbel weiter. Nun hoffe er auf grünes Licht aus dem Münchner Stadtrat.

Auch Haars Erste Bürgermeisterin Gabriele Müller zeigte sich erfreut über den Fortschritt des Pro-

jekts und hofft auf positive Nachrichten aus der Landeshauptstadt. „Wir haben die Möglichkeit, in Haar ein wegweisendes Projekt in Sachen Ausbildung zu realisieren. Landkreis und Gemeinde arbeiten Hand in Hand und in enger Abstimmung zusammen, um zeitnah mit dem Bau des neuen Schulcampus zu beginnen. Ich freue mich, dass der Landkreis sich hier nachhaltig für den Erwerb der benötigten Grundstücksflächen für das Gesamtprojekt engagiert und die Verkehrsthematik auf unseren Wunsch hin die angemessene Bedeutung bekommt. Wir sind auf einen guten Weg“, so Müller zuversichtlich.

Landkreis und Gemeinde treiben weitere Planungen parallel voran

Während die Entscheidung in der Landeshauptstadt München noch aussteht, arbeiten Landkreis und Gemeinde mit unverändertem Tempo daran, die weiteren Planungsschritte voranzutreiben. Gemeinsames Ziel und Planungsgrundlage ist nach wie vor die Gesamtlösung des Schulcampus mit Fachoberschule, Pflegeschule, Realschule, Dreifachsporthalle und Freisportflächen. Neben den Grundstücksverhandlungen mit der Landeshauptstadt München für Errichtung und Erschließung des Schulcampus in vollem Endausbau befasst sich die Landkreisverwaltung derzeit mit der Organisation eines Planungswettbewerbs, der über Architekten- bzw. Entwurfsauswahl entscheidet soll.

Voraussichtlich bereits Anfang März soll in den Kreisgremien darüber sowie auch über die notwendige Wettbewerbsbegleitung entschieden werden. Im Anschluss daran erarbeitet die Verwaltung in Abstimmung mit der Gemeinde Haar die Wettbewerbsunterlagen. Der Wettbewerb soll ein planerisches Gesamtkonzept für die Ausgestaltung des Schulcampus in zwei Bauabschnitten umfassen und die verkehrliche Erschließung sowie notwendige Schallschutzmaßnahmen berücksichtigen. Der Wettbewerb soll im Herbst 2018 abgeschlossen und ein Planungsteam beauftragt werden.

Parallel dazu hat der Gemeinderat in Haar die Gemeindeverwaltung beauftragt, die notwendige Flächennutzungsplanänderung vorzubereiten. Im Anschluss an den Planungswettbewerb soll dann das Bebauungsplanverfahren erfolgen.

Sämtliche Flächen des Schulcampus, die auch die Realschüler später mit benutzen werden, wie insbesondere Freiflächen, Sportflächen und Mensa, sollen bereits im Zuge der Erstellung von Fachoberschule und Pflegeschule mit berücksichtigt werden. Dieser erste Bauabschnitt inklusive der dafür benötigten Grundstücksflächen für Schulen, Sportflächen und Erschließung wird zu 100 Prozent vom Landkreis finanziert. Entsprechende Beschlüsse hatte der Kreistag bereits einstimmig gefasst.

Der Schulbetrieb der FOS mit den Ausbildungsrichtungen Wirtschaft/Verwaltung, Sozialwesen und voraussichtlich auch Gesundheit sowie der Pflegeschule soll bereits zum Schuljahr 2018/2019 in einem Bestandsgebäude in Haar aufgenommen werden und bis zum Umzug in die neuen Gebäude dort weiter aufgebaut werden. □

IFAT 2018 in München:

Vom Brunnenbau bis zur Phosphorrückgewinnung

Aus den ersten Aussteller-Ankündigungen beim IFAT Mediendialog zeichnet sich schon jetzt ab: Die IFAT 2018 wird alle Aspekte der modernen Wasser- und Abwasserwirtschaft abbilden. Die Weltleitmesse für Wasser, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft findet vom 14. bis 18. Mai dieses Jahres auf dem um zwei weitere Hallen erweiterten Münchner Messegelände statt, die jetzt bereits vollständig belegt sind.

Wassergewinnung und Brunnenbau

Sieben marktführende deutsche Unternehmen aus dem Brunnenbau stellen sich erstmals gemeinsam auf der IFAT der Fachöffentlichkeit vor. Das organisatorische Dach des Gemeinschaftsstands „Water from Wells“ bildet die Fachgruppe Wassergewinnung der Bundesvereinigung der Firmen im Gas- und Wasserfach e.V. (figawa). Beim gemeinsamen Messeauftritt werden aktuelle Lösungen, Technologien und Dienstleistungen präsentiert, darunter die Themen Hochwasserschutz bei und Hochwassermanagement mit Brunnenbauten, Sanierung und Ersatz von in die Jahre gekommenen Brunnen sowie die fachgerechte und sichere Realisierung von Brunnen mit immer größeren Durchmessern.

Selbstverständlich finden sich die Trendthemen Digitalisierung und Automatisierung auf der IFAT wieder. „Wasser 4.0“ verspricht eine bessere Ressourcenschonung, größere Flexibilität, höhere Effizienz, gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit und mehr Versorgungssicherheit für die Wasserwirtschaft. Beispielsweise können Unternehmen und Kommunen mit einem „Digitalen Zwilling“ Anlagen und Prozesse planen, simulieren und optimieren. Dies zeigt Siemens anhand eines zentralen Exponats mit dem Titel „From Integrated Engineering to Integrated Operation“. Es verdeutlicht die

Möglichkeiten der Datenintegration über den gesamten Anlagenlebenszyklus: von der Engineering-Softwarelösung Comos über das Prozessleitsystem Simatic PCS 7 bis hin zur Simulations-Software Simit sowie der Einbindung von Unterstationen auf Basis des Programms Totaly Integrated Automation (TIA) Portal.

Digitales Betriebsmanagement für Trinkwasser- und Kläranlagen

Beim neuen, mobilen Betriebsmanagementsystem Pramos, das der Anlagenbauer PWT Wasser- und Abwassertechnik auf der IFAT vorstellt, muss jeder Wert nur einmal eingegeben werden und ist dann für alle Beteiligten jederzeit verfügbar – das Führen von Handzetteln und eine nachträgliche Datenerfassung gehören damit auf Trinkwasser- und Kläranlagen der Vergangenheit an. Pluspunkt: Das markenunabhängige System funktioniert auch, wenn nicht in jeder Ecke der Anlage Internet-Verbindung besteht. Dafür werden die Daten auf das Mobilgerät – Smartphone, Tablet oder Datenbrille – übertragen, das autonom damit arbeitet, bis es wieder Empfang hat und die Datenbestände mit dem Hauptsystem abgleichen kann.

Die Digitalisierung zieht sich weiter durch das Ausstellungsportfolio der IFAT 2018: Als weltweit einzigartig bezeichnet der Maschinenbauer Huber

SE sein neues System der Störstofferkennung für Rechenanlagen. „Huber Safety Vision“ erfasst mittels High-Tech-Sensoren kontinuierlich die Form und Größe von Grobstoffen, die von der Rechenhake transportiert werden. Sobald das System erkennt, dass unzulässige Grobstoffe vorhanden sind, wird der Rechen gestoppt und eine Warnmeldung an den Betreiber gesendet. Dies hilft, eine Blockade oder Beschädigung des Rechen oder der nachgeschalteten Aggregate zu verhindern.

Ultrafiltrationstechnologie

Die Inge GmbH ist ein weltweit führender Anbieter für Ultrafiltrationstechnologie. Pünktlich zur IFAT 2018 bringt das Unternehmen seine bislang als PC-Version bekannte Projektierungssoftware iSD auch als mobil nutzbare App heraus. Die Software bietet nach Firmenanfrage zusätzlich völlig neue prozess-technische Optionen. So können mit der Online-Version und der App jetzt auch komplexe Szenarien simuliert werden, wie beispielsweise das Zusammenspiel mehrerer Ultrafiltrations-Racks. Dies empfiehlt iSD besonders für die Planung und Auslegung von Großprojekten, zum Beispiel zur Meerwasserentsalzung.

Analoge Messeneuheiten

Neben Lösungen aus Bits und Bytes wird es auf der Messe auch viele analoge Neuerungen geben. So zeigt Mall, der Spezialist für den Bau von Kleinkläranlagen, Abscheidern und Anlagen zur Regenwassernutzung, die neue Kleinkläranlage SanoLoop. Sie arbeitet mit dem One Chamber Reactor-(OCR)-Verfahren,

einer Weiterentwicklung des bekannten Sequencing Batch Reactor-(SBR)-Verfahrens. In einem 24-stündigen Prozess reinigt die Anlage die Abwässer ohne Vorbehandlung und vollständig aerob. Sie kommt dabei ohne untergetauchte elektrische Teile aus und ist ohne Trennwände und mit wenigen Einbauteilen auf Robustheit ausgelegt. Nach Herstellerangaben werden unangenehme Gerüche, Korrosion und Faulschlamm zuverlässig vermieden.

Kanalreinigung und -sanierung

Aus der langjährigen Erfahrung der Mauerspecht GmbH, einem Spezialdienstleister in der Kanalreinigung und -sanierung, ging der Hochdruck-Wasserstrahl-Roboter bruNO 1.0 hervor, der unter der Marke DrainJet Robotics verkauft wird. Mit einem Arbeitsdruck von bis zu 1.500 bar und einem Wasserverbrauch von maximal 26 Litern pro Minute entfernt das System nicht nur Kalk, Inkrustationen, Wurzeln und verschlissene Inliner von den Kanalinnenwänden, sondern bei Bedarf auch Bitumen, Fette, Beton und andere Fremdkörper – so der Hersteller. Eingesetzt werden kann es in Rohren ab DN 150 bis hin zu begehbaren Kanälen.

Der Maschinenbauer Flottweg ist spezialisiert auf das Trennen und Konzentrieren von Flüssigkeits-Feststoff-Gemischen, zum Beispiel bei der zentrifugalen Entwässerung von Klärschlamm. Im Mai 2018 legt das Unternehmen nach: Die Zentrifugen der brandneue Xelletor-Baureihe ermöglichen nach eigenen Angaben deutlich mehr Entwässerungsleistung – und das bei einem reduzierten Verbrauch an dem zur Flockung eingesetzten Polymer und an Energie.

Das kanadische Unternehmen Ostara nimmt Anlagen zur Rückgewinnung von Phosphor und Stickstoff in Betrieb – in den USA, Kanada, Großbritannien, Spanien und den Niederlanden. Mit dem IFAT-Auftritt sollen weitere Ländermärkte für das ressourcenschonende Verfahren gewonnen werden, das sich nach Herstellerangaben leicht in Kläranlagen mit biologischer Phosphor-Elimination integrieren lässt.

Am Ende des „Wasstrip- und Pearl-Prozesses“ steht ein marktfähiger, granulierter, hochwertiger Dünger mit den Hauptkomponenten Phosphor, Stickstoff und Magnesium in garantierter Zusammensetzung. Ostara kauft den Kläranlagenbetreibern das produzierte „Crystal Green“ vollständig ab und kümmert sich um dessen Vermarktung in Landwirtschaft und Gartenbau. □

Neue Ergebnisse zu Mikroplastik in Flüssen

Gemeinsamer Forschungsbericht von fünf Bundesländern veröffentlicht

Das Thema Mikroplastik in Gewässern wird aktuell viel diskutiert. Eine umfassende Datengrundlage zur Verbreitung von Mikroplastik in unseren Gewässern fehlt jedoch bislang. Die Ergebnisse einer umfassenden Pilotstudie in insgesamt fünf Bundesländern geben zum ersten Mal einen Überblick über das Vorkommen von Mikroplastikpartikeln in verschiedensten Regionen: vom Alpenvorland bis zum Niederrhein, vom Kleingewässer bis zu Deutschlands größtem Fluss.

Die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz haben oberflächennahe Wasserproben an 25 Flüssen im Einzugsgebiet von Rhein und Donau auf Mikroplastik analysieren lassen und in jedem einzelnen Gewässer unterschiedliche Konzentrationen von Mikroplastik nachgewiesen. Insgesamt 52 Proben wurden vom Projektpartner, dem Lehrstuhl für Tierökologie an der Universität Bayreuth, mit Hilfe der FTIR-Spektroskopie untersucht. Die nun vorliegenden Analyseergebnisse bilden einen der weltweit größten, methodisch einheitlich gewonnenen Datensätze zum Vorkommen von Plastikpartikeln in Flüssen.

Mehr als 19.000 Objekte analysiert

Insgesamt mehr als 19.000 Objekte wurden analysiert, 4.335 davon als Kunststoffpartikel identifiziert. Der Anteil größerer Kunststoffobjekte (Mikroplastik) war sehr gering. Rund 99 Prozent der Kunststoffpartikel waren kleiner als 5 Millimeter und damit Mikroplastik zuzuordnen. Auffallend war, dass sehr kleine Mikroplastikpartikel mit einer Größe zwischen 0,3 Millimeter bis 0,02 Millimeter mit rund 62 Prozent am häufigsten vertreten waren.

Die Partikel bestanden zu meist aus den Kunststoffsorten Polyethylen oder Polypropylen, welche die höchsten Marktanteile vor allem für Verpackungen und die meisten Bedarfsgegenstände aus Kunststoff in Europa haben.

Hauptsächlich handelte es sich um Kunststofffragmente, unregelmäßig geformte Partikel, die von größeren Kunststoffobjekten stammen können. Zudem wurden an einem großen Teil der Messstellen auch Plastikfasern gefunden. Andere Partikelformen wie Folienreste, sogenannte Beads (Kügelchen) und Pellets wurden seltener nachgewiesen.

Dabei variiert die Anzahl der Partikel zwischen den einzelnen Messstellen. Höhere Partikelkonzentrationen wurden vor

allem in kleineren und mittleren Nebengewässern gemessen. Im größten untersuchten Gewässer, dem Rhein, wurden eher niedrige bis mittlere Konzentrationen gefunden, was vor allem damit zu tun hat, dass durch das größere Wasservolumen eine stärkere Vermischung und damit Abnahme der Partikelkonzentration folgte.

Weiteres Vorhaben

Insgesamt liegen die aktuellen Ergebnisse der Länder in der gleichen Größenordnung wie Befunde aus vergleichbaren europäischen und nordamerikanischen Gewässern. In einem nächsten Forschungsvorhaben wird nun das Mikroplastik in den Sedimenten und in verschiedenen Wassertiefen der untersuchten Flüsse analysiert.

Monitoringprogramme weiter optimieren

Die Forschung zu Mikroplastik in der Umwelt und den möglichen Folgen steht noch am Anfang, gewinnt aber zunehmend an Bedeutung. Ziel der Forschungen derzeit ist, die Wissensbasis ständig zu verbreitern, um gezielter Probenahme- und Analyseverfahren zu entwickeln und zukünftige Monitoringprogramme weiter zu optimieren.

Fragen zu möglichen Eintragspfaden, Auswirkungen auf die Umwelt und Minderungsmöglichkeiten werden derzeit unter anderem im Rahmen eines vom Bundesforschungsministeriums (BMBF) geförderten Forschungsschwerpunktes „Plastik in der Umwelt“ bis 2021 untersucht. Erforscht werden hier vor allem Vermeidungsstrategien, um einen Eintrag von Plastikabfällen in die Umwelt zu vermindern und wenn technisch möglich komplett zu vermeiden.

Der Forschungsbericht „Mikroplastik in Binnengewässern Süd- und Westdeutschlands“ kann im Internet heruntergeladen werden unter https://www.lfu.bayern.de/analytik_stoffe/mikroplastik/laenderbericht/index.htm. □

DWA-Positionen:

WRRL auf dem Prüfstand

Die Wasserrahmenrichtlinie, kurz WRRL, gibt in Europa die zentralen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Wasserpolitik vor und prägt maßgeblich das europäische und nationale Wasserrecht. Spätestens im Jahr 2019 hat die Kommission die WRRL zu überprüfen und gegebenenfalls erforderliche Änderungen vorzuschlagen. Vor diesem Hintergrund hat die DWA eine gründliche Bewertung der Richtlinie vorgenommen.

Grundsätzlich setzt sich die Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall für eine Beibehaltung und Fortentwicklung der WRRL ein, weist aber in ihrem Positionspapier ebenso darauf hin, dass auch dort, wo die Umsetzung der WRRL – wie in Deutschland – ambitioniert erfolgt, „mit hoher Wahrscheinlichkeit der gute Gewässerzustand flächendeckend bis 2027 nicht zu erreichen ist“.

Um für die wasserwirtschaftlichen Akteure – auch mit Blick auf den nächsten Bewirtschaftungszyklus – Planungssicherheit zu schaffen, sollte die Europäische Kommission aus Sicht der DWA den Review-Prozess schneller vorantreiben und dessen Ergebnisse zeitnah umsetzen. Oberstes Ziel der WRRL müsse es bleiben, den guten Zustand aller Gewässer zu erreichen. Dies könne jedoch nur schrittweise gelingen.

Konkret schlägt die DWA vor, als Instrumente konzeptioneller Gewässerentwicklung Bewirtschaftungsplan und Maßnahmenprogramm zu stärken. Darüber hinaus sollte die grundsätzliche Bindungswirkung der Bewirtschaftungsplanung für den behördlichen Vollzug gestärkt werden. Im Rahmen des Review-Prozesses sei zu prüfen, ob

es hier zumindest einer Klarstellung bedarf. Sollte diese auf europäischer Ebene nicht erreichbar sein, sei hierfür auf nationaler Ebene zu sorgen. Dies würde die Vollzugsbehörden erheblich entlasten und Zulassungsverfahren erleichtern.

Umweltqualitätsnormen im Fokus

Die WRRL unterscheidet in Artikel 2 zwischen einem ökologischen Zustand, der auf die Qualität von Struktur und Funktionsfähigkeit aquatischer, in Verbindung mit Oberflächengewässern stehender Ökosysteme abhebt, und einem chemischen Zustand, der die stoffliche Beschaffenheit eines Oberflächengewässers beschreibt.

In Anhang V der WRRL, der u.a. die Qualitätskomponenten für die Einstufung des ökologischen Zustands festlegt, wird diese Systematik allerdings verlassen. Dieser Abschnitt ist aus DWA-Sicht dahingehend zu ändern, dass künftig sämtliche Umweltqualitätsnormen für die Beurteilung des chemischen Zustands eines Oberflächengewässers herangezogen werden und nicht wie bisher nur die Vorgaben zu den prioritären und prioritär gefährlichen Stoffen. DK

Gütesicherung fordern, Maßstäbe setzen

GÜTEZEICHEN RAL

KANALBAU

Auftraggeber und Auftragnehmer gemeinsam für Qualität

Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961

www.kanalbau.com

Neuerungen in der Wasserwirtschaft:

Wilo Wassertage am Adlersberg 4.0

Aktuelle Möglichkeiten und Perspektiven nachhaltiger Wasserversorgung und Abwasserreinigung zeigten Experten aus Wasser- und Abwasserwirtschaft sowie aus Forschung und Umweltpolitik im Rahmen der WIL0 Wassertage, einem zweitägigen Fachsymposium am Adlersberg in der Nähe von Regensburg. Auf dem Programm standen u.a. geeignete Strategien zur Steigerung der Energieeffizienz und Anlagenoptimierung wie auch Hinweise zu Anlagenplanung und -auslegung. Ein Schwerpunkt im Abwasserbereich waren dieses Jahr die Feuchttücher im Abwasser.

Die Organisation führte die WIL0 SE, Werk Hof gemeinsam mit dem WIL0 EMU Anlagenbau durch. WIL0 SE ist einer der weltweit führenden Premiumanbieter von Pumpen und Pumpensystemen für die Gebäudetechnik, die Wasserwirtschaft und die Industrie.

Geht es nach den Vorstellungen des Vorstandsvorsitzenden der REWAG AG & Co. KG, Olaf Hermes, muss die Trinkwasserverfügbarkeit auch in Zukunft das Zieldreieck Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit erfüllen. Dabei gelte es, die Chancen der heutigen Verfügbarkeit zu nutzen und die dezentrale Erzeugung intelligent zu vernetzen.

Hohe Trinkwasserqualität

Mit Blick auf die Regensburger Wassergewinnungsanlagen Sallern und Oberer Wöhrd mit durchschnittlich 28.000 Kubikmetern Trinkwasser pro Tag, verwies Hermes darauf, dass 80 Prozent des Trinkwassers aus Sallern und 20 Prozent von der Anlage am Oberen Wöhrd kommen. Zwölf Hochbehälter mit einem Speichervolumen von 36.700 Kubikmetern sorgen dafür, dass Tag und Nacht ausreichend Trinkwasser zur Verfügung steht. Auch einem Jahrhunderthochwasser halten die Wassergewinnungsanlagen der REWAG stand.

Die aktuelle Studie Wasserversorgungsbilanz Oberpfalz bescheinigt der REWAG laut Hermes eine hohe Trinkwasserqualität und Versorgungssicherheit im Normalbetrieb. Trotzdem würden weitere tragende Säulen zur Stützung der Versorgungssicherheit erarbeitet. Potenzial für die Region sieht der Vorstandsvorsitzende darin,

durch die Vernetzung aller Daten die Trinkwasserverfügbarkeit auch morgen bestens zur Verfügung zu stellen. Die Wasserversorgungsbilanz der Regierung der Oberpfalz mit der Entwicklungsprognose bis 2025 unterstreiche diesen Ansatz.

Über den Einsatz von Sperrohren bei Trinkwasserbrunnen informierte Dr. Werner Knorr (Ingenieurbüro Dr. Knorr GmbH). Für Tiefbrunnen, die mehrere oder durch Deckschichten geschützte Grundwasserstockwerke erschließen, seien besondere Anforderungen hinsichtlich der Oberwasserabdichtung zu stellen. Während dies in Norddeutschland bevorzugt durch eine Abdichtung zwischen Bohrlochwand und Ausbau erfolgt, sei im süddeutschen Raum der Einsatz von Sperrohren vorgeschrieben, so Knorr.

Langfristige Kompensation der Baukosten

Sperrohre gewährten dem Grundwassersystem einen nachhaltigen Schutz und böten technische Vorteile, die die zunächst höheren Baukosten langfristig kompensieren. Bei der Erstellung sei auf einen hohen technischen Standard zu achten, der in der Vergangenheit freilich nicht immer eingehalten worden sei. Insbesondere bei älteren Tiefbrunnen werden Knorr zufolge zunehmend defekte Sperrohre beobachtet, die aufwendig saniert werden müssen. Dies sei mit hohen Kosten verbunden.

Moderator Mario Hübner, Manager System Engineering WIL0 SE, berichtete seinerseits über „Die Energieeffiziente Wasserförderung mit nass- und trocken aufgestellten Pumpagregaten“. Nach Hübners Ansicht ist es eine der zukünftigen

Herausforderungen der Wasserwirtschaft, Versorgungs- und Entsorgungsprozesse energetisch zu optimieren oder neue energieeffiziente Systeme aufzubauen.

Hübners Ausführungen zufolge werden Unterwassermotorpumpen mit hohen Wirkungsgraden (eingebaut im Druckmantel für Trockenaufstellung) wieder energieeffizienter und interessanter. Aber auch Normmotoren mit Kreiselpumpen finden Beachtung. Über ein Wirtschaftlichkeitsprogramm verdeutlichte der Manager die Möglichkeiten der Einsparung von Kosten und die Amortisationszeit neuer Aggregate für den Kunden.

Innovationsmotor der Zukunft

Die Digitalisierung hat laut Hübner einen starken Einfluss auf Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Zugleich sei sie Innovationsmotor der Zukunft, indem sie neue Geschäftsmodelle schafft und den Unternehmen ungeahnte Möglichkeiten eröffnet. Eine Studie zu diesem Thema ist die SmaDiWa – Smarte Digitalisierung in der Wasserwirtschaft, die aktuell an der Hochschule Hof läuft und von der wilofoundation unterstützt wird.

Am Tag zwei der Wilo Wassertage bezeichnete Univ.-Prof. Dr.-Ing. F. Wolfgang Günther die Abwasserbeseitigung als einen sehr wichtigen und wertvollen Teil der urbanen Infrastruktur, die zwei wichtige Funktionen innehat: die Sicherstellung von guten, hygienischen Zuständen und den Überflutungsschutz für Niederschlagswasser.

Hierzu müssten die Abwassersysteme dicht, leistungsfähig und vollständig sein. Das Gesamtsystem der Abwasserbeseitigung besteht, so Günther, aus vielen, verschiedenen Anlagen und Bauteilen und wird in der Regel für mehrere Jahrzehnte Nutzungsdauer ausgelegt. Darin liege die größte Herausforderung.

Einerseits unterliege das Sys-

tem vielen Einwirkungen und verändere dadurch seinen baulichen Zustand. Andererseits bewirkten Klimawandel und Demographie veränderte Randbedingungen, an die das System angepasst, verändert oder saniert werden muss. Bevölkerungsdruck in Ballungsräumen wie München, Nürnberg oder Regensburg und Bevölkerungsabnahme im Norden Bayerns erfordern von den Kanalnutzbetreibern aus Günther's Sicht weitblickende Anpassungsmaßnahmen, ebenso wie Starkregen und lange Trockenwetterperioden. Hinzu kämen neue Abwasser-schadstoffe, Chemikalien, Arzneimittel, u. a. sogenannte anthropogene Spurenstoffe, sowie Feuchttücher, die neue Behandlungsstufen erfordern können oder auch den Betrieb erschweren.

Schutzfunktionen erfüllen

Um hierauf vorbereitet zu sein, seien aktuelle Generalentwässerungspläne mit Regenwassermanagement, Überflutungsnachweisen, Schwefelwasserstoffbilanzierungen, Kanalzustandsbewertungen und hydraulischen Nachweisen erforderlich, die mit der Bauleitungsplanung und Baugenehmigung abgestimmt sind. Insgesamt müsse die Siedlungsentwässerung heute mehr denn je mit allen anderen Planungsträgern abgestimmt sein, um gemeinsam die wichtigen Schutzfunktionen erfüllen zu können.

Abwasserpumpen mögen keine Feuchttücher! Oder doch? Wenn es die richtigen sind! – So begann Mario Hübner (WIL0 SE) seinen Vortrag über das Drei-Säulen-Konzept im Abwasser. Die erste Säule stellt die verschiedensten Laufräder dar. Unter der zweiten Säule steht die Intelligenz von Maschinen. Neue Aggregate werden mit intelligenter Sensorik ausgerüstet, um elektronische Reinigungssequenzen nach gewissen Algorithmen zu fahren. Dadurch sollen Verstopfungen von Pumpen rechtzeitig erkannt werden.

Feuchttücher bereiten Probleme

In Bezug auf Verstopfungen bereiten Feuchttücher immer größere Probleme in der Wasserwirtschaft. Durch deren vermehrte Verwendung steigen die Wartungskosten in deutschen Pumpwerken aktuell um jährlich 8 % und werden in einigen Jahren auf über 600 Millionen Euro pro Jahr ansteigen. Wenn sich hier nichts ändert, müssen Hübner zufolge die Gebühren für den Endverbraucher angepasst werden. Man spricht von ca. 10 %.

Allerdings hat die Firma Fibres aus Kelheim eine Lösung: Feuchttücher, die sich von alleine in kürzester Zeit auflösen. Im WIL0 Werk in Hof wurde gemeinsam mit Kelheim Fibres eine Versuchsreihe über das Auflöseverhalten von normalen Feuchttüchern, den „neuen“ Feuchttüchern und handelsüblichem Toilettenpapier in den verschiedenen Laufrädern durchgeführt.

Horst Wörner, Kelheim Fibres GmbH, ging auf die verschiedenen Fasertypen und deren Eigenschaften ein. Dabei benannte er insbesondere die Vorteile der zersetzbaren Faser Viloft® im Bereich des feuchten Toilettenpapiers, ehe Mario Hübner aufzeigte, dass durch den Einsatz von innovativen zersetzbaren Feuchttüchern Wartungskosten von Pumpwerken um über 50 % reduziert werden. Dies würde bereits heute in den deutschlandweiten Abwasserverbänden fast 200 Millionen Euro pro Jahr einsparen. Somit könnten die Abwasserumlagen bundesweit um 4 % angepasst werden. **DK**



V. l.: ÖGD-Leiter Dr. Martin Küfer, Landrat Thorsten Freudenberger und Gerhard Wieser, Leiter des Fachbereichs „Wasserrecht und Bodenschutz“ im Landratsamt Neu-Ulm. Bild: Kerstin Weidner/Landratsamt Neu-Ulm

Landratsamt Neu-Ulm :

Informationen zum Weltwassertag

Sauberes Trinkwasser gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Gesundheit der Bevölkerung. Im Landkreis Neu-Ulm ist die Trinkwasserversorgung dank des Einsatzes der Kommunen und der Überwachung durch die Behörden in einem guten Zustand. Darauf weist das Landratsamt Neu-Ulm aus Anlass des Weltwassertages am 22. März hin.

„Alles ist aus dem Wasser entspringen! Alles wird durch das Wasser erhalten!“ So schreibt Goethe in „Faust II“. Entsprechend „ist das Trinkwasser die Basis unserer Lebensqualität“, erläutert Dr. Martin Küfer, der Leiter des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD). „Trinkwasser ist das wichtigste, das gesündeste und das am besten kontrollierte Lebensmittel.“

Das Trinkwasser im Landkreis wird aus Grundwasser gewonnen. Es ist ein kostbarer Schatz, mit dem wir reich gesegnet sind. „Der Landkreis hat so viel Grundwasser, dass von hier aus sogar an die Nachbarn in Ulm, im Alb-Donau-Kreis und im Landkreis Günzburg abgegeben werden kann“, stellt der Leiter des Fachbereichs „Wasserrecht und Bodenschutz“ im Landratsamt Neu-Ulm, Gerhard Wieser, heraus.

Die Trinkwasserversorgung gehört zu den Pflichtaufgaben der Kommunen. Die 17 kommunalen Wasserversorgungsunternehmen versorgen fast alle 171.000 Einwohner im Landkreis Neu-Ulm. Die Überwachung gliedert sich wie folgt: Der Grundwasserschutz und damit der Schutz des Rohstoffes Wasser liegen für den Landkreis Neu-Ulm im Zuständigkeitsgebiet des Wasserwirtschaftsamts Donauwörth sowie des Fachbereichs „Wasserrecht und Bodenschutz“ am Landratsamt Neu-Ulm. Das Trinkwasser selbst fällt in den Überwachungsbereich des ÖGD. Ab dem Brunnenkopf überwacht das frühere Gesundheitsamt die Wasserverteilung mit Hochbehälter und Ortsnetz bis zum Zapfhahn in der Hausinstallation.

Bayernweit wie auch im Landkreis Neu-Ulm erreicht die öffentliche Wasserversorgung 99 Prozent der Einwohner. Daneben kontrolliert der ÖGD noch 113 kleinere Wasserversorgungsanlagen an Brunnen für Gebäude ohne Anschluss an das öffentliche Trinkwassernetz. Zudem überwacht der ÖGD auch das Wasser in den acht EU-Badegewässern sowie in den neun Hallenbädern, vier Freibädern und zwei Bewegungsbädern.

Wichtig ist dabei, dass in regelmäßigen Abständen Trinkwasserproben im Labor untersucht werden. Die kommunalen Wasserversorgungsunternehmen melden pro Jahr circa 170 Pflicht-Untersuchungen an den ÖGD. Davon sind jeweils nur einige wenige Einzelwerte auffällig. Die Werte für Nitrat und Pflanzenschutzmittel liegen im Landkreis erfreulicherweise unterhalb der Grenzwerte.

Sind Trinkwasserwerte auffällig, so stellen Sofortmaßnahmen und Nachproben sicher, dass keine Gesundheitsgefährdung für die Verbraucher besteht. Ist das Wasser etwa mit coliformen Bakterien verunreinigt, müssen die Kommunen als Wasserversorger und der

ÖGD sofort reagieren. Am wichtigsten ist, dass die Kommune unverzüglich die Verbraucher informiert. Wasserwerkpersonal und ÖGD suchen dann sofort gemeinsam nach der Ursache.

Spülen und Desinfektion von Hochbehälter und Ortsnetz sind erste Schritte, etwa bei coliformen Bakterien, die meist erfolgreich sind. Wenn notwendig, müssen die Verbraucher das Wasser vorübergehend abkochen. Ganz selten wird eine fäkale Verunreinigung mit Escherichia coli nachgewiesen. Dann wird das Wasser gechlort, um die Keime zu vernichten. Nur im äußersten Notfall wäre abgepacktes Wasser zu verwenden.

Das Grundwasser muss in der Regel nicht aufbereitet werden. Erfüllt das Grundwasser die Anforderungen der Trinkwasserverordnung zeitweise nicht, ist eine Aufbereitung notwendig. Bakterien im Grundwasser können etwa direkt am Brunnenhaus durch Bestrahlung mit ultraviolettem Licht beseitigt werden. Durch eine geringe Zugabe von Chlor lassen sich ebenfalls Keime abtöten. Enthält das Grundwasser zu viel Eisen und Mangan, kann dies nach Zugabe von Sauerstoff im Brunnenhaus herausgefiltert werden.

Das Wasserversorgungsunternehmen ist dafür verantwortlich, dass das in die Hausinstallation abgegebene Wasser einwandfrei ist. Ab der Wasseruhr muss aber der Haus- und Wohnungsbesitzer gewährleisten, dass das Wasser dort einwandfrei bleibt. Dafür ist eine regelmäßige Wartung notwendig. Seit November 2011 sind dem ÖGD im Landkreis Neu-Ulm insgesamt 307 Hausinstallationen gemeldet worden, bei denen der technische Maßnahmenwert für Legionellen überschritten war und Sanierungsmaßnahmen notwendig waren.

Im Landkreis Neu-Ulm wird besonderes Augenmerk auf die Vernetzung von Wasserversorgungsanlagen gelegt. So ist im Jahr 2017 eine Notverbandsleitung zwischen Biberach (Gemeinde Roggenburg) und Biberachzell (Stadt Weißenhorn) verlegt worden. Ein Notverbund zwischen Weiler (Gemeinde Osterberg) und Kellmünz ist in Planung. Ein großes Bauprojekt wird die Wasserversorgung in Roggenburg, Biberach und Schießen mit einem gemeinsamen neuen Hochbehälter verbinden.

Das Fachpersonal der Wasserversorger sorgt dafür, dass Mängel gar nicht erst entstehen. Erfahrung vor Ort und ständige Weiterbildung gehören dazu, um alle Anlagen in einwandfreiem Zustand zu halten. So kommen etwa 40 Beteiligte zweimal im Jahr bei den Treffen der Wasserwerksnachbarschaft im Landkreis zusammen, tauschen sich aus und informieren sich über neue Entwicklungen. **□**

Frust nach Frost?

Nicht bei denjenigen, die richtig vorgesorgt haben!

Sibirische Temperaturen herrschten vor wenigen Wochen in weiten Teilen Deutschlands. Nach langanhaltenden Minusgraden stieg die Zahl der Wasserschäden in Immobilien sprunghaft an. Das zeigt die Statistik des Instituts für Schadenverhütung und Schadenforschung der öffentlichen Versicherer e.V. (IFS). Oft wartet die böse Überraschung bei der Rückkehr aus dem Urlaub oder der Ankunft im Ferienhaus: Aufgeplatzte Wasserleitungen, getrennte Rohrverbindungen, ruinierte Möbel. Und auch die Leitung zum Wasseranschluss im Garten friert selbst bei bewohnten Häusern ein, wenn sie nicht rechtzeitig vorsorglich geleert wurde.

„Frostwirkung kann einen enormen Druckanstieg in Trinkwasser- und Heizungsinstallationen verursachen“, erklärt IFS-Geschäftsführer Dr. Hans-Hermann Drews. „Bei Laborversuchen haben wir über 100 bar gemessen“. Zum Verständnis: Trinkwasserinstallationen sind in der Regel für einen maximalen Betriebsdruck von 10 bar ausgelegt.

Besonders gefährdet sind Häuser, die nicht genutzt und darum nicht ausreichend beheizt werden. Gibt es Eistage wie derzeit, an denen die Höchsttemperatur unter dem Gefrierpunkt bleibt, können schon wenige Tage Abwesenheit genügen und zu Hause frieren die Leitungen ein.

Frostgefährdete „Schwachstellen“ finden sich also in und an den meisten Immobilien – selbst wenn sie bewohnt und möglicherweise warm sind. Wer ein paar Re-

geln beachtet, kann Schäden in der kalten Jahreszeit vermeiden. „Wärmedämmung allein genügt nicht“, mahnt Drews. Es muss immer eine ausreichende Beheizung gewährleistet sein. Die Heizungsthermostate auf das Frostsymbol zu stellen, ist oftmals zu wenig. Damit ist zwar die Heizung selbst geschützt, aber nicht unbedingt die Trink- und Abwasserinstallation. Wird eine Immobilie längere Zeit nicht genutzt, dann sollten wasserführende Leitungen entleert werden.

Wann zahlt die Versicherung?

Im Schadenfall empfiehlt Claudia Scheerer, Pressesprecherin der Versicherungskammer Bayern, den Versicherer sofort zu informieren und Schäden auf Fotos zu dokumentieren. Schäden an beweglichen Gütern wie Einrich-

tung, Kleidung oder technischen Geräten ersetzt in der Regel die Hausratversicherung. Für Schäden am Gebäude und an fest damit verbundenen Gegenständen wie Heizungsanlagen oder Sanitärinstallationen kommt die Wohngebäudeversicherung auf. „Das gilt jedoch nur dann, wenn der Versicherte seinen vertraglichen Pflichten nachgekommen ist und es trotz getroffener Vorsorgemaßnahmen zum Schaden kam“, betont Scheerer und gibt einen Tipp. „Wenn die Temperaturen wieder über den Nullpunkt steigen, fallen viele Frostschäden an Rohrleitungen überhaupt erst auf und die Wasserschäden kommen zum Tragen.“ Der Wasserschaden kann also klein gehalten werden, wenn beim Auftauen die Wasserzuleitung abgesperrt und der Hahn der betroffenen Leitung geöffnet wird. Dazu möglichst gleich das Wasser auffangen und die Nässe aufnehmen.

Die Schadenforscher haben eine Checkliste zusammengestellt, mit der Hausbesitzer kostenlos prüfen können, ob ihre Immobilie für einen Winter ohne Wasserschaden gerüstet ist: Jetzt herunterladen unter <https://www.ifs-ev.org/wintercheck/> oder direkt auf der IFS-Internetseite den Wintercheck starten. **□**

Reibungsloses Arbeiten mit System

Kanalansanierung in Markt Schwaben mit HS®-Kanalrohren und neuartigem Seitenablauf

„Die Rohre haben mich positiv überrascht“, konstatiert Dipl.-Ing. (FH) Erich Nuber vom Münchener Ingenieurbüro Schlegel. Gemeint ist das HS®-Kanalrohrsystem der Funke Kunststoffe GmbH, das im Rahmen einer Kanalsanierung „Am Kupferschmiedberg“ im oberbayerischen Markt Schwaben von der STRABAG AG, Bereich Regensburg Rohrleitungsbau, im Auftrag der Marktgemeinde verlegt wird.

Neben rund 160 m Schmutzwasserrohren DN/OD 315 und rund 120 m Regenwasserrohren DN/OD 200 kommen HS®-Kontrollschächte DN/OD 800 bzw. DN/OD 600, ein HS®-Energieumwandelschacht DN/OD 800 sowie erstmalig auch die neuen Funke-Seitenabläufe inklusive INNOLET-System bei der Baustelle in dem zentrumsnahen Wohngebiet der 13.000 Einwohner zählenden Gemeinde zum Einsatz. Enge Straßenverhältnisse und der Schutz eines nahegelegenen Gewässers stellen die Bauteilfertigen vor Herausforderungen, die diese durch ihre langjährige Erfahrung, eine enge Abstimmung untereinander und nicht zuletzt durch den Einsatz innovativer Produktlösungen bewältigen.

Leichtere Handhabung durch geringes Gewicht

Nuber gibt zu, anfangs etwas skeptisch gewesen zu sein: „Ich konnte mir nicht vorstellen, dass die Kunststoffrohre und -schächte dermaßen stabil sind.“ Doch deren Qualität habe ihn schließlich überzeugt. Nicht mehr überzeugt werden mussten Dipl.-Ing. (FH)

Alfred Klein, Technischer Gruppenleiter der Gruppe Kanalbau beim Bereich Regensburg Rohrleitungsbau der STRABAG AG, und Uwe Müller, Leiter des Sachgebiets Tief- und Straßenbau des Marktes Markt Schwaben, da beide bereits auf zahlreichen anderen Baustellen positive Erfahrungen mit den HS®-Kanalrohren gesammelt haben. Klein: „Ich arbeite schon seit über 15 Jahren mit ihnen und kann mich an keinen gravierenden Gewährleistungsmangel erinnern.“

Auch Müller, der seit nunmehr 17 Jahren auf die HS®-Kanalrohre zurückgreift, kann sich nach eigener Aussage an keine bekannte Gewährleistungsmängel erinnern. Ein entscheidender Vorteil sei das im Vergleich zu vielen anderen Rohrmaterialien geringe Gewicht, das seinen Kollegen die Handhabung der Funke-Produkte auf der Baustelle Am Kupferschmiedberg deutlich erleichtert. „Mit dem gesamten System kann man einfach sehr gut arbeiten“, bringt es Klein auf den Punkt.

Am Kupferschmiedberg hatte 2014 eine Kanalinspektion erhebliche Schäden in Form von

Scherbenbildung und Wurzeleinwüchsen an dem Mischwasserkanal hervorgebracht. Ein Kanalabschnitt konnte aufgrund festgestellter Hindernisse erst gar nicht befahren werden. Eine Sanierung des alten, aus den 60er Jahren stammenden Kanals schied aus, da dieser in einer Böschung liegt, die inzwischen von großen Laubbäumen bewachsen ist. So entschied sich das Sachgebiet Tief- und Straßenbau des Marktes Markt Schwaben mit seinem Leiter Uwe Müller für die Neuverlegung der Schmutz- und Regenwasserkanäle in offener Bauweise im Bereich der Fahrbahn. Bei den Kanalrohren fiel die Wahl auf das äußerst langlebige HS®-Kanalrohrsystem 12 kN/m².

Lange Nutzungsdauer

Bedingt durch die ausgezeichneten Materialeigenschaften beträgt die durchschnittliche Nutzungsdauer der wurzeldichten Vollwandrohre laut Herstellerangaben bis zu 80 Jahre, was von der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser/LAWA bestätigt wird. Zum Einsatz kommen neben den zur besseren Unterscheidung braun gefärbten Schmutzwasserleitungen und den blau gefärbten Regenwasserleitungen ein Energieumwandelschacht, der die auftretenden hohen Fließgeschwindigkeiten des Wassers von bis zu 8 m/s an der

Straße mit einem Gefälle von bis zu 12 % wirkungsvoll abbaut.

Das geringe Gewicht und damit die einfache Handhabung und gute Verlegeeigenschaften sind nicht die einzigen Vorteile des HS®-Kanalrohrsystems, das in einer Grabtiefe von 0,5 bis 3 m auf einem Sand-Kiesauflager verlegt wird. Daneben hebt Klein die Möglichkeit hervor, Längen Anpassungen einfach vornehmen zu können, was unter anderem beim Bauen in Bestand ein wichtiger Aspekt sei. „Wir haben zudem nahezu keinen Verschnitt mehr“, so Klein. Zur Verbindung der Rohre dient unter anderem die HS®-VARIOmuffe. „Sie verfügt über eine integrierte Kugel, die dafür sorgt, dass die angeschlossenen Rohrverbindungen im Bereich von 0° bis 11° schwenkbar sind“, erläutert Funke-Fachberater Maximilian Mißlinger. So sei ein spannungsfreier Einbau möglich.

An den Übergängen zu alten Rohren unterschiedlicher Materialien kommen VPC®-Rohrkuppungen von Funke zum Einsatz, mit denen sich die unterschiedlichen Werkstoffe selbst bei stark abweichenden Außendurchmessern sicher miteinander verbinden lassen. Dafür sorgen eine reduzierbare Dichtmanschette aus hochwiderstandsfähigem Elastomergummi, ein zentrisch reduzierbarer Fixierkorb aus Kunststoff und zwei Edelstahlbänder zur Krafteinleitung für eine beidseitige, separate und stufenlose Durchmesseranpassung.

Geringere Abnutzung des neuartigen Seitenablaufs

Darüber hinaus hat sich der Bauherr, der Markt Markt Schwaben, aufgrund der engen Straßenverhältnisse für den Einbau von Funke-Seitenabläufen inklusive des INNOLET-Systems entschieden. „Wir wollen die Abläufe nicht den hohen Belastungen etwa durch Müllfahrzeuge aussetzen, die in der engen Straße nicht ausweichen können. Daher verlagern wir die Abläufe von der Straße weg in den Gehweg“, erklärt Uwe Müller, Sachgebietsleiter Tief- und Straßenbau in Markt Schwaben. Darüber hinaus seien künftige Straßenarbeiten wie zum Beispiel Asphaltierungen einfacher, da der Straßenablauf außerhalb der Fahrbahn angeordnet ist.

Der Seitenablauf, der besonders auch bei geringen Kanaltiefen geeignet ist und dessen Belastungskategorie B 125 für alle anfallenden Lastvarianten ausreicht, nimmt das anfallende Oberflächenwasser von der Straße Am Kupferschmiedberg auf und leitet es über die Kanalisation ab. Hierzu verfügt der Gussaufsatz auf dem korrosionsbeständigen 800 mm hohen Kunststoffunterteil aus PVC-U über einen seitlichen Zulauf mit einem Einlaufquerschnitt von 482 cm², der von zwei senkrechten Streben als Kinder- und Kleintierschutz unterbrochen ist. „Herabfallende Blätter verstopfen den Seitenablauf aufgrund seiner speziellen Bauart nicht so, wie das bei Gussabdeckungen von herkömmlichen Straßenabläufen bei hohem Baumbestand der Fall ist“, so Mißlinger.

Hausaufgaben erledigen

Die technische Betriebsführung ist bis zum Jahresende 2020 befristet. Bis zu diesem Zeitpunkt muss Mittelneufnach seine „Hausaufgaben“ erledigen und das eigene Wasserleitungsnetz ertüchtigen – eine Grundvoraussetzung für die beantragte Vollmitgliedschaft. Während der Dauer der Betriebsführung ist der Verband befugt, sich einen kompletten Einblick in die gesamte Wasserversorgung zu verschaffen und unmittelbar Einfluss auf alle erforderlichen Maßnahmen zu nehmen.

Die rund 50.000 Kubikmeter Trinkwasser, die der Ort Mittelneufnach im Jahr an seinen 320 Abnahmestellen benötigt, kann der Zweckverband verkraften. Obwohl das genehmigte Förder-

in Markt Schwaben ist der Seitenablauf mit einem INNOLET-Filter gekoppelt, der für eine Anschlussfläche von rund 400 qm geeignet ist. „So kann belastetes Wasser zum Beispiel erst gar nicht in den Teich gelangen“, sagt Müller und zeigt dabei auf den nur rund 50 m entfernten Teich, der in Markt Schwaben regelmäßig als Kulisse für Aufführungen genutzt wird.

„Das patentierte INNOLET-System besteht aus einem Einsatz, einem Grobfilter und einer mit Substrat gefüllten Filterpatrone“, erläutert Mißlinger den Aufbau. Das mit Feststoffen angereicherte Niederschlagswasser fließt in den mit INNOLET ausgerüsteten Straßenablauf. Das dort dezentral gereinigte Wasser kann dann über den unten angebrachten Ablauf in den Kanal gelangen. □

Öffentliche Wasserwirtschaft:

Im Spannungsfeld zwischen Ökonomisierung und Gemeinwohl?

Am 10. April findet im Kongress am Park Augsburg eine Informations- und Diskussionsveranstaltung statt, die sich mit der Frage „Öffentliche Wasserwirtschaft - Im Spannungsfeld zwischen Ökonomisierung und Gemeinwohl?“ befasst.

Die Menschheit hat mit der Ressource Süßwasser als Basis der Trinkwasserversorgung bereits heute in vielen Regionen der Welt ein Knappheitsproblem und erst recht mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser. So kommen in den letzten Jahrzehnten immer mehr Diskussionen auf, wie dieses Knappheitsproblem mit wirtschaftlich orientiertem Handeln gelöst werden kann.

An der Informations- und Diskussionsveranstaltung nehmen teil: Dr. Jochen Stemplewski, Präsident der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V. (AöW), Dr. Kurt Gribl, Oberbürgermeister der Stadt Augsburg, Prof. Dr. Michael Braungart, Leuphana Universität Lüneburg und Geschäftsführer der EPEA Internationale Umweltforschung GmbH, Prof. Dr. Beate Jessel, Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz, Prof. Dr. Martin Grambow, TU München und Abteilungsleiter Bayerisches Umweltministerium und Dr. Juliane Thimet, Stellvertreterin des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds des Bayerischen Gemeindetags.

Weitere Informationen und Anmeldung unter:

Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e.V., www.aoww.de □

VKU-Statement zu multiresistenten Keimen im Wasser

Der Bundestag hat sich kürzlich mit einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu multiresistenten Keimen im Wasser befasst. Dazu erklärt der Verband kommunaler Unternehmen (VKU), der die kommunale Wasserwirtschaft vertritt: „Multiresistente Keime finden sich zunehmend in unserer Umwelt und damit auch in Gewässern. Ihre Einbringung und Ausbreitung erfolgt auf unterschiedlichen Wegen. Aus Sicht der Fachexperten von Bund und Ländern ist ein individuelles gesundheitliches Risiko durch multiresistente Erreger beim Baden in Gewässern nur in seltenen Ausnahmefällen denkbar. Um die weitere Verbreitung solcher Keime einzuschränken, muss bei der Anwendung von Antibiotika in der Human- und Tiermedizin angesetzt und die Verschreibungspraxis auf den Prüfstand gestellt werden. Zudem sollten Abwässer von Krankenhäusern, Altenheimen und Arztpraxen separiert behandelt werden.“

Wir stehen bei diesem Problem und den Lösungswegen am Anfang. Kommunale Abwasserentsorger beteiligen sich deshalb von Beginn an als Partner

am bundesweiten Forschungsprojekt „HyReKA“. Das Projekt, das seit 2016 existiert, soll nähere Erkenntnisse über das Auftreten von multiresistenten Keimen, über den Weg, wie sie in die Umwelt gelangen, (zum Beispiel aus Krankenhäusern, Tierhaltung) und über die Möglichkeiten ihrer Beseitigung gewinnen. Die Forschungsergebnisse fließen ein in die Umsetzung der Deutschen Antibiotika-Resistenzstrategie (DART 2020). Diese wurde 2015 von der Bundesregierung verabschiedet und bündelt die erforderlichen Maßnahmen, um Antibiotika-Resistenzen zu reduzieren.

Für uns steht fest: Der Schutz unserer Gewässer ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Damit Keime möglichst frühzeitig reduziert werden, muss das Verantwortungsbewusstsein bei allen Beteiligten nachhaltig geschaffen oder gestärkt werden: bei den Verantwortlichen im Gesundheitssystem, Behörden, Medien, Politik und auch bei den Verbrauchern. Dabei muss die bewährte Regel gelten: Vorsorge ist besser – und auch kostengünstiger – als Nachsorge.“ □

Zweckverband Stauden-Wasserversorgung

Auch in Mittelneufnach fließt künftig Staudenwasser

Antrag auf Vollmitgliedschaft wurde gestellt

Mittelneufnach/Reichertshofen. Schritt für Schritt übernimmt der Zweckverband Stauden-Wasserversorgung bis zum Jahr 2021 die bislang noch eigenständige Wasserversorgung der Gemeinde Mittelneufnach. Nach der Übernahme der technischen Betriebsführung zum 1. Oktober 2018 ist die Vollversorgung mit Staudenwasser für den 1. Januar 2019 geplant. Der Kernort Mittelneufnach ist bisher noch ein weißer Fleck auf der Versorgungskarte des Zweckverbandes. Der Ortsteil Reichertshofen hingegen, der auch die Zentrale mit Wasserwerk, Bauhof und Verwaltung beherbergt, war vor 50 Jahren als damals noch selbständige Gemeinde einer der sieben Gründungsväter des Staudenwasserverbandes.

Vor die Entscheidung gestellt, die eigene, in die Jahre gekommene Wasserversorgungsanlage von Grund auf zu ertüchtigen, oder den Anschluss an den Staudenwasser-Zweckverband zu suchen, entschied sich der Gemeinderat im Herbst 2017 einstimmig dafür, im Reichertshofener Wasserwerk einen Antrag auf Vollmitgliedschaft zu stellen. Ein Notverbund, der bei kurzfristigen Engpässen, Reparaturen oder kleineren Störungen immer wieder in Anspruch genommen wird, besteht bereits seit 1997. Auch personelle Unterstützung im Nachbarort leisteten die Wassermänner aus Reichertshofen bei Bedarf schon bisher – auf dem kleinen

Dienstweg und gegen Kostenersatz. Jetzt wird die Zusammenarbeit auf ein neues, zukunftsweisendes Fundament gestellt.

Die Ertüchtigung des Brunnenhauses, die Ausstattung mit neuer Technik und der Neubau des Hochbehälters in Mittelneufnach hätte nach der Kostenschätzung eines Fachbüros rund 1,3 Millionen Euro verschlungen. In dieser Kalkulation ist auch der Einbau einer Aufbereitungsanlage enthalten. Deutlich günstiger, so Staudenwasser-Werkleiter Armin Drexl kürzlich im Gemeinderat, komme der Ausbau der Notverbandsleitung und der Bau eines neuen Übergabeschachtes an der Schnittstelle zwischen Reicherts-

hofen und Mittelneufnach. Dafür müsse „nur“ mit rund 600.000 Euro kalkuliert werden. Die eigenen Brunnen und der Hochbehälter werden dann still gelegt, Staudenwasser wird in das Mittelneufnacher Leitungsnetz eingespeist.

Neben dem finanziellen Aspekt gibt es noch ein weiteres Kriterium, das die Mittelneufnacher Räte dazu bewogen hat, beim Zweckverband offiziell einen Antrag auf Vollmitgliedschaft zu stellen: der Bauhof-Mitarbeiter der Gemeinde, der auch als Wasserwart tätig ist, geht im Herbst in den Ruhestand. Eine Nachbesetzung einschließlich einer fachlichen Qualifizierung des Nachfolgers wäre unumgänglich geworden, zumal die Betreuung der Mittelneufnacher Wasserversorgung vom 2017 gestarteten gemeinsamen Bauhof der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Stauden ausdrücklich ausgenommen ist. Diese Lücke füllen jetzt nahtlos die Mitarbeiter des Staudenwasser-Bauhofes.



Willkommen im Club: Vorsitzender Josef Böck (links) und Werkleiter Armin Drexl begrüßen die Gemeinde Mittelneufnach und ihre Bürgermeisterin Cornelia Thümmel im Zweckverband Stauden-Wasserversorgung. Bild: Walter Kleber



Spezialangebot

Eine Woche inklusive Halbpension ab 370 EUR pro Person im Doppelzimmer. Wir bieten neun Doppelzimmer mit allem Komfort, Bad/Dusche, Telefon, TV, Minibar sowie organisierte Ausflüge mit Kleinbus. Kinder bis fünf Jahre 30 EUR pro Tag, ab sechs Jahren 40 EUR pro Tag. Weitere Informationen: Casa Mazzoni Tel.: +39 05 64 56 74 88 • E-Mail: info@casamazzoni.it • www.casamazzoni.it Wir sprechen Deutsch!



Motor der unterfränkischen Kulturlandschaft

Bezirkstag verabschiedet Stiftungs-Haushalt – 8,55 Millionen Euro Fördergelder

Würzburg. (mm) Dass sich mit soliden Anlagestrategien auch in schwierigen Zeiten solide Erträge erwirtschaften lassen, hat jetzt erneut der Bezirk Unterfranken mit seiner unterfränkischen Kulturstiftung bewiesen. Rund 8,55 Millionen Euro sieht der Stiftungshaushalt, den der Bezirkstag von Unterfranken einstimmig beschlossen hat, für die Förderung von Kultur und Kulturschaffenden vor. Trotz der international anhaltenden Niedrigzinsphase seien das 300.000 Euro mehr als im Vorjahr und der sechste Anstieg in Folge. Wie Bezirks-Kämmerer Rainer Klingert und der Finanzreferatsleiter Andreas Polst auf der Bezirkstagssitzung weiter ausführten, sehe der Kulturhaushalt für das Jahr 2018 ein Volumen von fast 9,6 Millionen Euro vor.

Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel sah in dem umfangreichen Zahlenwerk ein „Aushängeschild“ und ein „Markenzeichen“ des Bezirks. Wie Dotzel gleich zu Beginn der Haushaltsdebatte deutlich machte, sei die Unterfränkische Kulturstiftung ein entscheidendes Instrument, „um die kulturelle Vielfalt Unterfrankens zu stärken“. Für die Kulturschaffenden seien die damit verbundenen Fördermöglichkeiten „ein großer Segen“. Oberste Maxime sei für den Bezirk Unterfranken „sparsames Wirtschaften“.

Diese Sorgfalt macht sich nicht zuletzt in der Verzinsung des Stiftungskapitals bemerkbar. Während laut eines aktuellen Zeitungsberichts nur noch zwei Drittel der gemeinnützigen Stiftungen in Deutschland mit einer Rendite oberhalb der prognostizierten Jahresinflation von rund 1,5 Prozent rechnen, erzielte das Vermögen der unterfränkischen Kulturstiftung zuletzt eine Nettoverzinsung von 3,57 Prozent. Als Werterhaltungsrücklage wird in diesem Jahr dem Stiftungsvermögen ein Betrag von 532.000 Euro zugeführt.

Zu den Schwerpunkten der bezirklichen Kulturförderung zählte Kämmerer Klingert den Museumsbereich: rund 1,07 Millio-

nen Euro fließen beispielsweise in den Zweckverband Fränkisches Freilandmuseum Fladungen, 1,41 Millionen Euro gehen an die Museen Schloss Aschach, und mit 641.300 Euro werden die nicht-staatlichen Museen, Sammlungen und Ausstellungen gefördert.

Zu den größten Posten im unterfränkischen Kulturhaushalt zählt mit insgesamt fast 1,3 Millionen Euro ferner die Denkmalpflege. Mit rund 837.700 Euro wird die Musikpflege gefördert, und über knapp 891.000 Euro können sich die Theater freuen. Für ihr erfolgreiches Finanzmanagement ernteten Klingert und Polst, die beide federführend die Anlage des Stiftungskapitals verantworten, Lob von allen Seiten.

CSU-Fraktionsvorsitzender Dr. Peter Motsch ging in seiner Haushaltsrede außerdem auf die Museumsförderung ein. In diesem Zusammenhang lobte er die weitere Entwicklung des Museumsquartiers in Aschaffenburg, das der Bezirk mit großer finanzieller Förderung seit etlichen Jahren begleitet, sowie das Museum Georg Schäfer in Schweinfurt, das Rhönmuseum in Fladungen, das der Bezirk mit insgesamt 600.000 Euro fördern werde, sowie die Museen in der oberen Saline in Bad Kissingen und die Be-

zirksmuseen in Schloss Aschach.

SPD-Fraktionsvorsitzende Marion Schäfer-Blake ging insbesondere auf die Werterhaltung des Grundstockvermögens ein. Die seit dem Jahr 2010 aufgebaute Werterhaltungsrücklage werde in diesem Jahr einen Stand von 4,4 Millionen Euro erreichen. Zudem habe man durch eine Sonderumlage im Jahr 2015 eine Stabilisierung der Zinserträge geschaffen. Dies gebe größere Sicherheit, Kunst und Kultur dauerhaft zu fördern. Die allgemeine Rücklage zeige aber auch, „wie solide hier gewirtschaftet wird“, lobte sie die Bezirksverwaltung.

Erfolgreiches Management

Auch die Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, Tamara Bischof, hob hervor, „dass sich die Anlagestrategie“ bewährt habe. „Vieles würde heute nicht gehen, und vieles wäre in Zukunft nicht möglich“ ohne das erfolgreiche Finanzmanagement der Kulturstiftung. Wichtig sei aus ihrer Sicht zudem, dass auch künftig neue Projekte angeschoben werden könnten, denn Kultur müsse vielfältig sein und gesellschaftliche Veränderungen reagieren. „Die Unterfränkische Kulturstiftung ist ein maßgeblicher Pfeiler der Kultur in Unterfranken“, sagte sie.

Barbara Imhof, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die

Tourismusverband Franken:

Rekordergebnis zum fünften Mal in Folge

Mit hervorragenden Zahlen wartete der Vorsitzende des Tourismusverbandes Franken, Innenminister Joachim Herrmann, MdL, beim Jahrespressegespräch in Nürnberg auf. „Zum fünften Mal in Folge haben wir unser Rekordergebnis übertroffen. Auch die kommenden Jahreshöhepunkte und der gute Start in die Saison 2018 verleihen dem fränkischen Tourismus weiterhin Aufwind“, betonte Herrmann.

Insgesamt besuchten über 9,1 Millionen Menschen Franken, was einem Anstieg von 2,2 Prozent im Vergleich zum Jahr 2016 entspricht. Dabei verbuchte Mittelfranken mit einem Plus von 3,2 Prozent Gästen das größte Wachstum, gefolgt von Unterfranken (+ 2,1 Prozent) und Oberfranken (+ 0,6 Prozent). Die Gäste verbrachten 20.476.726 Nächte in fränkischen Hotels und Gasthöfen sowie auf Campingplätzen. Dies ist ein Anstieg von rund 1,5 Prozent. Im Zehnjahresvergleich kamen knapp 30 Prozent mehr Gäste nach Franken. Die Zahl der Übernachtungen wuchs im gleichen Zeitraum um knapp 20 Prozent.

Überproportional hohe Zuwäch-

park Höllohe eine Naturoase geschaffen, in der sich jeder wohlfühlen kann und willkommen ist. Bei freiem Eintritt zieht der Wild- und Freizeitpark Höllohe bei Teublitz im Landkreis Schwandorf mit wilden Tieren und sanfter Natur seine großen und kleinen Besucher in den Bann.

Im Rahmen einer kurzweiligen Talkrunde betonte Ambergers OB Michael Cerny, dass Siemens als größter Arbeitgeber seiner Heimatstadt zwar ein Weltkonzern sei, gleichzeitig die Fabrik aber im Kern von Oberpfälzern geformt wurde. „Wir müssen nur darauf achten, den Brain Drain nach München zu stoppen“, stellt Cerny fest. Franz Löffler, Chamer Landrat und Bezirkstagspräsident oblag es schließlich, darüber aufzuklären, dass es die Landeshauptstadt München in ihrer heutigen Form ohne die Oberpfälzer nicht gäbe. **DK**

Grünen, erinnerte in ihrer Haushaltsrede an das im Jahr 2016 beschlossene Eckpunktepapier, das „sich inzwischen zu einem richtigen Reformpapier zur strategischen Neuausrichtung der Kulturstiftung gemauert“ habe. Als Beispiele dieser neuen Maßnahmen nannte sie die neuen Schwerpunkte der Museumspädagogik, „die unsere Museen aus den angestaubten Ecken herausholen“, oder „inklusive Impulse, die Kunst und Kultur für Menschen mit Behinderung erlebbar machen“.

Adelheid Zimmermann (FDP) zitierte zu Beginn ihrer Haushaltsrede das Handelsblatt, das vor ein paar Jahren einen Bericht über den Boom bei Flusskreuzfahrten mit dem Titel „Würzburg ist das neue Venedig“ überschrieben hatte. Sie sah darin ein Indiz dafür, dass die Kulturförderung des Bezirks immer auch ein bisschen unterfränkisches Flair fördere. In diesem Zusammenhang vermisste sie eine „europäische Vernetzung“ der unterfränkischen Kulturarbeit. „Wenn es gut läuft in Europa, dann läuft es auch gut bei uns“, stellte sie fest.

Angelika Strobel (Die Linke) hielt es für „dringend notwendig“ über künftige Aufgaben der Kulturförderung zu diskutieren. „Wie wird sich die Kulturlandschaft verändern, wenn das niedrige Zinsniveau weiter anhält?“, gab sie zu bedenken. Als eine „beachtliche Leistung“ bezeichnete sie die erfolgreiche Anlage des Stiftungsvermögens. Damit sei man sowohl bei den Maßnahmen als auch in finanzieller Hinsicht auf dem richtigen Weg, nämlich den Menschen in Unterfranken Kunst und Kultur zugänglich zu machen, erklärte Strobel. **DK**

Landkreis Donau-Ries:

Haushalt 2018 Ries ist auf gutem Weg

Der diesjährige Haushalt des Landkreises Donau-Ries steht, wie Landrat Stefan Rößle betont, ganz im Zeichen der konstruktiven Diskussionen im Vorfeld der Verabschiedung des Rekordats von fast 150 Mio. Euro. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung von rund 11 Mio. Euro.

Aufgrund des 2017 beschlossenen Kreisumlagensenkungskonzepts, das die Städte und Gemeinden bis zum Jahr 2020 in einer Größenordnung von rund 10 Mio. Euro entlasten wird, haben die diesjährigen Haushaltsberatungen erstmals einen anderen Schwerpunkt. Die Kreisumlagediskussion ist heuer nicht - wie in der Vergangenheit - das zentrale Thema. Wurde bereits im Jahr 2017 die Kreisumlage um 1 Punkt von 48,5 auf 47,5 % gesenkt, soll 2018 eine weitere Senkung um 0,5 % erfolgen. Dies hat der Kreistag bereits im letzten Jahr so beschlossen.

Durch die vorhandene Steigerung der Umlagekraft erhält der Landkreis trotzdem rund 7,5 Mio. Euro mehr Kreisumlage von den Kommunen. Diese Mittel werden aber auch benötigt, da eine Steigerung der Bezirksumlage von fast 4 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr vorliegt und wesentliche Erhöhungen bei den Ausgabenpositionen im Bereich der Personalkosten mit einer Steigerung um 1,9 Mio. Euro und der Jugendhilfekosten mit einer Steigerung von 1,5 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr anfallen. Hinzu kommen unter anderem noch Mehrausgaben für die Krankenhausumlage von über 740.000 Euro und Mindereinnahmen von rund 400.000 Euro aufgrund veringertener Schlüsselzuweisungen.

Hohe Investitionen im Bereich der Schulbaumaßnahmen

Der diesjährige Investitionsschwerpunkt liegt wiederum im Hochbaubereich und damit bei den Landkreisschulen. Angesichts der begonnenen bzw. anstehenden Großmaßnahmen ist dies verständlich. Nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsberatungen sind für das Jahr 2018 rund 12 Mio. Euro für die bereits laufenden Generalanierungen am THG in Nördlingen und an der Realschule in Wemding sowie für den bevorstehenden Baubeginn am Schulzentrum in Rain eingeplant. Für die geplanten Kreisstraßenbaumaßnahmen sind nach derzeitigem Haushaltsentwurf über 5 Mio. Euro veranschlagt.

Erleichterte Bewältigung der Zukunftsaufgaben

All diese erwähnten Investitionen und Ausgaben kann der Landkreis auch dadurch schultern, weil seit der Rückzahlung der letzten Schuldenrate im Oktober 2017 keine Ausgaben mehr für Zins und Tilgung anfallen. Landrat Stefan Rößle legt daher sehr großen Wert darauf, die Schuldenfreiheit des Landkreises auch in Zukunft zu erhalten. Er ist überzeugt, dass die zugegeben hohen Anforderungen auch in den kommenden Jahren ohne Kreditaufnahmen gemeistert werden können.

Anträge aus den Fraktionen

Landrat Stefan Rößle freut sich, dass der Schwerpunkt der Haushaltsberatungen für das Jahr 2018 bei den zahlreich eingegangenen Anträgen der Fraktionen liegt. Aus den Reihen der Fraktionen kamen wertvolle Anregungen, die im bisherigen Verlauf der Haushaltsberatungen sehr konstruktiv diskutiert wurden. „Dafür haben wir jetzt mehr Zeit, da diesmal nicht das Kreisumlagenthema

im Vordergrund steht“, so Landrat Stefan Rößle. Beispielsweise hat die Frauen/ÖDP/FW-Fraktion beantragt, eine Blühflächenvermittlungsstelle einzurichten und den kontinuierlichen Ausbau der Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Dachflächen angeregt. Die CSU/AL/IB-Fraktion beantragt die Einrichtung einer zentralen Infostelle im Landkreis zur Auskunft über Kurzzeitpflegeplätze und Pflegemöglichkeiten. Die SPD-Fraktion setzt sich für die möglichst zügige Umsetzung der Schulbaumaßnahmen und den Bau eines Schülerwohnheims für Berufsschüler ein. Von Seiten der Grün-Sozialen Fraktion wird die Erstellung eines Radwegekonzepts für den Landkreis angeregt.

Landrat Rößle steht diesen Anregungen offen und aufgeschlossen gegenüber. Er geht davon aus, dass eine Reihe dieser Anträge in den abschließenden Beratungen die mehrheitliche Zustimmung finden werden und der Landkreis so auch richtungweisende Zukunftsthemen rechtzeitig anpacken kann. **DK**

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chef/in vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 01.01.2018
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungsweise- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Verleihung des Heimatpreises Oberpfalz:

Um Lebensart verdient gemacht

Die Burgspiele Parsberg, D'Altbairischen Weiden e.V., die Freudenberger Bauernbühne, Toni Lauerer, Spitzenklöppeln im Oberpfälzer Wald und der Wild- und Freizeitpark Höllohe sind die stolzen Gewinner des Heimatpreises Oberpfalz, der von Finanz- und Heimatstaatssekretär Albert Füracker in Amberg verliehen wurde. Die Preisträger, so Füracker, setzen sich mit Verantwortungsbewusstsein, Leidenschaft und Kreativität für den Erhalt der Traditionen ein und sorgen dafür, dass diese zukünftigen Generationen weitergegeben werden.

Beispiel Burgspiele Parsberg: Die Burg Parsberg ist nicht nur Wahrzeichen und Blickfang der Stadt, sondern auch Heimat der Burgspiele als ganz besonderes Kulturhighlight. 2017 gingen bereits die 35. Burgspiele Parsberg mit „Der Räuber Hotzenplotz“ und „Magdalena“ über die Bühne. Die Parsberger Burgspieltradition ist eine große Gemeinschaftsleistung mit großartigem ehrenamtlichen Engagement.

Die Vereinsmitglieder der Altbairischen Weiden setzen sich seit der Gründung im Jahr 1920 leidenschaftlich und mit viel Idealismus für die Oberpfälzer Bauerntracht ein. Der D'Altbairischen Weiden e.V. ist ein Paradebeispiel für vorbildlichen Einsatz zur Bewahrung der heimatischen Kultur. Mit lebendigem Vereinsleben und vielfältigen Veranstaltungen pflegt der Verein Tracht, Tanz und Musik. Durch eine vorbildliche Jugendarbeit vermitteln Vereinsmitglieder Oberpfälzer Brauchtum auch an die junge Generation weiter.

Eine Institution im Oberpfälzer Kulturleben ist die Freudenberger Bauernbühne. Die ungebrochene Popularität des Bauerntheaters zeigt, dass Themen des traditionellen bäuerlichen

Lebens auch heute noch aktuell sind und die Menschen berühren.

Spitzenklöppeln ist ein identitätsstiftendes Kunsthandwerk, das im Oberpfälzer Wald von Generation zu Generation weitergegeben wird. Daher ist das Spitzenklöppeln auch in das Bundesverzeichnis und das bayerische Landesverzeichnis des immateriellen Kulturerbes aufgenommen worden. Den Heimatpreis Oberpfalz erhielten stellvertretend die Bürgermeister der Gemeinden Schönsee, Stadlern und Tiefenbach, in denen diese einzigartige Kunst bis heute ihre Heimat hat.

Feinsinniger Beobachter

Toni Lauerer, seit rund 30 Jahren Ständesbeamter in Furth im Wald, ist ein herausragender Vertreter des Oberpfälzer Humors, ein feinsinniger Beobachter der Menschen und ihres Alltags. Mit dem Heimatpreis wurde einer der besten und erfolgreichsten Kabarettisten Bayerns für seine wunderbar launigen Geschichten in der Oberpfälzer Mundart geehrt.

Mit jahrzehntelangem Einsatz haben die Mitglieder des Fördervereins Wild- und Freizeit-



Bei der Graduation Ceremony in der Residenz: Die ersten Frauen haben erfolgreich die Motherschools besucht. Bild: Karl Heinz Koch

Modellprojekt „MotherSchools“ entwickelt gemeinsam Strategien

Extremismus vorbeugen: Mütter und Kinder stärken

Positive Erfahrungen im eigenen Umfeld von klein an, Erfolgserlebnisse haben und die damit verbundene Einsicht, selbst Einfluss auf die Geschehnisse des eigenen Lebens nehmen zu können. Fördern Eltern diese Kompetenzen ihrer Kinder, erziehen sie sie empathisch und haben eine gesunde Beziehung zu ihnen. So können sie sicher sein, selbstbewusste Kinder groß zu ziehen. Denn Selbstbewusstsein schützt vor vielen Gefahren, beispielsweise vor Radikalisierung. Gerade Mütter haben eine wichtige Rolle in der Erziehung ihrer Kinder. Das Modellprojekt „MotherSchools“ setzt hier an.

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration und der NGO „Frauen ohne Grenzen“ in Wien werden in den Pilotstädten Aschaffenburg, Erlenbach, Schweinfurt und Würzburg seit Mai 2017 Mütter im Rahmen einer ganzheitlichen Präventionsarbeit dazu befähigt, mögliche Gefährdungen ihrer Kinder zu erkennen und eine Hinwendung zu Gewaltbereitschaft zu verhindern.

„MotherSchools“ richtet sich an Mütter von Kindern und Jugendlichen im Alter von ca. 12 bis 22 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund aus patriarchalen Milieus. Das Modellprojekt wird in Würzburg weiter-

geführt. Denn, so Projektleiterin Heike Mix: „Radikalisierung kann jederzeit entstehen.“ Die Grundlage für die Arbeit mit den Müttern ist, ihre Sorgen ernst zu nehmen, sie in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken und strukturell und emotional zu unterstützen. Dazu wird den Müttern das Know-how vermittelt, Radikalisierungstendenzen ihrer Kinder möglichst früh zu erkennen und das Tabuthema Extremismus in der Familie anzusprechen.

Vor Ideologien schützen

„MotherSchools“ ermöglicht den Aufbau gemeinsamer Strategien, um radikalen Einflüssen

entgegen zu wirken“, berichtet die Diplom-Sozialpädagogin. Dazu werden Selbstsicherheit und Vertrauen schon bei den Müttern aufgebaut, damit sie auch ihre Kinder zu eigener Selbstsicherheit erziehen können. Die Mütter erlernen Handlungsstrategien, um die Jugendlichen in der Phase des Erwachsenwerdens vor extremistischen Ideologien zu schützen.

Zehn Workshop-Sitzungen

Am Ende der zehn Workshop-Sitzungen steht eine Graduation Ceremony mit einer Zertifikatsübergabe. Diese fand bereits im Dezember in der Würzburger Residenz mit Landtagspräsidentin Barbara Stamm und Staatsministerin Emilia Müller statt. Die erste Gruppe trifft sich weiterhin einmal im Monat. Bei jedem Treffen wird ein Themenschwerpunkt erarbeitet, beispielsweise die Frage: „Wie entwickeln sich Kinder und wie verlaufen ihre Entwicklungsstufen?“

Zwei weitere neue Gruppen sollen in Würzburg entstehen. Die Kontakte zu den Müttern werden durch Kooperationen mit Sozialpädagoginnen aufgebaut, beispielsweise über die Jugendsozialarbeit an Schulen, Erziehungsberatungsstellen, Quartiersmanagement. Die Auswahl der Trainerinnen erfolgt in Zusammenarbeit mit „Frauen ohne Grenzen“.

Nach dem Ende des zweiten Durchlaufs der „MotherSchools“ haben die Projektleiterinnen Strukturen zur nachhaltigen Umsetzung der „MotherSchools“ geschaffen und können Kommunen, die Interesse an der Durchführung haben, beratend zur Seite stehen. Das Projekt ist auf weitere zwölf Monate angelegt. □

Trauer um Hindelang Bürgermeister Adalbert Martin

Im Alter von 58 Jahren ist der Rathauschef von Bad Hindelang, Adalbert Martin, nach schwerer Krankheit verstorben. Martin war seit dem 1. Mai 2008 Erster Bürgermeister des Marktes. In diesen fast zehn Jahren hat er laut Zweiter Bürgermeisterin Editha Kuisle deutliche Akzente gesetzt, Bad Hindelang zukunftsfähig zu halten.

Bürgermeister Martin, so seine Stellvertreterin, zeichnete eine große Fachlichkeit aus. Gepaart mit Tatkraft und Durchsetzungswillen habe er viele Projekte nicht nur angestoßen, sondern diese konsequent weiterverfolgt bis zu deren Verwirklichung. Sein unermüdlicher Einsatz für das Gemeinwohl habe Spuren in Bad Hindelang hinterlassen, „die uns mit großer Dankbarkeit erfüllen“, so Kuisle.

2007 hatte der CSU-Ortsverband den parteilosen Adalbert Martin ins Rennen um die Bürgermeisterwahl in Bad Hindelang geschickt, ein Jahr später trat er sein Amt als Nachfolger von Roman Haug an. Noch zwei weitere Jahre hätte er als Bürgermeister die Geschicke der Oberallgäuer Marktgemeinde leiten sollen. Nun müssen Neuwahlen nach der bayerischen Gemeindeordnung innerhalb von drei Monaten erfolgen. □

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Bei der Bürgermeisterwahl in Baiersdorf (Landkreis Erlangen-Höchstadt) ist Rathauschef Andreas Galster von der CSU mit 57,6 % der Stimmen im Amt bestätigt worden. Die 22-jährige Gegenkandidatin Sophie Ries von der SPD kam auf 42,4 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 53,3 Prozent.

Gmund am Tegernsee

Neuer Rathauschef von Gmund am Tegernsee ist Alfons Besel von den Freien Wählern. Er erzielte bei der Stichwahl 53,3 Prozent der Stimmen. Für seinen Gegenkandidaten Franz von Preysing (CSU) votierten 46,7 Prozent. Wahlbeteiligung: 61,8 Prozent. Besel wird das Amt als Nachfolger von Georg von Preysing (CSU) antreten, der nach 18 Jahren an der Rathauspitze nicht mehr antrat. Dafür hatte die CSU dessen Sohn ins Rennen geschickt.

Untergriesbach

Bei der Bürgermeisterwahl in Untergriesbach (Landkreis Passau) ist das seit zwölf Jahren amtierende Gemeindeoberhaupt Hermann Duschl von der Christlichen Wählergemeinschaft/CWG mit 64,8 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt worden. Sein Kontrahent Matthias Pöppel von der SPD erhielt 35,2 Prozent. Die Wahlbetei-

ligung erreichte 71,5 Prozent.

Denkbar knapp, nämlich mit nur vier Stimmen Vorsprung, hat CSU-Herausforderer Siegfried Lobmeier die Bürgermeisterwahl im niederbayerischen Künzing gewonnen. Er löst damit nach 18 Jahren SPD-Amtsinhaber Bernhard Feuerecker ab. Lobmeier vereinte 50,1 Prozent der Stimmen auf sich, Feuerecker 49,9 Prozent. Die Wahlbeteiligung in der gut 3.000 Einwohner zählenden Gemeinde lag bei 67 Prozent. DK

GZ

GESTERN
hat mein Chef gesagt ...

„Ah, der Frühling ist da, auch wenn wir noch am Wochenende wie die Schneider gefroren haben. Aber die Vögel begrüßen einen in der Früh und die Pflanzen erwachen – herrlich. Dazu werden am Sonntag noch die Uhren umgestellt und alle Palmesel haben eine gute Ausrede!“ Mein Chef, der Bürgermeister, kam gut gelaunt und beschwingt ins Rathaus.

Es zeigt seinen unerschütterlichen Humor, dass er der Zeitumstellung von Winter auf Sommerzeit am Palmsonntag eine gute Seite abgewinnen kann. In seiner Familie ist es Brauch, dasjenige Familienmitglied, das am letzten Fastensonntag als letztes aus dem Bett gekrochen kommt, mit der wenig schmeichelhaften Anrede Palmesel zu begrüßen und ihm auch durch mehrfaches



Das mit der Zeit wird ja überall anders gelöst. Wir in Europa bleiben stur beim Pingpongspiel der Zeiten und bilden uns tapfer ein, damit etwas für die Umwelt zu tun, indem der Energieverbrauch jahreszeitlich optimiert wird. Ein Gedanke aus Kriegs- und Notzeiten, der in den Tagen der Energiekrise im vergangenen Jahrhundert fröhliche Urständ feierte. Den Beweis der Wirksamkeit blieb man, soweit ich weiß, schuldig.

Andere Länder wie Russland haben die Zeitumstellung aufgegeben. Nach einem Intermezzo, in dem ein paar Jahre das ganze Jahr über Sommerzeit herrschte, also die offizielle Zeit eine Stunde der für die Zeitzone optimalen Zeit voraus war, ist man wieder zur Normalzeit zurückgekehrt. Man hat auch wieder elf Zeitzonen in dem riesigen Land eingeführt, um den Menschen einen möglichst dem natürlichen Lauf von Helligkeit und Dunkelheit angepassten Lebensrhythmus zu ermöglichen. Andere Länder sind da ganz anders drauf. China richtet die Uhren im ganzen Riesenreich nach der Zeit in Peking, obwohl es mindestens fünf Zeitzonen umfasst. Indien verordnet sich auch eine Einheitszeit, wobei es durch die Abweichung von 5 ½ Stunden von der Standardzeit einen gewissen Ausgleich zwischen den westlichen und östlichen Landesteilen schafft.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist fasziniert von diesen Betrachtungen zur Zeit. Eine rein definierte Größe, die den natürlichen Wechsel von Nacht und Tag, Hell und Dunkel in ein messbares System bringt und uns dann unter ihr Joch zwingt mit Terminen, Ankunftszeiten, Fristen und was nicht noch alles uns moderne Menschen auf Trab hält.

Das einfache Aufstehen bei Anbruch des Tages und Zubettgehen bei Dunkelheit ist uns allenfalls an freien Tagen gegeben. Das nehme ich mir für meinen nächsten Urlaub übrigens vor: Eine Woche ohne Uhr. Ob ich das schaffe? Allein die Uhrfunktion auf dem Smartphone wird es konterkarieren. Ich werde es ja trotzdem nützen, schon um einen Tweet für den Bürgermeister abzusetzen. Etwa den Spruch von Erich Kästner: „Bedenke das fünfte Gebot und schlage die Zeit nicht tot.“

the
Sabriul

Betrachtungen zur Zeit

Wiederholen den Tag über immer wieder an seinen Ehrentitel zu erinnern. Die Sitte dürfte in den Tagen entstanden sein, als der Höhepunkt der Palmsonntagsprozession noch der Ritt des Pfarrers auf einem richtigen Esel war. Nachdem die Tiere ja bekanntlich echt störrisch und eigenwillig sein können, wurde der Festablauf von den Viechern wohl öfters arg gestört und verzögert. Diese Unbill wird nun auf ein armes Menschenkind projiziert, das durch die notwendige sonntägliche Kompensation eines Schlafdefizits den Beginn des Tageslaufs verzögert. Ich verrate nicht zu viel, wenn ich sage, dass der Palmesel natürlich in der Regel er selber ist, der sich an Tagen ohne dienstliche Verpflichtungen gerne eine Müte voll Schlaf extra verschreibt.

Deshalb gönne ich ihm auch von Herzen den Trumpf in der innerfamiliären Neckerei, dass man an einem Tag mit Zeitumstellung unmöglich pünktlich oder gar früh aus den Federn kommen könne. Schließlich ist das das einzig Positive an der jährlich wiederkehrenden Nervelei rund um die Sommerzeit.

Mir jedenfalls fällt es unendlich schwer, mich jeweils zweimal im Jahr an einen neuen Rhythmus zu gewöhnen. Ich weiß, es gibt viele, die sagen, das Hin oder Her um eine Stunde sei Peanuts und liege im ganz normalen Korridor des Biorhythmus. OK, liebe Schlauberger, aber ich bin kein Typ für Korridore, ich halte an meinen Zeiten eisern fest.

Erlangen ist Mitglied des Bio-Städte-Netzwerks

Gesunde und nachhaltige Ernährung sind ein Anliegen für viele Bürgerinnen und Bürger. Um diesem Bedürfnis besser gerecht zu werden, hat sich die Stadt jetzt dem deutschlandweiten Netzwerk der Bio-Städte angeschlossen. Die Stadt verpflichtet sich damit, in ihrem Einflussbereich das Angebot an biologisch erzeugten Lebensmitteln und Speisen auszuweiten. OB Florian Janik und Umweltbürgermeisterin Susanne Lender-Cassens haben jetzt die Beitrittsurkunde von Peter Pluschke, Umweltreferent der Stadt Nürnberg und Sprecher des Netzwerks, entgegengenommen.

„Kommunen sind wichtige Auftraggeber. Unser Anliegen ist es, den Bio-Anteil in der öffentlichen Beschaffung stetig zu steigern. Sie können zudem regionale Bio-Betriebe vernetzen und mit ihnen zusammen den Markt Großstadt erschließen“, erläutert Pluschke die Ziele des Netzwerks. Der ökologische Landbau schone Böden, Sorge für weniger belastetes Abwasser, fördere die Artenvielfalt und sei ein Beitrag zum Klimaschutz, so der Nürnberger Umweltreferent.

Die Stadt Erlangen verpflichtet sich als Mitglied des Netzwerks, bei städtischen Veranstaltungen verstärkt auf den Einsatz von Bio-Produkten zu achten. Verbraucher sollen davon beispielsweise auf den Märkten in der Stadt profitieren. „In diesen Bereichen sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen, aber wir wollen noch mehr“, so Lender-Cassens. Als nächsten Schritt geht die Stadt die Verpflegung in städtischen Kindertagesstätten an, wo das Bio-Angebot schrittweise ausgeweitet wird. Mittelfristig sollen auch die städtischen Schulen einbezogen werden.

„Wir wollen als Stadt zeigen, dass man biologisches und regionales

Essen zu fairen Preisen anbieten kann“, sagt OB Janik.

Angestrebt wird ferner eine engere Kooperation mit Biolandwirten und Biobetrieben sowie eine Ausweitung der Aufklärung und Bildungsarbeit zum Thema ökologische Landwirtschaft und Bio-Lebensmittel. Dazu gehört auch die Beratung von nichtstädtischen Einrichtungen, die ihr Bio-Angebot ausweiten wollen. □

Günzburger CSU-Stadtratsfraktion stellt Antrag auf Jugendförderung

In der jüngsten Kreisauausschuss-sitzung fiel nun endgültig die Entscheidung über die künftigen Hallengebühren für Sportvereine in den kreiseigenen Sporthallen. Die Jugendstunden wurden auf 4 Euro netto erhöht – statt der ursprünglich angedachten 14 Euro.

„Das ist ein klares Bekenntnis für den Jugendsport; auch wir in Günzburg sind erleichtert; unser ausdrücklicher Dank geht an den Kreisausschuss dafür, dass die Erhöhung im Jugendbereich so moderat ausgefallen ist“, fasst die dritte Bürgermeisterin in Günzburg Ruth Niemetz das Ergebnis zusammen. Allerdings bedeutet das auch, dass es im Stadtgebiet zweierlei Tarife in der Jugendarbeit gebe, da städtische Hallen kostenfrei für das Jugendtraining seien. Derzeit zahlen die Vereine 3,10 Euro für das Jugendtraining in den Kreishallen.

Der stellvertretende CSU-Ortsvorsitzende Philipp Rauner berichtet aus dem CSU-Ortsvorstand, dem etliche Sportvereins-Vorstände und Vorsitzende angehören, dass die jetzige Situation als ungerecht für die Vereine empfunden werde. „Um einen Verteilungskampf bei der Hallenstundenvergabe zwischen den Vereinen zu verhindern, sollten die Hallen im Stadtgebiet gleich viel kosten.“

„Die CSU-Fraktion im Günzburger Stadtrat fordert deshalb in einem Antrag, dass die soeben beschlossenen Gebühren des Landkreises im Jugendbereich bis zu einer Höhe von 4 Euro auf Antrag der örtlichen Vereine von der Stadt übernommen werden sollen“, so die Fraktionsvorsitzende Stephanie Denzler. Damit wäre die Gerechtigkeit in der Stadt für alle Vereine wiederhergestellt. □

CSU im Landkreis Landshut:

Blick zurück auf mehr als 70 Jahre erfolgreiche Politik

Edenland. „Die CSU ist die bodenständige und prägende politische Kraft der Nachkriegszeit im Landkreis Landshut, die nicht Klientelinteressen vertritt, sondern auch mal über den eigenen Tellerrand blickt, das große Ganze im Blick hat und am Ende auch Verantwortung übernimmt, statt diese immer nur auf andere zu schieben.“ Das war die zentrale Botschaft des Kreisvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Florian Oßner bei der Feier zum 70. Jubiläum des Kreisverbands mit über 200 Gästen im vollbesetzten Saal des Gasthauses Lackermeier in Edenland.

Der Erfolg der Partei und die tiefe Verwurzelung der Christsozialen in der Bevölkerung seien mit dem Engagement herausragender Persönlichkeiten verbunden, sagte Oßner. Besonders würdigte er langjährige Amts- und Mandatsträger sowie ehemalige CSU-Bürgermeister für ihre Verdienste. Außerdem ehrte er drei Mitglieder für 40 und 45 Jahre in der Partei.

In seinem Rückblick auf die Geschichte der CSU in der Region ging Oßner auf die Landkreisbürger unter den Gründungsmitgliedern des Kreisverbands ein. Zu den 25 Gründungsmitgliedern der CSU für Stadt und Landkreis Landshut, die 1945 in der Gaststätte Ainmiller in Landshut aus der Taufe gehoben wurde, gehörten Franz Bäumler (Pfarrer aus Adlkofen), Josef Giffthaler (Schäffler aus Hoheneggklofen),

Michael Haider (Landwirt aus Unterhöfen) und Georg Oberloher (Landwirt aus Langenvils). „Zusammen mit dem Vorsitzenden der Gründungsversammlung, Steuerberater Dr. Sebastian Holzner, war die CSU im Landkreis schon damals ein breiter Querschnitt durch die Bevölkerung. Das macht unsere Volkspartei auch heute noch aus.“

Stärkste Fraktion im Kreistag

Wie gut die junge Partei in der Bevölkerung verwurzelt war, zeigten die ersten Wahlergebnisse. Schon bei der ersten Kreistagswahl im April 1946 erreichte die CSU ein Rekordergebnis von 82,4 Prozent und stellte mit Franz Graf von Spreiti aus Kapfing den Landrat. Auch bei der ersten Landtagswahl wenige Monate später im Dezember 1946 fuhr die CSU 60,3 Prozent ein. „Derartige Ergebnisse wären auch heute noch optimal“, bemerkte Oßner mit Blick auf die Landtags- und Bezirkstagswahlen im Oktober ein wenig augenzwinkernd. Auch wenn solche Mehrheiten in der aktuellen Zeit nicht mehr häufig vorkommen, könne die CSU stolz auf ihre Geschichte

in der Region sein: „Wir haben von 1946 bis 2014 ununterbrochen den Landrat gestellt und sind bis heute die stärkste Fraktion im Kreistag. Diesem Vertrauen aus der Bevölkerung wollen wir auch weiter gerecht werden und daran fleißig arbeiten.“

Dank an ehemalige Amts- und Mandatsträger

Als besondere Stütze dieses Erfolgs würdigte Oßner den Ehren-Kreisvorsitzenden Josef Seidl. Der langjährige Kumhauser Gemeinderat führte den Kreisverband von 1987 bis 2005, war 42 Jahre Kreisrat (1972 bis 2014), stellvertretender Landrat (1991 bis 2008) und Vorsitzender der Bundeswahlkreis-Konferenz Landshut-Kelheim.

„Du bist ein großes Vorbild, dem ganze Politiker-Generationen und die Partei in der Region mit Deinem Fleiß sehr viel zu verdanken haben“, sagte Oßner. Außerdem stellte er die Verdienste der anwesenden regionalen Parteigrößen Dr. Wolfgang Götzer (ehemals Kreisvorsitzender Stadt Landshut, Stadtrat, Bundestagsabgeordneter und Justiziar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Gertraud Goderbauer (ehemals Zweite Bürgermeisterin von Ergolding sowie CSU-Kreisvorsitzende, Kreis- und Bezirksrätin sowie Landtagsabgeordnete), „Urgestein“ Manfred Hölzlein (ehemals Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion in Lands-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zur IFAT 2018 bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



Die langjährigen CSU-Mitglieder Erwin Kaspar, Konrad Frank und Karl Braun (Mitte von links) bei der Ehrung mit (von links) Staatssekretär Bernd Sibling, Bezirksrätin Martina Hammerl, Ministerpräsident a.D. Dr. Günther Beckstein, Landtagsabgeordnetem Helmut Radlmeier sowie dem Kreisvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Florian Oßner.

Bild: Willi Kappell

hut, Bezirkstagspräsident und langjähriger Präsident des Bayerischen Bezirkstags), Hans Rampf (ehemaliger Landshuter Oberbürgermeister), Toni Maierhölzner (ehemals Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion in Vilsbiburg, Kreis- und Bezirksrat sowie stellvertretender Landrat des Alt-Landkreises Vilsbiburg) und Josef Neumeier (ehemals Bürgermeister von Essenebach und langjähriger Landrat) heraus.

Zudem dankte Oßner den an-

wesenden ehemaligen CSU-Bürgermeistern Helmut Wimmer (Bodenkirchen), Josef Obermaier (Neufahrn), Josef Haselbeck (Niederaichbach), Alfons Satz (Obersüßbach) und Hans Tiefenbeck (Wurmsham) für ihre Leistungen. Frank Konrad (2. Vorsitzender des CSU-Ortsverbands Geisenhausen) und Erwin Kaspar (Reichlkofen) ehrte Oßner schließlich für 40 Jahre Parteimitgliedschaft, Karl Braun (Furth) wurde für 45 Jahre in der CSU ausgezeichnet. □

Vorschau auf GZ 7

In unserer Ausgabe Nr. 7, die am 6. April 2018 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT · Digitalisierung
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunikationstechnologie · Breitband · Mobilfunk
- Umwelt- und Abfalltechnik
- Kommunalfahrzeuge · Städtereinigung
- Fachliteratur für Kommunalpolitiker und Kommunalverwaltungen
- Kommunale Rechtsfragen

LIEFERANTEN - GZ - NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Fahnenmaste + Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerberg 23 · D-94069 Schierling
Tel.: 09451 93130 · www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

AVA-Software

ORCA
orca-software.com

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Energiedienstleistung

erdgas schwaben

Fahnenmaste + Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910

Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Hydraulik Anbaukomponenten

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS

Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Kostendämpfung für Ihre Lüftungs- und Klimaanlage

Mit Einsatz multifunktionaler Wärme- / Kälterückgewinnungssysteme

- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Hochrentabel und betriebssicher
- Absolut keim- und schadstoffübertragungsfreie Rückgewinnung
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BlmSchV)

Clever investieren - doppelt sparen!

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum; Aschaffenburg: Fachhochschule; Bamberg: Klinikum; Bayreuth: Klinikum; Ingolstadt: Saturn Arena; München: Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck; Regensburg: Universität; Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus; Würzburg: Universität u.a.m.

SEW® GmbH
47906 Kempen
Tel.: 02152 / 91560 **www.sew-kempen.de**

Nutzfahrzeuge



Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern, Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen, Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk GmbH & Co. KG · Daimlerstr. 2 · 35702 Haiger
Telefon: 02773 821256 · Fax: 02773 8212-18
professional@hailo.de · **www.hailo-professional.de**

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Straßenbeleuchtung

LEDiKIT® Streetlight

Digital LED-Upgrade bestehender Straßenleuchten mit Verstand und Verantwortung.

Weitere Informationen:
T 0861 90992040 **www.laternix.de**

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANCE VON HASSEL
Telefon 081 71.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de



Die Experten beim IFAT Zukunftsdialog (v.l.n.r.): Maxine Mawhinney (ehem. BBC News), Prof. Stefan Rahmstorf (PIK), Dr. Eberhard Faust (Munich Re), Dr. Markus Lade (Siemens), Gerhard Hauber (Ramboll Studio Dreiseitl), Stefan Rummel (Messe München) Foto: Alex Schelbert / Messe München

IFAT 2018 bietet Lösungen für Wetterextreme

Stürme, Starkregen und Dürren: Wetterextreme sind auch hierzulande angekommen. In Berlin fluteten Wasserströme die U-Bahn-Schächte. Die Orkane Kyrill, Axel und jüngst Friederike führten teilweise zum Ausnahmezustand. Wie können sich Städte und Kommunen darauf einstellen? Beim IFAT Zukunftsdialog in München diskutierten Klima- und Technologieexperten über langfristige Strategien und Lösungen.

Vier Monate vor Messebeginn hatte die Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft zum IFAT Zukunftsdialog eingeladen. Im Zentrum der Podiumsdiskussion am 23. Januar stand die Frage: „Wetterextreme – sind wir hilflos?“ Zu den Teilnehmern zählten Fachexperten vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Munich Re, Siemens und dem Ramboll Studio Dreiseitl.

„Die Themen der IFAT sind nicht nur für die Fachbranche relevant. Sie betreffen die gesamte Bevölkerung, und zwar weltweit“, sagte Messe-Geschäftsführer und IFAT-Chef Stefan

Rummel bei der Veranstaltung. „Angesichts der drängenden Umweltherausforderungen unserer Zeit ist es heute wichtiger denn je, technologische Antworten zu finden und einzusetzen. Die zunehmenden Wetterextreme sind nur ein Beispiel dafür.“

2017 teuerstes Jahr aller Zeiten für Versicherungsbranche

Wie brisant das Thema ist, unterstrich Risikoforscher Dr. Eberhard Faust von der Munich Re: „Gemessen an globalen Wetterkatastrophen war 2017 für

die Versicherungsbranche das teuerste Jahr aller Zeiten. 93 Prozent aller versicherten Schäden hatten einen Wetterbezug – die Gesamtsumme stieg auf umgerechnet rund 260 Milliarden Euro.“ Der renommierte Klimaforscher Prof. Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung erklärte die Hintergründe: „Die globale Erwärmung führt dazu, dass die →

IFAT Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft
14.–18. Mai 2018 | Messe München
www.ifat.de

Luft mehr Feuchtigkeit speichern kann. Eine Analyse der weltweiten Wetterdaten zeigt, dass seit 1990 die Zahl extremer Niederschläge signifikant gestiegen ist – es ist damit zu rechnen, dass extreme Regenfälle weiter zunehmen. Das haben wir in Deutschland in den vergangenen Jahren bereits gesehen.“

Auch die Bürger nehmen diese Extremereignisse als Bedrohung wahr. Das zeigen die Resultate des „IFAT Environment Index“, der erstmals vorgestellt wurde. Ein Marktforschungsinstitut hat 1.049 Bundesbürger repräsentativ befragt. Zielsetzung war, die Sensibilität in der Bevölkerung für Umwelt Risiken zu erfassen und herauszufinden, wie die Bürger zu Lösungsansätzen moderner Umwelttechnologie stehen.

Kommunen und Bürger in der Pflicht

Das Ergebnis: Die Bundesbürger fürchten sich vor extremen Wetterereig-

nissen und drängen darauf, die kritischen Folgen mit Umwelt-City-Projekten einzugrenzen (72 Prozent). Insbesondere um die Trinkwassersicherheit machen sich die Deutschen Sorgen (77 Prozent), zum Beispiel durch verstärkte Keimbildung bei Hochwasser. Gut jeder Zweite fordert die Kommunen auf, smarte Stadtprojekte dringend zu forcieren (56 Prozent). Diese verfolgen das Ziel, durch eine enge Kooperation von Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Bürgern definierte Umweltziele effizient zu erreichen. Dabei sollten solche Projekte auf digitale Technik setzen, fordert knapp die Hälfte der Befragten (49 Prozent). Selbstkritisch sieht sich die Mehrheit der Befragten auch mit eigenem Bürgerengagement in der Pflicht (52 Prozent). Bürger und Kommunen seien demzufolge gleichermaßen gefragt.

Wie können sich Städte auf die Folgen von Wetterkapriolen künftig einstellen? Landschaftsarchitekt Gerhard Hauber vom Ramboll Studio Dreiseitl

riet bei der IFAT-Runde zu holistischen Lösungsansätzen. Masterpläne für den Städtebau würden es ermöglichen, dass das Wasser bei Starkregen schadfrei durch die Stadt abfließt. So könnten Parks und Straßen beispielsweise gezielt überflutet werden. Entscheidend dabei sei die Integration von innovativen Technologien – wie die IFAT im Mai sie zeige.

Es besteht dringender Handlungsbedarf, darin waren sich die Panel-Experten einig. Klimaforscher Prof. Rahmstorf fasste zusammen: „Mit dem Klimawandel umzugehen und die Folgen zu mildern, wird möglicherweise teuer werden – es nicht zu tun, wird aber in jedem Fall teurer sein.“

Technologische Lösungen dafür präsentiert die IFAT auf dem Messegelände in München. Vom 14. bis 18. Mai wird sie erneut die Plattform für gesellschaftspolitische Zukunftsthemen sein.
www.ifat.de

AM 14. MAI HEISST ES WIEDER: TORE AUF FÜR DIE WELTLEITMESSE IFAT



Messe-Geschäftsführer Stefan Rummel:

„2018 erleben wir die größte IFAT in ihrer über 50-jährigen Geschichte“

Das Branchenevent des Jahres steht bevor: Vom 14. bis 18. Mai 2018 öffnet die IFAT in München ihre Tore für die Teilnehmer des Umwelttechnologiesektors. Im Interview spricht Messe-Geschäftsführer Stefan Rummel über die Höhepunkte der diesjährigen Weltleitmesse, deren Neuheiten und welches Erfolgsrezept dahinter steckt.

Herr Rummel, die IFAT ist die weltweit führende Fachmesse für Umwelttechnologien. Wie wird die diesjährige Veranstaltung den hohen Erwartungen gerecht?

Dass die IFAT so erfolgreich ist, liegt an ihrer starken Vernetzung mit zahlreichen Verbänden, Multiplikatoren und Institutionen. Auf diese Weise stellen wir sicher, dass wir mit unseren Themen immer am Puls der Zeit sind. Dieses Netzwerk haben wir weiter ausgebaut: 2018 unterstützt uns erstmals der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) als weiterer ideeller Träger. So stärken wir den Bereich Trinkwasser und Wasserversorgung, sowohl in den Hallen als auch im Rahmenprogramm. Außerdem bietet die IFAT dieses Jahr noch mehr Fläche für die Innovationen unserer Aussteller, um den hohen Erwartungen gerecht zu werden.

Wie groß wird die diesjährige Veranstaltung werden?

Die IFAT wird die erste Veranstaltung im Portfolio der Messe München sein, die die beiden neu errichteten Messehallen



Messe-Geschäftsführer
Stefan Rummel

Foto: Alex Schelbert / Messe München

C5 und C6 nutzt. Insgesamt belegt sie 260.000 Quadratmeter verteilt über 18 Messehallen und ein Freigelände. Damit Sie sich die Dimension vorstellen können: Die Fläche entspricht 36 Fußballfeldern. 2018 erleben wir somit die größte IFAT in ihrer über 50-jährigen Geschichte.

Wie viele Aussteller erwarten Sie?

Über 3.100 Unternehmen präsentieren sich auf der IFAT im Mai.

Was verbirgt sich hinter der neuen Plattform „experience.science.future.“?

experience.science.future. ist unsere Antwort auf die zunehmenden Diskussionen um Umwelt- und Klimaschutz. Denn damit einher geht eine steigende Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften und innovativen Projekten. Die Plattform vereint in der Halle B4 Universitäten, Start-Ups, Verbände und NGOs und bietet eine Bühne für wegweisende Projekte, Forschungsergebnisse und Lösungen. Ein einmaliges Konzept, das Wissenschaft und Wirtschaft verbindet. →



WASSER UND ABWASSER

Lösungen für Wasser und Abwasser befinden sich im westlichen Teil des Messegeländes
Foto: Christian Hartlmaier / Messe München



ABFALL UND SEKUNDÄR- ROHSTOFFE

Der Bereich Abfall und Sekundärrohstoffe ist im östlichen Part des Messegeländes angesiedelt
Foto: Christian Hartlmaier / Messe München



NACHWUCHS- FÖRDERUNG

Nachwuchsförderung wird auf der IFAT 2018 groß geschrieben – mit einer eigenen Plattform für junge Talente
Foto: Lennart Preiss / Messe München

Die Kommunen sind traditionell die stärkste Besuchergruppe der IFAT. Welche Programmpunkte empfehlen Sie den kommunalen Teilnehmern?

Das stimmt, 2016 machten die kommunalen Ver- und Entsorger 33 Prozent der Gesamtbesucher aus. Besonders empfehlen kann ich die vielen fachlichen Beiträge unserer ideellen Träger, die hochaktuelle Branchenthemen diskutieren. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) organisiert auf der IFAT zum Beispiel Informationsveranstaltungen zu den Themen Digitalisierung in der Wasser- und Abfallwirtschaft, Service und Sauberkeit in der Stadt von morgen oder Luftreinhaltung im kommunalen Fuhrpark. An dieser Stelle möchte ich auch auf unsere neue Sonderfläche „Nachhaltigkeit im

Straßenbau“ in der Halle C5 hinweisen. Sie deckt die gesamte Prozesskette des Straßenbaus ab, vom Straßenrückbau über die Aufbereitung und Verwertung der Baustoffe bis hin zu deren Einbau.

Bei der Messe München sind Sie auch für das Auslandsgeschäft verantwortlich. Wie erfolgreich sind die IFAT-Töchter?

Das IFAT-Netzwerk ist ein Paradebeispiel für die Früchte unserer Auslandsstrategie. 2003 haben wir begonnen, das Messekonzept in andere Märkte zu exportieren: nach China, Indien, Südafrika und in die Türkei. Alle IFAT-Töchter haben sich innerhalb kurzer Zeit zu den führenden Branchenmessen des jeweiligen Landes oder gar Kontinents entwickelt. Hervorzuheben ist China: Die IE expo China in Shanghai gilt heute als führende Messe in ganz Asien und hat mit der IE expo Guangzhou einen regionalen Ableger in Südchina gegründet. Seit 2018 ist die IFAT auch strategischer Partner der Waste Expo Brasil und der FENASAN in Brasilien und hat damit ihre ersten Schritte auf den südamerikanischen Markt getan.

Glauben Sie, dass die Auslandsmessen der IFAT in München langfristig Konkurrenz machen?

Das Gegenteil ist der Fall – die Inlands- und Auslandsmessen befruchten sich gegenseitig, wir stärken den Markennamen und die Bekanntheit der IFAT weltweit. Bleiben wir beim Beispiel China: Von 2014 auf 2016 haben sich die chinesischen Besucherzahlen auf der IFAT in München mehr als verdoppelt, von 1.050 auf 2.525. Auf der anderen Seite begleiten uns viele europäischen Teilnehmer und Unternehmen auf die Auslandsmärkte. Sie sehen: Beide Seiten profitieren.

Vielen Dank für das Gespräch.

DIE IFAT 2018 AUF EINEN BLICK:

Über 3.100 Aussteller

...präsentieren Lösungen für ein effizientes Ressourcenmanagement.

18 Messehallen und Freigelände

...bedeuten 260.000 Quadratmeter Ausstellungsfläche.

Spannende Live-Demonstrationen

...vermitteln Know-how im Praxistest.

Ein umfangreiches Rahmenprogramm

...widmet sich aktuellen Branchenthemen.

experience.science.future.

...ist die neue Zukunftsplattform für Start-ups und junge Talente.

Sonderdruck der
Bayerischen Gemeindezeitung Nr. 6/2018

Redaktion: Bianca Gruber,
Pressestelle IFAT

Gestaltung: Britta Eriskat

Bildrechte: Messe München

Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: creo Druck und
Medienservice GmbH
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg